

politicum 118 | Mai 2015

70 jahre steirische reformkraft





• *Portraits am Cover:*

Oben von links: Alois Dienstleder, Anton Pirchegger, Alfons Gorbach, Josef Krainer sen.

Unten von links: Friedrich Niederl, Josef Krainer jun., Waltraud Klasnic, Hermann Schützenhöfer.



Liebe Leserinnen und Leser! Liebe Freunde der Steirischen Volkspartei!

HERMANN SCHÜTZENHÖFER

Am 18. Mai 1945 wurde im Konventsgebäude der Kreuzschwestern in Graz die Steirische Volkspartei gegründet. Die vergangenen 70 Jahre sind ein guter Grund zum Feiern und um Rückschau zu halten. Wir wären aber nicht die Steirische Volkspartei, wenn wir diese Gelegenheit nicht auch dazu nutzen würden, um den Blick in die Zukunft zu wenden, denn Zukunft ist das, was man zwar nicht vorhersehen, aber gestalten kann. Genau dieses Gestalten, das in der DNA unserer Partei verankert ist, ist es, was unsere Volkspartei so lebendig macht.

Seit sieben Jahrzehnten prägt die Steirische Volkspartei, ausgestattet mit dem Vertrauen der Steirerinnen und Steirer, das Land. Als Bürgermeisterpartei sind wir es, die ganz nah am Menschen sind – eine Volkspartei wie sie sein soll. Die sprichwörtlich gewordene steirische Breite ist der Kern unseres Wirkens, vom Bauern über den Arbeiter, dem Unternehmer bis zum Professor sind alle vertreten und vereint unter dem Dach unserer Volkspartei. Das ist unsere Stärke und Basis für unsere Zukunft, für die Zukunft der Steiermark.

Wir stehen nun am Ende einer Legislaturperiode, die für uns Politiker und auch für unsere

Steirische Volkspartei vermutlich eine der herausforderndsten Perioden der jüngeren Vergangenheit war. Die Steirische Volkspartei hat als Organisation einen großen und herausfordernden Teil der Kommunikationsarbeit der Reformen übernommen und ich kann als Landesparteiobmann mit Stolz sagen: Unsere Volkspartei mit ihren vielen Mitgliedern, Funktionären und ehrenamtlichen Helfern hat ihre Aufgabe hervorragend erfüllt.

Das vorliegende politicum blickt in sieben Kapiteln auf die einzelnen Jahrzehnte unserer Organisation zurück, scheut aber nicht den Blick voraus, der vor allem in 70 Kurzstatements von Steirerinnen und Steirern die Herausforderungen an unsere Partei in den nächsten Jahrzehnten umreißt. Mein Dank gilt an dieser Stelle all den fleißigen Köpfen und Händen, die zum Gelingen dieses Werkes beigetragen haben. Die Zukunft ist weiß-grün, wir gestalten sie weiter!

Glück auf!

Hermann Schützenhöfer

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter der Steiermark
Landesparteiobmann der Steirischen Volkspartei





Innovativ und revolutionär gestalten liegt der Steirischen Volkspartei im Blut.

DETLEV EISEL-EISELSBERG

70 Jahre Steirische Volkspartei bedeuten sieben Jahrzehnte steirische Reformkraft: querdenken, vordenenken, nachdenken, innovativ und revolutionär gestalten – all das liegt dieser Partei mit ihren mannigfaltigen Persönlichkeiten von der Geburtsstunde an offensichtlich im Blut.

Bereits in der intensiven Wiederaufbauphase, mit Fokus der Arbeit auf Verbesserung der Infrastruktur und Ausbau des Gesundheitswesens, blickte man in der Parteiarbeit schon über den Tellerrand und machte sich mit neuartigen Konzepten aus den USA vertraut. In den 70er Jahren, in der Zeit der „Modellarbeit“, zeigten sich helle Köpfe der Partei als besonders erfindungsreich. Unter Einbeziehung von zahlreichen namhaften, aber auch jungen, noch nicht etablierten Experten und Bürgern als Fachleute des Alltags wurden Reformen weit über eine Legislaturperiode hinaus für die Zukunft des Landes entwickelt. Kreative, nachhaltige Projekte waren immer schon ein besonderes Markenzeichen der Steirischen Volkspartei: Kulturinitiativen, wie der „steirische herbst“, der Ausbau des Thermen- und Gesundheitstourismus mit der Forcierung des „Grünen Steiermark-Herzens“ oder auch der

„Autocluster“ seien als Beispiele genannt. Die resolute sowie konsequente Durchsetzung von Landesinteressen im Bund zieht sich markant durch die Parteigeschichte. „Steirerblut ist kein Himbeersaft“ oder „in Wien mit den Leuten steirisch reden“ sind für Bundespolitiker keine unbekannten Warnungen aus dem grünen Herzen Österreichs.

Nicht nur dieses historische Wirken der Volkspartei, auch die zeitnahen Initiativen für die Zukunft des Landes, wie beispielsweise die Neuordnung der Steiermark, werden in diesem politicum von sieben steirischen Wissenschaftlern facettenreich dargestellt. Über Perspektiven und Aussichten machten sich 70 Persönlichkeiten unterschiedlicher Bereiche und Generationen Gedanken.

Als Landesgeschäftsführer der Steirischen Volkspartei wünsche ich allen Leserinnen und Lesern, dass ihnen mit dieser Jubiläums-Lektüre ein tieferer Einblick in das Wirken unserer Gesinnungsgemeinschaft möglich wird.

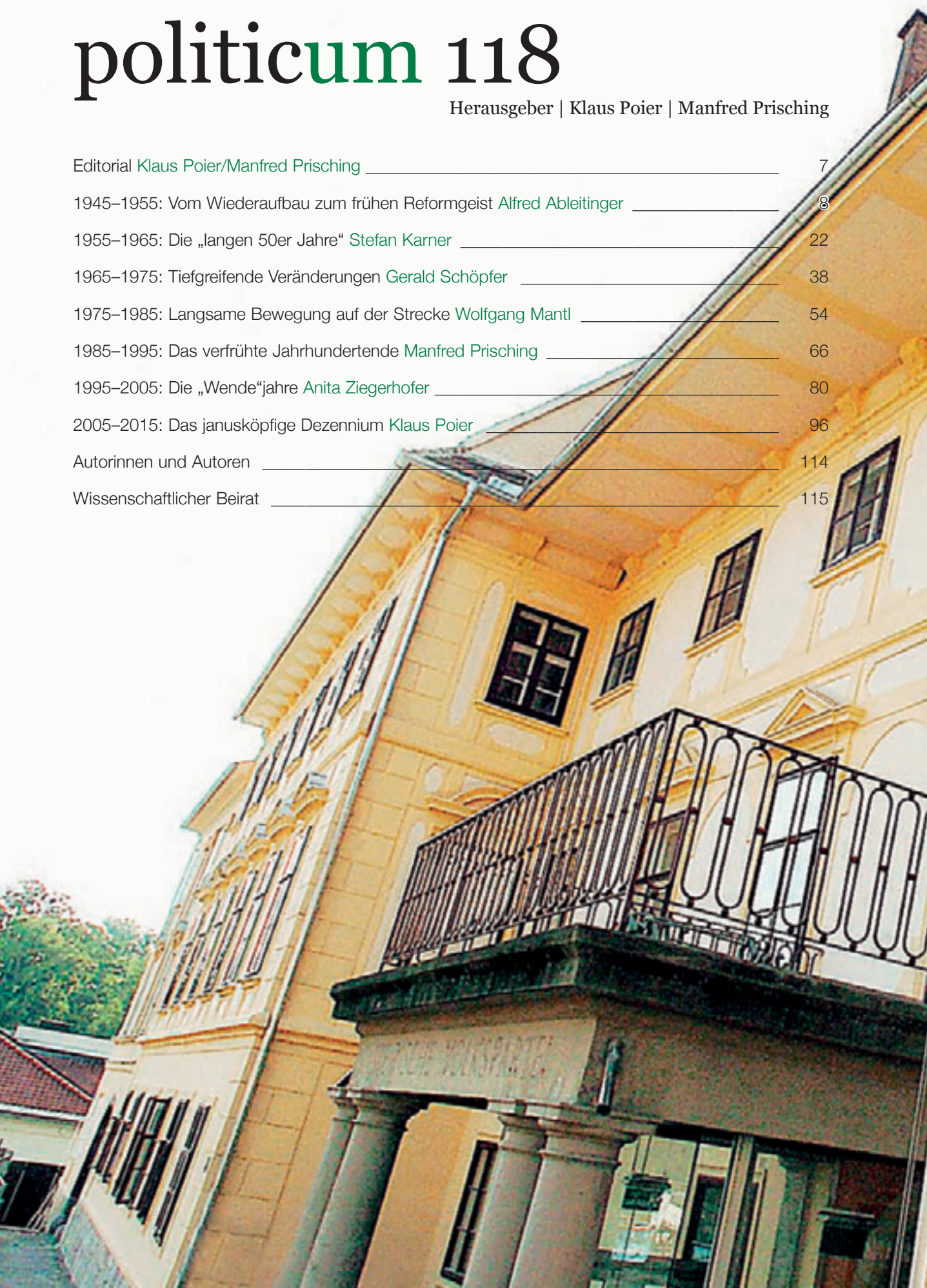
Detlev Eisel-Eiselsberg

Landesgeschäftsführer der Steirischen Volkspartei

politicum 118

Herausgeber | Klaus Poier | Manfred Prisching

Editorial Klaus Poier/Manfred Prisching	7
1945–1955: Vom Wiederaufbau zum frühen Reformgeist Alfred Ableitinger	8
1955–1965: Die „langen 50er Jahre“ Stefan Karner	22
1965–1975: Tiefgreifende Veränderungen Gerald Schöpfer	38
1975–1985: Langsame Bewegung auf der Strecke Wolfgang Mantl	54
1985–1995: Das verfrühte Jahrhundertende Manfred Prisching	66
1995–2005: Die „Wende“jahre Anita Ziegerhofer	80
2005–2015: Das janusköpfige Dezennium Klaus Poier	96
Autorinnen und Autoren	114
Wissenschaftlicher Beirat	115









70 jahre steirische reformkraft

KLAUS POIER
MANFRED PRISCHING

2015 feiern wir das 70-Jahr-Jubiläum entscheidender Weichenstellungen für Österreich und die Steiermark: des Endes des Zweiten Weltkrieges und der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus, der Wiedererrichtung des selbstständigen Staates Österreich als einer demokratischen Republik, der ersten freien Wahlen in der Zweiten Republik. Staat, Republik, Demokratie benötig(t)en nicht nur die Parteien als wesentliche Institutionen, sondern die Parteien und ihre politischen Vertreter waren gleichsam auch die Gründer des neuen Österreich. Am 18. Mai 1945, ebenso vor 70 Jahren, wenn auch einige Wochen später als auf Bundesebene, wurde auch die steirische Landesgruppe der Österreichischen Volkspartei in Graz gegründet, die sich (erst) in jüngerer Zeit selbstbewusst kurz „Steirische Volkspartei“ nennt.

Als Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates wurden wir von der Steirischen Volkspartei ersucht, zu diesem 70-Jahr-Jubiläum ihrer Gründung eine Publikation herauszugeben, die wir hiermit als politicum 118 vorlegen können. Die Publikation blickt einerseits in sieben Zehn-Jahres-Schritten auf die vergangenen 70 Jahre zurück. Es ist uns eine Freude und Ehre, dass wir für diese Beiträge mit Alfred Ableitinger, Stefan Karner, Gerald Schöpfer, Wolfgang Mantl und Anita Ziegerhofer renommierte Historiker und Politikwissenschaftler gewinnen konnten, denen wir für ihre hervorragenden, vor allem auch interpretativ-analytischen Beiträge zu großem Dank verpflichtet sind. Ein besonderes Augenmerk sollte in den Beiträgen – als roter Faden der Publikation – auf die jeweilige Reformorientierung und -themen in

den einzelnen Perioden gelegt werden, was sich auch im Titel des politicum „70 jahre steirische reformkraft“ widerspiegelt. Basierend auf diesen Beiträgen wurde parallel zur Publikation auch ein gleichnamiger Film produziert.

Das 70-Jahr-Jubiläum ist aber nicht nur Anlass zum Rückblick, sondern es sollen auch Ausblicke, Hoffnungen, Wünsche an die Politik formuliert werden. Dazu haben wir Persönlichkeiten der Steiermark aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und unterschiedlichen Generationen eingeladen, mit Kurzstatements, quasi als „Geburtstagsgruß“, in die Zukunft zu blicken. Wir danken allen jeweils 35 Frauen und Männern, die mit ihren facettenreichen und pointierten Beiträgen eine große Bereicherung für diese Publikation darstellen.

Unser Dank gilt weiters allen, die mitgeholfen haben, dass diese Ausgabe des politicum erscheinen konnte. Zuerst Mag. Bernd Beutl für seine vielfachen Ideen bei der Konzeptualisierung der Publikation, die Auswahl der Fotos sowie die Erstellung der Bildunterschriften. Großer Dank gilt ebenso allen Mithelfern bei der Redaktionsarbeit, namentlich Mag.^a Katharina Konschegg, Katharina Holzmann, Mag.^a Julia Juri, Mag. Manuel P. Neubauer, Mag.^a Daniela Orthaber und Johann Trummer sowie für die grafische Gestaltung Ed Höller. Es ist uns eine große Freude, mit dem vorliegenden politicum 118 eine würdige Ausgabe anlässlich des 70-Jahr-Jubiläums der Gründung der Steirischen Volkspartei vorlegen zu können, die einen konzisen, aber dennoch viele detailreiche Einblicke ermöglichenden Überblick über sieben Jahrzehnte reformorientierter Politik in der Steiermark bietet und gleichzeitig auch den Blick auf Herausforderungen und Ansprüche der Zukunft lenkt.

1945–1955 Vom Wiederaufbau zum frühen Reformgeist

ALFRED ABLEITINGER



• „Wir sind einig!“ –
Plakat der ÖVP 1945.



Zusammen mit der starken SPÖ links der Mitte wird die ÖVP für die Republik ein politisches Kapital sein, das Zinsen trägt.

ALFRED ABLEITINGER

Nach Stalingrad begann das Dritte Reich erkennbar zu wanken, auch in Mitteleuropa zeichnete sich für aufmerksame Zeitgenossen das Ende des NS-Gewaltregimes ab. Das machte, neben vielem anderen, die Frage aktuell, ob das kleine Österreich von 1918/19 wiederbelebt werden würde bzw. sollte. Unter denen im Land, die dem Nationalsozialismus widerstrebten und/oder seine Herrschaft so viel wie möglich aktiv bekämpften, wurde diese Frage zunehmend mit „Ja“ beantwortet. Adolf Schärf, später von 1945 bis 1957 SPÖ-Vorsitzender und Vizekanzler, danach Bundespräsident, erläuterte 1943 dem deutschen Sozialdemokraten Wilhelm Leuschner zu dessen Überraschung, die Idee des „Anschlusses“ sei hierzulande inzwischen tot, Österreich müsse und werde wieder existieren. Im Herbst 1943 proklamierten auch die Großen Drei der alliierten Mächte dies zu einem ihrer Ziele.

In diesem Kontext setzten in unseren Breiten Bemühungen ein, eine Partei teils wieder, teils neu zu schaffen, die 1945 den Namen Österreichische Volkspartei bekommen wird. Für die, die sich dies vornahmen – die Figl und Raab, die Hurdes und Weinberger –, gehörte sie naturgemäß zu den Selbstverständlichkeiten eines „neuen Österreich“. Aber nicht nur sie setzten deren Existenz in einer „Zweiten Republik“ als unentbehrlich voraus. Auch die politische Linke kann die Wiederbelebung von Demokratie und Staat ohne eine starke „bürgerliche“ Partei nicht denken (freilich soll diese rechts von der Mitte nach dem Geschmack der Linken nicht konkurrenzlos bleiben). Spätestens seit 1907 hatte eine solche unter dem Namen „Christlichsoziale“ als Massenpartei existiert. Wenn Österreich existie-

ren soll, bedarf es zu seiner Stabilität dieser Partei. Denn sie integriert katholisch-konservative Bauernschaft und große Teile des selbstständigen und unselbstständigen Kleinbürgertums – mithin soziologisch und ideologisch-programmatisch per se unterschiedliche Schichten bzw. Milieus – und außerdem deren jeweiligen regionalen, sogenannten „föderalistischen“ Eigensinn als Tiroler, Steirer usw. Dass sie als ein großes handlungsfähiges Gebilde fungiert, macht ihren systemischen Mehrwert für die kommende Republik aus: Sie reduziert Komplexität auf deren politischen Bühnen, begünstigt pragmatisches Aushandeln von Kompromissen, erleichtert Formierung und Dauerhaftigkeit von Mehrheiten in den parlamentarischen Institutionen, lässt Regierbarkeit des Landes erwarten. In Deutschland und Italien werden Parteien solchen Typs nach 1945 mit CDU/CSU bzw. Democrazia Cristiana erst geschaffen und fungieren dann innen- und außenpolitisch jahrzehntelang als Stabilitätsanker. Im neuen Österreich kann deren Pendant aus der christlichsozialen Erbschaft formiert werden. Zusammen mit der starken SPÖ links der Mitte wird die ÖVP für die Republik ein politisches Kapital sein, das Zinsen trägt. Allerdings müssen beide, noch mehr als sie jeweils programmatisch teilweise Neuorientierung brauchen, den Umgang miteinander modifizieren. Dazu sind die Gründerväter da wie dort entschlossen, alle wollen der Wiederkehr der 1920er und 1930er Jahre aktiv vorbeugen.

Besatzung des Landes

Die Zweite Republik wird Ende April 1945 von einer provisorischen Regierung unter Staats-



• Gründungsbormann Alois Dienstleder.

kanzler Renner proklamiert – mithilfe und im Schatten der sowjetischen Besatzungsmacht, die zuerst den Wiener Raum, ab 8. Mai auch die Steiermark weithin beherrscht. Renners Vorpreschen beunruhigt in den westösterreichischen Ländern. Auch die Westalliierten missbilligen die Vorgänge in Wien, sie verweigern der Renner-Regierung anfangs jegliche Anerkennung. Es steht im Raum, dass das neue Österreich nicht Realität wird, dass durch sein Territorium eine Grenze zwischen Ost und West verläuft. Diese Eventualität belastet auch die am 17. April in Wien begründete Volkspartei. Sie macht in Renners Regierung mit, aber nur mit marginalem Gewicht. In Tirol ist die Reserve gegen sie so stark, dass von Karl Gruber statt einer Landesorganisation der ÖVP zunächst eine separate „Staatspartei“ geschaffen wird. Erst über den Sommer 1945 gelangen die Siegermächte zu einem Minimalkonsens über Österreich: Es wird in vier Besatzungszonen gegliedert – Wien in vier Sektoren –, die umgebildete und anschließend anerkannte Regierung Renners totaler Kontrolle durch den „Alliierten Rat“ der Vier unterworfen („1. Kontrollabkommen“). Wer Österreich bzw. seine Länder definitiv repräsentieren wird, soll noch im Herbst durch Wahlen in den Nationalrat bzw. in die

Landtage entschieden werden. Dabei bleibt durch Wochen strittig, wer wählen darf. Es geht darum, wie weit der Kreis der bisherigen NSDAP-Mitglieder gezogen wird, die vom Wahlrecht auszuschließen sind. Mit gewissen Abstufungen untereinander wollen ÖVP, SPÖ und auch KPÖ den Kreis relativ eng halten, d.h. bloße „Mitläufer“ des NS wählen lassen. Das ist für die Besatzungsmächte ausgeschlossen, doch werden Kompromisse gefunden. Am 25. November kann gewählt werden.

Die erste steirische Landesregierung

Die Steiermark ist, wie angedeutet, vom 8. Mai bis zum 23. Juli 1945 fast zur Gänze von der „Roten Armee“ besetzt.¹ Noch bevor diese erste politische Maßnahmen setzt, hat Reinhard Machold, bis Februar 1934 sozialdemokratischer Parteivorsitzender im Land, danach unbehelligter Privatmann, vom zerfallenden einheimischen NS-System die Verwaltung des Landes provisorisch übernommen. Für den Nukleus einer Landesregierung hat er einige Parteifreunde, aber auch drei Kommunisten gewonnen. De facto gibt es bereits SPÖ und KPÖ. Von den vormaligen steirischen „Schwarzen“ ist hingegen nichts wahrzunehmen. Machold sucht geradezu eine Kontaktperson aus ihrem Segment. Ihr langjähriger Landesobmann Anton Rintelen kommt nicht in Betracht; er hat sich im Juli 1934 auf die Seite der NS-Putschisten geschlagen und dafür 1935 „lebenslänglich“ bekommen, ist 1938 aus der Haft quasi glanzvoll befreit und mit einem Mandat im NS-Reichstag belohnt worden. Karl Maria Stepan, 1934 bis 1938 im „autoritären Ständestaat“ Landeshauptmann, und Alfons Gorbach, damals Landesführer der „Vaterländischen Front“ (VF), sind unbekannten Aufenthaltes; zuletzt – weiß man davon? – waren sie KZ-Häftlinge in Dachau. Stepan ist für Machold aber ohnehin inakzeptabel. Wer kann sonst die seinerzeitigen Christlichsozialen sofort in Graz repräsentieren? Schließlich kommt Machold auf Alois Dienstleder, nach Rintelen und vor Stepan 1933/34 kurzzeitig Landeshauptmann, immerhin der letzte vom Landtag demokratisch gewählte. Man macht ihn, kränklich wie er ist, bei den Grazer Kreuzschwes-

tern ausfindig. Die Sowjets beauftragen Machold, ihn für die Landesregierung zu reaktivieren. Man sieht: Ohne „Schwarze“ gilt eine solche als nicht repräsentativ.

Dienstleder nimmt an. Obwohl früher im „schwarzen“ Lager ohne viel Reputation, entwickelt er sofort ziemlichen Ehrgeiz. Als Vertreter der Bauern bzw. der gewerblichen Wirtschaft nominiert er Anton Pirchegger bzw. Josef Schneeberger. Der erste war 1935 steirischer Obmann des „Bauernbundes“ geworden, des damals unter „ständischem“ Vorzeichen erfolgten Zusammenschlusses der katholischen und der „grünen“ Bauern, d.h. jene vom deutschfreiheitlichen Landbund. Pirchegger zögert, die Arbeit auf seinem Hof in Allerheiligen im Mürztal gegen eine politische Rolle in Graz zu tauschen, fügt sich aber dem – natürlich von Machold inspirierten – Wunsch der Sowjets, ihn in der Landesregierung zu haben. Schneeberger dagegen ist ein politischer „Nobody“, der sich nicht lange hält. Am 15. Mai „steht“ diese Regierung, Machold ist ihr Chef.

Gründung der Volkspartei in der Steiermark

Die Sowjets verlangen von Dienstleder, umgehend die Partei formell zu gründen, die sie dann, neben SPÖ und KPÖ, bewilligen können. Ohne diesen Doppelschritt gibt es für die „Schwarzen“ keine Legitimation, Funktionäre und Mitglieder zu rekrutieren, bekommen sie weder Büroräume noch Papier, Telefone usw. Eile tut not. Also lädt Dienstleder für den 18. Mai zur „Eröffnung der Österreichischen Volkspartei“ (der neue Name der Partei, in Wien gefunden, hat sich inzwischen verbreitet). „ca. 60 frühere Funktionäre“ versammeln sich bei den Kreuzschwestern, heißt es im „Protokoll Nr. 1“. Man „bestellte“ eine „provisorische Landesleitung“ mit Dienstleder als „Landesleiter“, Leskovar, Hollersbacher, Pirchegger und Schneeberger als Beisitzern. Außerdem wurden „Bezirksleitungen“ sowie „5 Hauptabteilungen in der Landesleitung festgelegt“. Anvisiert wird somit ein räumlich und sachlich ausdifferenzierter Parteiapparat mit Dienstleder an der Spitze. Alle anderen fungierten bloß als „Beisitzende“. Die außer Dienstleder Genannten vertraten zwar irgendwie die relevanten Berufsgruppen: Leskovar



- Das Gründungsdokument der Volkspartei in der Steiermark vom 18. Mai 1945.

die Arbeiter, Angestellten und öffentlich Bediensteten; Schneeberger die Wirtschaft; Pirchegger und Hollersbacher die Bauern (inkl. der Landarbeiter/innen), aber nicht als Obmänner von jeweils spezifischen Organisationseinheiten. In einem Wort: Von „Bünden“ war keine Rede, namentlich nicht vom traditionsreichen Bauernverein (bzw. seit 1935 Bauernbund), dem personellen und finanziellen Rückgrat der alten Christlichsozialen im Land.

Das ist Dienstleders Vision von der neuen Partei, auch die seines unerfahrenen „Organisationsleiters“ Karl Kober. Sie provoziert sofort massive Konflikte vor allem mit den Bauern. Zum Sprecher ihrer Kritik macht sich Pirchegger. Obwohl am 18. Mai in Graz, ist er bei den Kreuzschwestern gar nicht erst erschienen. Der Widerstand gegen Dienstleder ist so entschieden, dass dieser bereits am 9. Juni eine „Erweiterung“ der



• Anton Pirchegger, Landeshauptmann der Steiermark nach der Wahl im Herbst 1945.



• Gegründet wurde die Volkspartei in der Steiermark im Konventsgebäude der Grazer Kreuzschwestern.

Landesleitung hinnehmen muss, u.a. um Josef Krainer. In einem Brief vom 11. Juni beschreibt Dienstleder dessen Rolle als die des „Obmannstellvertreters oder Geschäftsführers“. Die Revision der Strukturen vom 18. Mai ist schon ein gutes Stück geschehen.

Krainers rapider Aufstieg ist, erstens, Dienstleders Vorpreschen geschuldet, d.h. dem durch dieses ausgelösten, akuten Handlungsbedarfes. Einmal als „Landesleiter“ bestellt, kann Dienstleder zwar nicht ohne weiteres entfernt, wohl aber scheinbarweise „demontriert“ werden. Zur Speerspitze dieser Operation taugt Krainer, weil er, zweitens, das Vertrauen aller derer hat – wenigstens mehr Vertrauen als irgendeiner sonst –, die bald in den Bündeln maßgeblich sein werden –, das Pircheggers, das Carl Lipps, der sehr bald Schneeberger zur Seite drängt, das Leskovars. Diese drei kennen Krainer aus den 1930er Jahren, der erste aus dem Bauernbund, der zweite aus der Grazer Gemeindepolitik – Krainer fungierte als Vizebürgermeister –, der dritte aus der Arbeiterkammer, in die Krainer, bis dahin Sekretär des Landarbeiterverbandes, nach „autoritärer“ Eliminierung ihrer „roten“ Funktionäre als Präsident berufen worden war. Schon aus dieser Zeit waren, drittens, dem gesamten

„schwarzen“ Personal im Land wenigstens ansatzweise Krainers besondere persönliche Qualitäten geläufig. Keiner schien so fähig wie er, mit den Konflikten umzugehen, die Dienstleder ausgelöst hatte, überhaupt parteiinterne Differenzen auszubalancieren.

Am 24. Juli 1945 werden die Briten zur Besatzungsmacht der Steiermark. Sie etablieren ihr „military government“. Die Bevölkerung atmet auf. Die Sowjets haben teils planmäßig, z.B. bei Demontagen in Fabriken, teils willkürlich (massenweise Vergewaltigungen, Abnahme von privaten Gegenständen wie Uhren und Fahrrädern) ungefähr so geherrscht, wie die „Nazi“ es an die Wand gemalt hatten. (Im besetzten Osteuropa, speziell in Russland und Polen, hatten diese es allerdings, wie bekannt, viel, viel schlimmer getrieben.) Auch die heimische Volkspartei erwartet Verbesserungen für sich. Es ist bereits Krainer, der als ihr Sprecher im August die Umbildung der Landesregierung zugunsten der „Schwarzen“ verlangt – freilich erfolglos. Und es ist Krainer, der am 23. September die Steirer auf einer parteiinternen „Länderkonferenz“ in Salzburg vertritt. Darauf holt Dienstleder zu Gegenschlägen aus, vom 22. August bis 2. Oktober folgt Krisensitzung auf Krisensitzung. Diese Machtkämpfe

münden in ein Patt. Also sucht man, jenseits von Dienstleder und Krainer, nach einem Dritten und findet ihn in Gorbach, der seit Ende Juli wieder in Graz ist. Am 2. November tritt er „mit allen Vollmachten“ an Krainers Stelle – aber die Briten wissen, dass die zwei (damals!) eine Achse bilden.

Die Volkspartei übernimmt die Führung im Land

Mehrere Vorgänge im Herbst 1945 werden für die Geschichte der ÖVP in der Steiermark langfristig maßgeblich: Erstens ist der Wahlsieg der ÖVP am 25. November zu nennen. In der Steiermark erhält sie 53 % der Stimmen (und 26 von damals 48 Landtagsmandaten sowie 5 von 9 Sitzen in der Landesregierung). Das ist viel mehr als die Christlichsozialen selbst auf ihrem Höhepunkt 1923 erreicht hatten. Maßgeblich für diesen Triumph ist primär, dass die ÖVP in der Steiermark rechts der Mitte damals ohne Konkurrenz ist; die „Ex-Nazi“ dürfen weder wählen noch kandidieren, auch die von Machold betriebene Zulassung des alten „Landbund“ verweigern die Briten. Ferner sind zwei Drittel der Wahlberechtigten Frauen, die immer schon überproportional konservativ gewählt haben; im Herbst 1945 sind außerdem viele unter ihnen, deren Männer oder Söhne nicht wählen dürfen, denen die ÖVP aber im Wahlkampf kommuniziert hat, dass daran SPÖ und KPÖ angeblich die „Hauptschuld“ tragen.

Zweitens lösen sich weitgehend die personellen Querelen: Dienstleder, der noch im Dezember Landeshauptmann werden will, aber gegen Pirchegger klar unterliegt, schaltet sich anschließend selbst aus (und stirbt am 31. Jänner 1946). Gorbach, obwohl ab 1946 (bis 1962/65) Landesparteiobmann, optiert für die Bundespolitik. Pirchegger macht, nicht nur weil er bald kränkt, als Landeshauptmann keine gute Figur; ab 1947 wird über seinen Rückzug geredet. Das alles begünstigt Krainers Karriere; glatt wird sie trotzdem nicht verlaufen. Im Dezember 1945 wird er erstmals in die Landesregierung gewählt.

Drittens gelingt der Partei flächendeckende Organisation im Land. Im Juni 1946, wenn sie ihren ersten Landesparteitag abhält, zählt sie

82.758 Mitglieder, davon 55.638 im Bauernbund. Dieser Aufschwung scheint damit zu tun gehabt zu haben, dass die ÖVP, wie SPÖ und KPÖ auch, ab Anfang 1946 in den damals mehr als 1.000 Kommunen des Landes Personen für die Gemeinderäte zu nominieren hatte (Gemeinderatswahlen gab es erst ab 1950). Weil die Zahl der zu Entsendenden vom jeweils lokalen Wahlergebnis des 25. November abhing, hatte die Volkspartei die Masse der kommunalen Mandatäre zu rekrutieren. In den zahllosen Klein- und Kleinstgemeinden lief das auf bäuerliches Personal hinaus – gut für die räumliche Präsenz der Partei im Land, je länger desto mehr aber ein Problem für ihre soziale Repräsentativität, weil ihr Arbeiter- und Angestelltenbund (ÖAAB) in den Industrieorten bis in die 1960er kaum vom Fleck kam.²

Als die Briten im Juli 1945 nach Graz kamen, diagnostizierten sie, die Volkspartei habe im Mai einen „bad start“ gehabt. Den hatte sie an der Jahreswende 1945/46 hinter sich gelassen. Ihr Primat im Land, Konsequenz des 25. November, blieb dennoch prekär. Wie angedeutet, hatte das nicht zuletzt mit Pircheggers Schwächen zu tun. Im Juli 1948 trat er, nach Meinung der Mehrzahl im Parteiestablishment: endlich, zurück. Er schlägt Krainer als Nachfolger vor, doch irgendwie wird auch Landesrat Udo Illig genannt. Die geheime Abstimmung in der Landesparteileitung ergibt am 28. Juni 27 Stimmen für Krainer, nur sechs für Illig. Für diesen hat sich sogar der Obmann des Wirtschaftsbundes, dem Illig angehört, nicht stark gemacht; Carl Lipp begnügte sich mit Schweigen.³

Der Wiederaufbau im „Alltag“

Womit hat sich Landespolitik im ersten Nachkriegsjahrzehnt vor allem zu befassen, wo setzt die Volkspartei ihre Schwerpunkte? Große Visionen verboten sich – es sei denn, man zählt den Vorsatz von ÖVP und SPÖ zu ihnen, in Österreich demokratische Politik zu machen und zu diesem Zweck auf allen Ebenen, anders als vor 1934, mehr Kooperation zu praktizieren als Konfrontation. Das wird durch die Hinterlassenschaft von NS-Regime und Krieg nahegelegt, außerdem durch die den Parteien übergeordnete Ins-



Ich gratuliere der Steirischen Volkspartei zum 70. Geburtstag. Sie hat allemal einen Anlass, stolz auf das in der Vergangenheit für die Steiermark Erreichte zu sein. Aber wie heißt es so schön: „Nichts ist so alt wie das Parteiprogramm von gestern“. Was die SPÖ und die ÖVP in den schwierigen 20 Jahren nach der Gründung der Republik Österreich für das Land gemeinsam in einer großen Koalition geschafft haben, findet auf Länderebene in der Reformpartnerschaft in der Steiermark im Kleinen seine Entsprechung. Das macht mir Hoffnung, dass die beiden gar nicht mehr so großen und gar nicht mehr so einzigartigen Volksparteien beherzt auch unbequeme und unpopuläre Themen anpacken werden, um das Land zukunftsfest zu machen. Noch mehr hoffe ich aber, dass die Steirer und Steirerinnen dies an den Wahlurnen honorieren. Dazu gehören für mich all die Themen, die dem veränderten demoskopischen Wandel Rechnung tragen, aber auch die, die das Leben in der Steiermark so lebenswert machen, u.a. die Kulturvielfalt.

PROF.^{IN} MAG.^A ANNA BADORA, INTENDANTIN DES GRAZER SCHAUSPIELHAUSES UND DESIGNIERTE DIREKTORIN DES VOLKSTHEATERS IN WIEN



Die Steirische Volkspartei steht über die Jahrzehnte für visionäre Offenheit und für intelligente Gestaltungskraft. Ich wünsche mir, dass sie diese Fähigkeiten auch weiterhin nützt, damit alle Menschen – auch jene von den Rändern der Gesellschaft – auf dem Weg in die Zukunft mitgenommen werden.

DR.H.C. FRANZ KÜBERL, DIREKTOR DER CARITAS DER DIÖZESE GRAZ-SECKAU



In der „Stunde Null“ 1945 wurde die steirische Landesorganisation der „Österreichischen Volkspartei (Christlichsoziale)“ gegründet. Zu einer Zeit, als die Steiermark fünffach besetzt und von Flüchtlingen überlaufen war, die Wirtschaft erst wieder aufgebaut werden musste und politisch die Weichen neu zu stellen waren. Über Parteigrenzen hinweg sollte das Miteinander gesucht werden. Das gemeinsame Ganze hat nach wie vor größte Aktualität.

PRIV.-DOZ.^{IN} DR.^{IN} BARBARA STELZL-MARX, STV. INSTITUTSLEITERIN DES LUDWIG BOLTZMANN INSTITUTS FÜR KRIEGSFOLGEN-FORSCHUNG UND LEKTORIN AN DER KARL-FRANZENS-UNIVERSITÄT GRAZ



Die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes ist eng an die erfolgreiche Umsetzung der universitären Kernaufgaben geknüpft: den Ausbau von grundlagen- und anwendungsbasierter Forschung sowie die Entwicklung von Lehre und Weiterbildungsangeboten. Die Steiermark ist ein bedeutender „think tank“ Österreichs, dessen Leistungen zum Fortschritt unseres Landes beitragen. Die Hohen Schulen brauchen die Politik als Partnerin, um diesen Wissenschaftsstandort weiter zu stärken.

UNIV.-PROF.^{IN} DR.^{IN} CHRISTA NEUPER, REKTORIN DER KARL-FRANZENS-UNIVERSITÄT GRAZ



In sehr ernsten Zeiten – in einer solchen leben wir – erwarten sich die Menschen von den politischen Akteuren Zusammenarbeit und gemeinsame Anstrengungen, um die großen Herausforderungen einigermaßen gut bewältigen zu können.

Hermann Schützenhöfer und Franz Voves haben gezeigt, dass so etwas möglich ist. Das ist eine großartige persönliche Leistung der beiden. Davon sollte sich die Bundespolitik ein Beispiel nehmen.

Jedenfalls: Ein wertvoller Impuls für Österreich!

DIPL.-ING. DR.H.C. JOSEF RIEGLER, VIZEKANZLER A.D.



„Österreich ist ein Land, das mit größtem Optimismus in seine Vergangenheit blickt!“ Beinahe hätte Karl Kraus Ähnliches auch über die Steiermark sagen können. Beinahe! Die letzten Jahre machen Hoffnung, dass jetzt auch die Politik die Zukunft gewinnen will. Der Auftrag? Optimistische Ziele, schlanke Strukturen, ordentliche Finanzen, beste Wissenschaft, wettbewerbsfähige Wirtschaft, den Blick in die Welt – und für alles einen Plan. So bleibt die Lebensqualität bei den Menschen der Steiermark.

KR MAG. JOCHEN PILDNER-STEINBURG, PRÄSIDENT DER INDUSTRIELLENVEREINIGUNG STEIERMARK



- *Bundeskanzler Leopold Figl und Josef Krainer sen., ab 1948 Landeshauptmann der Steiermark.*
- *Udo Illig, der spätere Minister für Handel und Wiederaufbau und LH Josef Krainer sen.*
- *Josef Krainer sen. und Bundeskanzler Julius Raab bei einer Besprechung.*

tanz des Alliierten Rates bzw. der jeweiligen regionalen Besatzungsmacht. In der Steiermark fördern die Briten solche Kooperation, sie schätzen besonders Machold, später auch Krainer. Im Land „können“ übrigens auch die maßgeblichen Personen gut miteinander, Pirchegger mit Machold, Krainer mit Horvatek usw. Der politische Alltag wird anfangs durch den „Kampf mit der nackten Not“ determiniert. 1955

stellt die Landesregierung in dem Band „Steirische Bewährung 1945–1955“ einiges darüber zusammen⁴, worin sich diese Not manifestierte und wie man gegen sie anarbeitete: kriegsbedingte Zerstörungen und anschließend umfangreiche Demontagen durch die Sowjets vor allem in der Hüttenindustrie etc. auf der einen Seite – Zerstörungen und Demontagen zusammen werden 1955 auf 2.540 Millionen Schilling beziffert, gleich drei damalige Landesbudgets –, auf der anderen Seite gemeinsam mit der britischen „Property-Control“ Sicherung aller Vermögenswerte, die das „Dritte Reich“, primär seine „Wehrmacht“, und die NSDAP im Land hinterlassen haben, und bedarfsgerechte Zuteilung dieser Werte. Das staatliche Rationierungs- und Preisbildungswesen aus der Kriegszeit wird zuerst von den Briten fortgesetzt, dann ab November 1945 schrittweise an heimische Dienststellen übertragen; dabei gelingt nur langsam die Überwindung von Länder- bzw. „Zonenpartikularismus“. Wichtig ist es, geltendes Recht durchzusetzen, mit eine Voraussetzung dafür, dass privatwirtschaftliche Initiativen gewagt werden: Oft usurpieren lokale „Versorgungsausschüsse“, zumeist kommunistisch gesteuert, die Kontrolle von Unternehmen, angeblich um Preistreiberei zu unterbinden; 1955 heißt es, es wäre „ein besonderes Verdienst“ der Landesregierung gewesen, in diesem Punkt trotz „starken Druckes [...] hart und fest geblieben“ zu sein.⁵ Von der Landwirtschaft muss verlangt werden, trotz aller Mängel, die sie leidet (z.B. beim Kunstdünger), gewisse Ablieferungsvorschriften zu erfüllen; Landeshauptmann Pirchegger und die Landwirtschaftskammer werden dabei wegen wirklicher oder angeblicher Versäumnisse von der Bundesregierung hart kritisiert. Dieser Katalog ließe sich mühelos verlängern. Man sieht: Es geht um Hunderte administrative Details, um vertrauensvolle Kooperation mit der Besatzungsmacht; dabei spielt viel Persönliches eine Rolle, manche lebenslange Freundschaften entstehen. An langfristigen Gesichtspunkten orientierte Politik gibt es ab 1945/46 aber auch, allerdings viel mehr in der Bundes- als in der Landespolitik: Zwei Verstaatlichungsgesetze gehören dazu, denen die ÖVP nicht leicht zustimmt, dann die Richtlinien, nach denen ab 1948/49 der „Mar-

shall-Plan“ bzw. das ERP-Programm implementiert wird u.a.m. Dabei spielt Prof. Wilhelm Taucher, der erste Nachkriegspräsident der steirischen Handelskammer, eine maßgebliche Rolle; er hat bereits im Mai 1945 eine fundierte Denkschrift über den Wiederaufbau und die zentrale Rolle der Steiermark in ihm verfasst.

Langfristig bedeutsam für die Steiermark ist ab 1945 auch, wie die Grenze gegenüber Jugoslawien verlaufen wird. Dass die Tito-Regierung sie nach Norden verschoben haben will, ist bekannt. Das bremst selbst sehr bescheidenen Wiederaufbau in der strittigen Region: Die Menschen dort scheuen vor Engagements zurück, Investitionen werden unterlassen. Vollends macht sich Bestürzung breit, als im Jänner 1947 bekannt wird, wie ausgedehnte Gebietsforderungen Jugoslawien den „Großen Vier“ vorlegt, die damals in Moskau die Verhandlungen um Österreichs Staatsvertrag beginnen. Steirische Landespolitiker eilen nach Radkersburg, Spielfeld usw. um zu beruhigen; sie bekommen zu hören, dass die Leute ihre Dörfer vor deren Abtretung „anzünden“ wollen. Das Problem löst sich, weil sich 1948 die kommunistischen „Bruderstaaten“ Sowjetunion und Jugoslawien vollkommen überwerfen; seitdem unterstützt Moskau Titos Begehren nicht mehr.

Der Umgang mit den ehemaligen Nationalsozialisten

Das nicht nur innenpolitisch heikelste, sondern auch für die Beziehungen zu den Besatzungsmächten sensible Thema ist der Umgang mit den vormaligen „Nazi“. Es betrifft Hunderttausende. Bereits seit Kriegsende gibt es eine Registrierungspflicht für sie, ihre Zuordnung zu mehreren Kategorien mit unterschiedlichen Rechtsfolgen, u.a. strafrechtliche Verfolgung vor „Volksgerichten“, vorläufige Internierung (z.B. Lager Wolfsberg), Berufsverbote usw. Trotz zahlloser Konflikte im Detail darüber ist unbestritten, dass die Masse der Registrierten mittelfristig reintegriert werden muss. Darin stimmen die Besatzungsmächte und alle Parteien überein. 1947 unterscheidet das revidierte „Verbotsgesetz“ „Minderbelastete“ und „Belastete“. Für die ersten beginnt 1948 eine Amnestiegesetzgebung; sie schließt Zuerkennung des Wahlrechtes ein. Kommissio-

nen mit Vertretern der Parteien spielen bei den Umsetzungsprozeduren maßgeblich mit. Dabei kommt es selbstverständlich zu viel Dubiosem, die Parteien konkurrieren um Leute, die demnächst wählen werden. Im Ganzen ist die Strategie dennoch richtig, sie minimiert die Zahl derer, die dem „neuen Österreich“ gegenüber in alten Ressentiments verharren. Man nennt das „Versöhnungspolitik“.



• Plakat der Volkspartei 1945 mit dem Aufruf zur aktiven Mitarbeit.

Seitens der ÖVP macht sich Gorbach dabei einen österreichweiten Namen. Als KZ-Opfer ist er aller NS-Sympathien unverdächtig. Sein zentrales Argument ist übrigens keineswegs naiv oder gar zynisch. Man könne es durchaus als „Mangel der Demokratie“ auffassen, „dass ihr Gerechtigkeitsbegriff [...] frei gehalten werden soll von Härte“, erst recht von Rücksichtslosigkeit und Rache, sagt er am 21. April 1948 im Nationalrat. Er ist sich des Dilemmas durchaus bewusst: Was man für „gerecht“ halten mag, kollidiert potenziell mit dem Bedarf an gesellschaftlicher Befriedung. (Man kennt das seit 1989 aus osteuropäischen Staaten, man kennt das aus Südafrika.)

Die Steirer erstmals als innerparteiliche „Revoluzzer“

1949 ist wieder ein Wahljahr. Als eine der Konsequenzen von „Versöhnungspolitik“ zählt man in der Steiermark 147.000 mehr Wahlberechtigte als 1945, unter ihnen die Masse der inzwischen amnestierten 87.000 „Minderbelasteten“.⁷ Trotz ihres Werbens um sie erleiden ÖVP und SPÖ auch im Land schmerzliche Niederlagen: Die Volkspartei sinkt von 53 auf 42,9 % Stimmenanteil ab, die SPÖ von 41,6 auf 37,4 %. Eine neue vierte Partei, um deren Zulassung sich die SPÖ sehr „verdient“ gemacht hat – natürlich ist es, wie schon bemerkt, Interesse der „Roten“, dass die ÖVP rechts von ihr wieder „bürgerliche“ Konkurrenz bekommt –, reüssiert über Erwartungen stark: Der VdU („Verband der Unabhängigen“) vereint im Land 94.698 Wählerinnen und Wähler, 14,54 % (in ganz Österreich 11,67 %); in Graz lauten die entsprechenden Zahlen sogar 29.044 bzw. 19,9 %.

Hat sich der Gorbach-Kurs als Fehlschlag erwiesen? In der Steiermark kommt es innerhalb der Volkspartei über die Richtigkeit des einmal gewählten Weges kaum zu Konflikten. Anders ist es in der ÖVP-Führung in Wien. Dort gehen die Wogen erst richtig hoch, wenn 1951, nach Renners Tod, gelegentlich der ersten Bundespräsidentenwahl durch das Volk der VP-Kandidat Gleissner im zweiten Wahlgang gegen den Kan-

didaten der SPÖ, Theodor Körner, unterliegt, weil die Mehrheit der Wähler des „unabhängigen“ Burghard Breitner aus dem ersten Wahlgang dann für Körner optiert. Gorbach, Krainer und mit ihnen die Landesparteileitung der ÖVP beharren auf ihrer Linie: Sie sehen nicht in der „Versöhnung“ die Ursache des Wahldesasters, sondern in der schwachen Performance der Volkspartei innerhalb der Großen Koalition: Die ÖVP habe sich der SPÖ als „willfähriger Proporzpartner“ zu sehr ausgeliefert, sie habe den Mittelstand „am meisten enttäuscht“, brauche „neue Ideen und neue Männer“. Der „VdU müsse eingebaut werden“, nicht ausgegrenzt. Erstmals gerieren sich die „Steirer“ als „Reformisten“. Krainer hält für notwendig, „in der Partei eine Westfront“ zu formieren, um in der Bundes-ÖVP Änderungen zu erzwingen. Ob es wegen dieser Drohung oder unabhängig von ihr Mitte Juni 1951, fünf Wochen nach der Wahl, zur Designierung von Julius Raab anstelle Leopold Figls als Bundesparteiobmann kam, steht dahin. Aber die „Steirer“ der Partei haben angefangen, sich in ihr ein bundespolitisches Profil beizulegen.

An Stimmen hinten, an Mandaten vorne

Auf die Wählerschaft macht das vorerst keinen Eindruck, die Stimmung für die Volkspartei ist insgesamt anhaltend schlecht. Figl, in den unmittelbaren Nachkriegsjahren geradezu der Held im Umgang mit „den Russen“, ist Kanzler geblieben. Er und seine Partei büßen namentlich bei den „liberalen“ Kreisen an Prestige ein, die – durch gewisse, vorerst bescheidene Erfolge wirtschaftlicher Regeneration ermutigt – finden, dass die umfassende Proporzpraxis der Regierungskoalition und das in ihr endemische, „unsachliche“ Junktimieren von allem mit allem stärkeren Aufschwung blockiere. Der SPÖ tut derartige Kritik einstweilen nicht weh, die ÖVP bringt sie um ihre relative Mehrheit. Bei den Wahlen vom Februar 1953 liegt die SPÖ nach Stimmen österreichweit, aber auch in der Steiermark erstmals knapp vor der Volkspartei; nur die Wahlkreisgeometrie rettet dieser in Nationalrat und Landtag jeweils ein Mandat Vorsprung. Im April löst Raab Figl als Kanzler ab. Krainer bleibt Landeshauptmann.



• Plakat zum Marshallplan in der Steiermark.



• Landesregierung und Mitglieder des Steiermärkischen Landtages 1948.

Wie schon 1949 sieht sich die ÖVP in der Steiermark auch 1953 als „Opfer“ der Bundespolitik. Tatsächlich hat sie kaum etwas falsch gemacht. Parteiintern ist ihr bereits 1948/49 ziemlich geräuschlos gelungen, nach dem Abgang der „alten“ Bauernführer Pirchegger und Hollersbacher, die Neubesetzung der von diesen gehaltenen Funktionen zu bewältigen. Dabei kommt Josef Wallner, schon in den späten 1930er neben Krainer der „Jungstar“ im Bauernbund, zwar nicht mit allen seinen Wünschen ins Ziel. Aber er nimmt es ohne anhaltenden Groll hin, dass eine deutliche Mehrheit im „Landesbauernrat“ statt seiner Ferdinand Pirsch in der Landesregierung haben will (ein Teilnehmer der Sitzung attestierte dieser sogar: „wirklich feiner Verlauf“). Dafür wird Wallner Präsident der Landwirtschaftskammer und Landesobmann des Bauernbundes – und bleibt beides für Jahrzehnte. Die ÖVP in der Steiermark kann von Glück reden – kaum auszudenken, was für Folgen es für sie als Ganze hätte haben können, wenn innerhalb ihrer Bauern latenter „Krieg“ zwischen den Matadoren geherrscht hätte. Möglicherweise hätten selbst Krainers und Gorbachs Begabungen, intern auszugleichen und Balance zu halten, nicht hingereicht.

Wirtschaftswunder und Staatsvertrag

Über den „Output“ steirischer Landespolitik während der frühen 1950er kann hier nicht berichtet werden (viel von ihm bedarf erst der Erforschung). Die Volkspartei als Partei tat sich wenig hervor. Soweit Initiativen „schwarzen“ Ursprungs waren, kamen sie von den Mitgliedern der Landesregierung, selbstverständlich stets von Krainers wachsender Autorität koordiniert (Krainer übernahm übrigens außerdem die Funktion des Klubobmanns im Landtag). Alles in allem wurde „Politik-Machen“ in diesen Jahren leichter. Marshall-Plan bzw. ERP sowie ab 1953 der „Raab-Kamitz-Kurs“ bescherten auch Österreich sein „Wirtschaftswunder“. Auf allen Ebenen wuchsen die Budgets, „die Politik“ hatte etwas zu verteilen. Davon profitierte naturgemäß auch die Landespolitik: Sie sparte bei den Verwaltungskosten, forcierte Gesundheits- bzw. Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen. Die Infrastruktur wurde spürbar besser: Straßen und Güterwege, Schulbauten (vor allem im Grenzland), Elektrifizierung und Wasserversorgung wurden intensiviert. 1955 gelang Raab und Co. der Abschluss des Staatsvertrages – ein „annus mirabilis“.

Von dem allem schrieb das Publikum vieles der Volkspartei gut. Die Stimmung für sie wurde merkbar günstiger. Der Zerfall des VdU leistete dazu seinen Beitrag. So wagte Raab dann 1956 vorgezogene Neuwahlen des Nationalrates. Er gewann acht Mandate, die SP nur eines, die FPÖ, Nachfolgerin des VdU verlor acht. Die ÖVP lag wieder deutlich voran; auch in der Steiermark legte sie fast fünf Prozentpunkte zu.

Innovativer Wahlkampf

Das hatte sich abgezeichnet. Trotzdem vermied es die ÖVP in der Steiermark – wie im Beitrag zum nächsten Jahrzehnt noch näher dargestellt –, zugleich mit dem Nationalrat den Landtag neu wählen zu lassen. Sie brach mit einem seit 1920 praktizierten Usus. Ursache dafür waren erstmals moderne, statistisch valide Umfragewerte, die Gallup ermittelt hatte. Sie versprachen der Volkspartei noch größere Zustimmung, wenn sie Nationalrats- und Landtagswahl entkoppelte und die zweite als „Krainer-Wahlen“ inszenierte; Krainers Werte, sagte Gallup, lagen noch deutlich höher als die ohnehin günstigen für die Partei. Mit der Strategie,

Wahlkämpfe zu „personalisieren“ hatte sich Franz Wegart, seit 1947 Landespartei sekretär auf dem „K 6“, in den USA vertraut gemacht. Gegen allerlei Skepsis, auch bei Krainer selbst, überzeugte er die Parteiführung, den neuen Weg zu wählen. Dahinter stand zudem die Erkenntnis, dass die traditionelle Manier der Partei, mit dem Publikum primär durch das Medium von Berufsorganisationen zu kommunizieren, voran durch die drei „Bünde“, zunehmend unzulänglich wurde. Es brauchte Ausrichtung auf differenziertere Zielgruppen und deren spezifische Anliegen und es brauchte gleichzeitig zwecks Bündelung solcher Pluralisierung ein neues Mittel, sie zu integrieren – eine charismatische Persönlichkeit.

Die Landtagswahl 1957 bestätigte Wegarts innovativen Ansatz: Trotz gegenüber 1956 rund 8.000 weniger gültigen Stimmen erzielte die „Krainer-Volkspartei“ knapp 2.000 mehr, ihr Stimmenabstand zur SPÖ im Land stieg von 11.000 auf 19.000. Im Landtag kam sie auf 24 von 48 Mandaten (plus 3), in der Landesregierung eroberte sie die 1949 verlorene absolute Mehrheit (5 zu 4) zurück. Dabei sollte es 33 Jahre lang bleiben – weit über Krainer sen. hinaus.

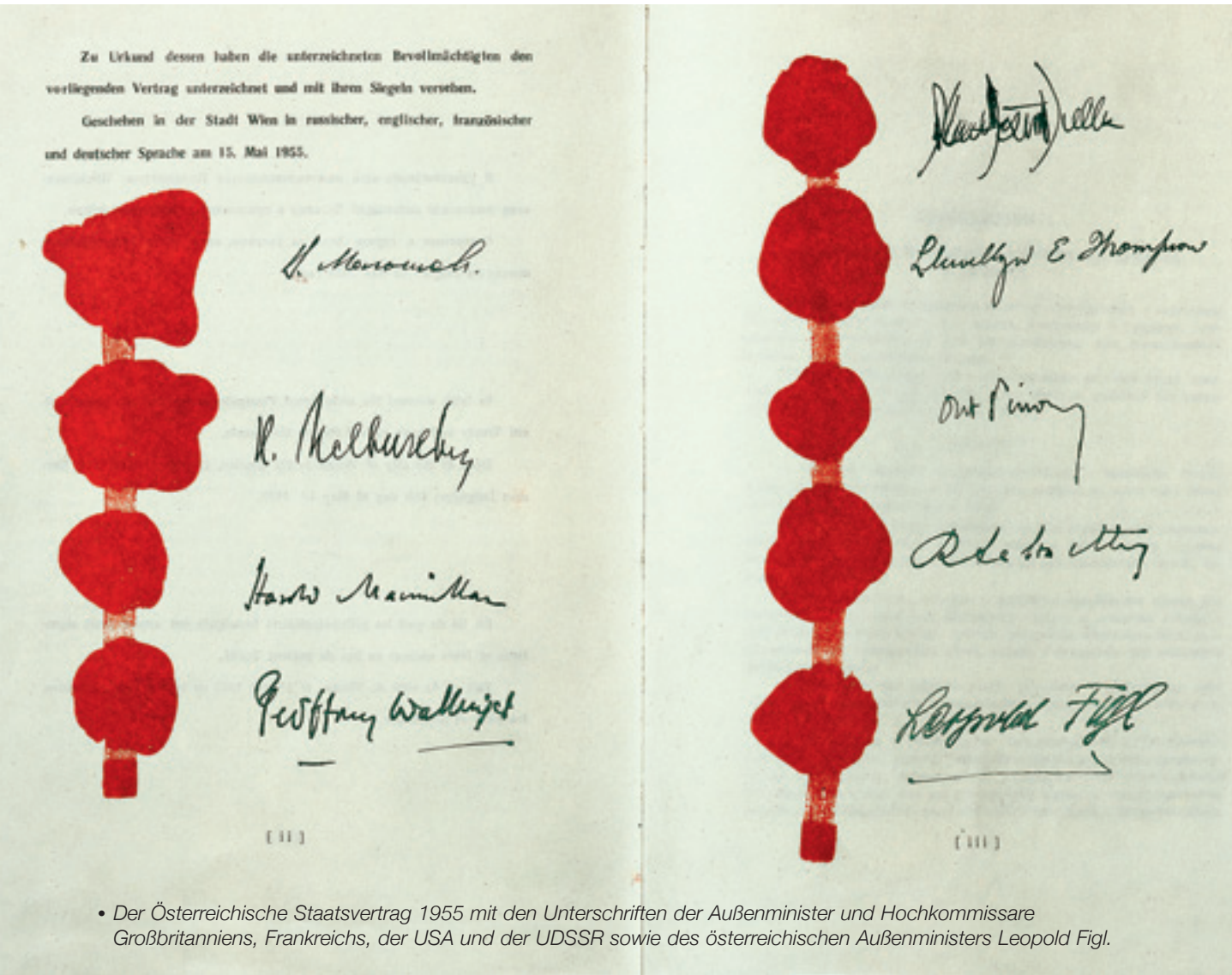
- 1 Die anschließende Darstellung folgt Alfred Ableitinger: Startschwierigkeiten, Triumph und Krisen 1945–1948, in: Alfred Ableitinger/Bernd Beutl (Hg.): 60 Jahre Steirische Volkspartei. Für die Steiermark Partei ergreifen. Graz 2005, 13–38; bzw. Alfred Ableitinger: Die Ära Josef Krainer sen. 1948–1971, in: ebda., 53–82 (de facto nur bis 73). In diesen Texten finden sich alle Quellen- und Literaturnachweise, auf deren Wiederholung hier verzichtet werden kann. Vgl. aber die wichtige Korrektur einer Aussage von 2005 unten in FN 3.
- 2 Vgl. Alfred Ableitinger: Graz ist anders. Wahlen in der Steiermark zwischen 1956 und 1965 mit Blick auf die ÖVP, in: Hedwig Kopetz/Joseph Marko/Klaus Poier (Hg.): Festschrift für Wolfgang Mantl zum 65. Geburtstag. Wien/Köln/Graz 2004, 703–723.
- 3 Dieses Detail wird hier festgehalten, um einen schweren Fehler zu korrigieren, der im Text meines ersten Beitrages von 2005 unterlaufen ist. Auf S. 35 f. von „60 Jahre Steirische Volkspartei. Für die Steiermark Partei ergreifen“ (vgl. oben FN 1) heißt es dort: „[...] auch Illig wird vorgeschlagen. Dass Lipp, der Wirtschaftsbundobmann, zu diesem Vorschlag schweigt, ist für jedermann als Distan-

- zierung von Krainer zu werten.“ Selbstverständlich war es Distanzierung von Illig! – Wie der sinnentstellende Irrtum geschehen konnte, ist mir nicht mehr erinnerlich.
- 4 Steirische Bewährung 1945–1955. Zehn Jahre Aufbau in der Steiermark. Festschrift hg. von der Steiermärkischen Landesregierung anlässlich des zehnten Jahrestages der Beendigung des zweiten Weltkrieges. Graz 1955.
- 5 Steirische Bewährung 1945–1955 (FN 4), 21–28 („Kampf mit der nackten Not“); siehe die erwähnten Zahlen von 1955 auf S. 99 bzw. 87, die Sicherungsmaßnahmen (im Kapitel „Mittelbare Bundesfinanzverwaltung“) auf S. 94–99, „Zonenpartikularismus“ bzw. Versorgungsausschüsse auf S. 103 f.
- 6 Zu steirischen Spezifika vgl. Edith Marko-Stöckl: Die Formierung des steirischen Parteiensystems 1945–1953. Die Konkurrenz um die „Ehemaligen“, in: Siegfried Beer (Hg.): Die „britische“ Steiermark 1945–1955. Graz 1995, insb. 62–68.
- 7 Etwas abweichende Zahlen bei Marko-Stöckl, Parteiensystem (FN 6), 66: Von 91.026 im Land qua „Verbotsgesetz“ Registrierten wurden 84.982 als „minderbelastet“ eingestuft, 6.044 als „belastet“.



1955–1965 Die „langen 50er Jahre“

STEFAN KARNER



• Der Österreichische Staatsvertrag 1955 mit den Unterschriften der Außenminister und Hochkommissare Großbritanniens, Frankreichs, der USA und der UDSSR sowie des österreichischen Außenministers Leopold Figl.



Zu den Kennzeichen steirischer ÖVP-Politik gehörte neben der Betonung der Kultur und der Wegbereitung einer viel beachteten Avantgarde die Suche nach einer Begegnung mit den Nachbarn über ideologische und politische Grenzen hinweg.

STEFAN KARNER

Die Erfahrungen mit der sowjetischen und vor allem britischen Besatzung bestimmten bis 1955 wesentlich das politische System des Landes in den „langen“ 50er Jahren, die in der Steiermark eigentlich erst mit der „68er-Bewegung“ zu Ende gegangen waren.¹

Der Staatsvertrag 1955, die entscheidende Zäsur, zehn Jahre nach dem Kriegsende, der Abzug der britischen Besatzer, die Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion erzeugten ein erstes Stimmungshoch. Man war wieder Herr im eigenen Haus geworden und wollte gemeinsam den wirtschaftlichen und geistigen Wiederaufbau gestalten, Fehler der 1930er Jahre nicht mehr wiederholen, wenn sich auch da und dort die konfrontative, destruktive politische Kultur der Ersten Republik, etwa in der Konkordanzdemokratie oder im Lagerdenken, zeigte. Die Sozialpartnerschaft und die Fortsetzung des Proporz zwischen den Großparteien boten für eine neue politische Kultur ein akzeptables Mittel.

Wirtschaftswunder, Aufbau, Marktwirtschaft, Fortschritt, Sozialpartnerschaft und Leistungsbegeisterung prägten mehr oder weniger auch die politischen Denkmuster der zwei großen Parteien im Lande. Das Gefühl des Aufschwungs konnte den Menschen glaubhaft vermittelt werden: das erste Motorrad, das erste Auto, die Garage als Zubau zum Einfamilienhaus, die erste Waschmaschine für den Haushalt, der erste Urlaub an der Adria.

Das Dreiparteiensystem der Steiermark von ÖVP, SPÖ und des wesentlich kleineren VdU (ab 1956 FPÖ)² dominierte die Volkspartei mit Josef Krainer

sen. und dem sensiblen und weltoffenen Kulturpolitiker Hanns Koren, auch in relativer Akkordierung mit den steirischen Sozialdemokraten, vor allem unter Alfred Schachner-Blazizek. Das Dreieck konnte wesentliche Akzente der steirischen „Innen“- „Außen“- und Kulturpolitik setzen.

Korens avantgardistische Kulturpolitik, obwohl zuerst vielfach abgelehnt, wurde Teil der steirischen Identität als einer Symbiose von Weite, Enge und Tiefe, von Tradition und Moderne.

Neben den innerparteilichen Aufgaben und Anliegen hatte die ÖVP in der Steiermark in dieser, für das Land entscheidenden Phase zwischen dem konservativen Paradigma der 1950er Jahre und dem gesellschaftlichen Aufbruch Ende der 1960er Jahre, der in der 68er-Bewegung seinen sichtbaren Ausdruck fand, mehrere Aufgaben zu bewältigen:

- die Forcierung und den Abschluss des Wiederaufbaus;
- den Aufbau einer Nachbarschaftspolitik, um aus der geografischen Isolation heraus zu kommen;
- eine Belebung und Stärkung des steirischen Grenzlandes, um eine Abwanderung aus den südlichen und östlichen Gebieten des Landes zu verhindern;
- einen Brückenschlag zu den europäischen wirtschaftlichen Zusammenschlüssen, vor allem der EWG und der EFTA;
- eine Integration des kritischen, intellektuellen und künstlerischen Potenzials, wie es sich vor allem an den Hochschulstätten zeigte.

Eine Darstellung der ÖVP in dieser Phase hat daher die Interdependenz von Landespolitik und

Parteipolitik zu beachten. Gerade diese Wechselwirkung, die zeitweise auch ein hoher Grad an Identifikation von Partei und Land war, hatte die ÖVP auch durch so viele Jahre zur stärksten Kraft im Land gemacht.

Zunächst galt es jedoch, die Folgen einer Entwicklung zu meistern, die sich im benachbarten Ungarn nur ein Jahr nach dem Staatsvertrag dargestellt hatte. Mit einem Schlag wurde deutlich, in welcher sensiblen Randlage man sich befand. Im Osten teilte der „Eiserne Vorhang“ zu Ungarn, praktisch in Sichtweite vom Grazer Schloßberg, Europa in Ost und West. Im Süden war die Grenze zum kommunistisch geführten Jugoslawien eine ideologische und vielfach historisch belastete Barriere.

Die Ungarn-Krise 1956

Im Spätherbst 1956 flüchteten Tausende Ungarn in die Steiermark. Es galt blitzschnell für sie Notquartiere und Verpflegung zur Verfügung zu stellen; im Spätherbst 1956, zu einer Zeit, als die Steirer selbst vielfach nur das Notwendigste zum Leben hatten. Doch die Menschen, besonders in der Oststeiermark, zögerten keinen Augenblick, die Flüchtlinge unterzubringen und zu versorgen. Ungarn war bald nach Kriegsende sozialistisch-planwirtschaftlich ausgerichtet, die Landwirtschaft kollektiviert, die Betriebe verstaatlicht, die zahlreichen Parteien verboten, jegliche Opposition zu den Kommunisten verfolgt und das Land kommunistisch geführt worden. Moskau bestimmte die Politik in Ungarn. Dennoch waren große Teile der ungarischen Bevölkerung gegen die sowjetische Herrschaft im Lande, traten für freie Wahlen, für die Verwirklichung von westlicher Demokratie, für die Entlassung und Rehabilitierung aller politischen Häftlinge, für Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit und nicht zuletzt für den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn ein. Es kam zu Kundgebungen, Manifestationen, Demonstrationen und zu einem Generalstreik. Imre Nagy, ein Kommunist der ersten Stunde, 1917 noch im Erschießungskommando des russischen Zaren in Jekaterinburg, hatte eine Kehrtwendung gemacht, wurde Ministerpräsident und galt als Hoffnungsträger einer neuen, von Moskau abgewandten, sozialistischen Politik.

Nach der Neutralitätserklärung Ungarns begannen am 4. November schwere Kämpfe zwischen sowjetischen Truppen, ungarischen Freischärlern und Armee-Einheiten, in deren Verlauf die ungarische Freiheitsbewegung niedergewalzt wurde. 40.000 politische Gegner wurden interniert, 180.000 Ungarn flüchteten nach Österreich, davon über 16.000 in die Steiermark. In etwa 140 steirischen Auffanglagern, in Kasernen und Bundesquartieren, in Tausenden Privatquartieren und Schlafstellen hatte man die Flüchtenden untergebracht.

Jeder zehnte von ihnen ließ sich im Land nieder. Unter ihnen etwa die ungarische Eiskunstlauf-Meisterin Nadine Szilassy und zahlreiche Studenten, die hier ihr Studium abschlossen, wie der Architekt Jenő Molnar oder die Ärzte Judith Bärnthaler und Bela Farkas (Stolzalpe).

Landtagswahl 1957

Kaum waren die größten Probleme mit den ungarischen Flüchtlingen behoben, ging es um die Neuzusammensetzung des Landtages in der Wahl am 10. März 1957. Die ÖVP war wegen des schlechten Abschneidens vier Jahre zuvor nervös, die SPÖ angriffslustig, die KPÖ nur noch in den größeren Industriestädten der Obersteiermark sichtbar. Das große Fragezeichen war die FPÖ, die erstmals zu einer landesweiten Wahl antrat. Zudem sollte der Landtag, wie schon der Nationalrat, auf Wunsch der SPÖ vorzeitig für die ersten Neuwahlen „in Freiheit“ aufgelöst werden. Landeshauptmann Krainer, der gerade seine erste USA-Reise absolvierte, unterbrach seinen Amerika-Besuch, eilte zurück nach Graz, um in jedem Fall eine gleichzeitige Durchführung von Nationalrats- und Landtagswahl zu verhindern. Er hatte diese Linie – trotz anfänglicher Widerstände, auch aus den eigenen Reihen und nach dem ÖVP-Erfolg bei der Nationalratswahl 1956 – gemeinsam mit Landespartei sekretär Franz Wegart³ durchgesetzt: „Das ständige Anhängen der Landtagswahlen an Nationalratswahlen verwischt der Bevölkerung gegenüber die Besonderheiten der Landespolitik und schadet damit dem föderativen Gedanken; wem es damit ernst ist, der muß auch darnach handeln, d.h. der Bevölkerung Gelegenheit geben, im Alleingang über

die Landespolitik zu entscheiden“, wurde die ÖVP-Position festgelegt und, bis auf die auch prompt verlorene Wahl 1995, auch in den folgenden Jahren eingehalten.

Zudem wollten SPÖ und VdU den belasteten, ehemaligen Nationalsozialisten das aktive, den Minderbelasteten das passive Wahlrecht zurückgeben. Eine Forderung, der sich auch die Volkspartei nicht verschließen wollte.

Ein zusätzlicher Knackpunkt wurde der neue amtliche Stimmzettel, auf dem alle wahlwerbenden Parteien in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet wurden. Um nicht hinter die Sozialisten gereiht zu werden, setzte die ÖVP ein „Die“ vor den Parteinamen, was Landeshauptmann Krainer seitens der SPÖ eine, allerdings erfolglose, Ministeranklage einbrachte.⁴

Die ÖVP fertigte erstmals für eine Wahl Rednerskizzen an, die den Funktionären als Wahlbehelf dienten und eine einheitliche Argumentationslinie sichern sollten: Die ÖVP als die staatstragende Partei (Staatsvertrag, Raab-Kamitz-Kurs), die steirische Eigenständigkeit (eigener Wahltermin), die Betonung der ÖVP-Leistungen in der Landespolitik (Förderung von Wohnbau, Gewerbe, Kultur und Landwirtschaft) sowie eine scharfe Abgrenzung zur SPÖ: „Sie versuchen zugleich Regierungspartei und Opposition zu spielen und durch Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes jene Not und jenes Elend zu schaffen, in dem der Marxismus allein gedeihen kann. Die Marxisten sind die Partei der Not.“⁵ Die FPÖ war zu schonen. Krainer selbst wurde, in einer Art erstem Persönlichkeitswahlkampf nach US-Muster, als Landeshauptmann für alle Steirer, als Sinnbild einer breiten Zusammenarbeit dargestellt.

Die Propaganda der SPÖ war nach ihrem ideologischen Spektrum gefächert und auf die Stammwählerschaften ausgerichtet. Sie strich die Leistungen der verstaatlichten Industrie in der Obersteiermark hervor, propagierte mehr Staat und weniger Privat. Mit Norbert Horvatek an der Spitze machte sich die SPÖ auch zur Verfechterin des neuen Stimmzettels und verquickte sich so in eine Detaildebatte. Ihren Spitzenkandidaten konnte sie damit nicht als Vaterfigur aufbauen. Die FPÖ orientierte ihre Wahlwerbung an ihrer wesentlichen Klientel und betonte ihre deutsch-nationalen Wurzeln.



• Landesparteisekretär Franz Wegart und Josef Krainer sen. konzipieren den Wahlkampf für die ersten „Krainerwahlen“.

Das Ergebnis der Landtagswahl zeigte als Hauptgewinner die ÖVP, die mit 46,6 % der Stimmen und 24 Mandaten ihren Mandatsvorsprung auf die SPÖ ausbauen konnte. Die SPÖ schaffte 43,6 % der Stimmen und 21 Mandate. Deutlich unzufrieden äußerte sich daher Parteivorsitzender Reinhard Machold: „Diese Wahlen [...] zeigten ein für uns unbefriedigendes Ergebnis.“⁶ Die Hoffnung, aus dem Schatten der ÖVP zu treten, erfüllte sich nicht. Auch die erstmals kandidierende FPÖ blieb deutlich gegenüber dem VdU zurück, brachte es nur noch auf 6,7 % der Stimmen und drei Abgeordnete im Landtag und flog aus der Landesregierung.

Dies war auch die entscheidende Veränderung der Wahl. Die Volkspartei hatte nunmehr mit fünf Landesräten auch die absolute Mehrheit in der Landesregierung. Neuer ÖVP-Landesrat für Kulturpolitik wurde – auch auf Druck des CV und der Katholischen Aktion – Hanns Koren.⁷

Der steirische Wahlerfolg gab der ÖVP auch für die Bundespräsidentenwahl drei Monate später Hoffnung, erstmals gegen die Gleichgewichtspartei erfolgreich zu sein und die Wahl zu gewinnen. Gemeinsam mit der FPÖ hatte man den parteilosen Arzt Wolfgang Denk aufgestellt und hoffte, mit ihm eine breite Wählerallianz von christlichen, bürgerlichen bis zu den nationalen Gruppen bilden zu können. Auch die SPÖ hatte mit ihrem Kandidaten, Vizekanzler Adolf Schärf, der noch im Jahr zuvor als Kanzlerkandidat im Wahlkampf gewesen war, versucht, an einen Teil des rechten Wählerspektrums heranzukommen. An den Wirtshaustischen hörte man die Parole: „Wer einmal schon für Adolf war, wählt Adolf auch in diesem Jahr.“ Ein entsprechendes Plakat



• *Besuch des jugoslawischen Staatspräsidenten Josip Broz Tito 1967 in der Steiermark. Landeshauptmann Josef Krainer sen. forcierte eine regionale Nachbarschaftspolitik.*

oder Flugblatt wurde allerdings nicht affiziert. Den besonders in der Steiermark spürbaren Nachteil Schärfs, zweimal aus der Katholischen Kirche ausgetreten zu sein, konnte die SPÖ in Gesprächen mit der Kirchenführung im Wesentlichen ausräumen. Die Annäherung von SPÖ und Katholischer Kirche war die Folge. Schärf gewann die Wahl knapp mit 51 % der Stimmen und wurde Bundespräsident.

Der Konzentrationsgrad der ÖVP in der Steiermark war hoch, ihre Mitgliederentwicklung konstant stark. Die ÖVP rekrutierte ihre Wähler vor allem über ihre Bünde in der Ost-, Süd- und Mittelsteiermark. Ab 1957 setzte die Partei auf eine starke Personalisierung, besonders auf die Person Josef Krainers, der seit 1948 als Landeshauptmann das Land geführt und die Politik wesentlich bestimmt hatte. Die Personalisierung wurde in den 60er Jahren, durchaus nach amerikanischem Vorbild, weiter gesteigert. Landtagswahlen waren „Krainer“-Wahlen.

„In Wien steirisch reden ...“

Die steirischen Verfassungs- und Verwaltungsreformen entsprachen den föderalistischen Tendenzen, die in allen österreichischen Bundesländern stärker geworden waren und in Vorarlberg etwa zur „Fussach“-Affäre geführt hatten. Die

Steiermark war, wenn es galt, Länderinteressen gegen Zentralinteressen zum Durchbruch zu verhelfen, meist führend, oft initiativ. Das Land hatte die zweitgrößte Stadt Österreichs, ein vielfältiges Kunst- und Kulturleben, zahlreiche höhere Schulen und mehrere Universitäten, eine starke Medienszene, den Typ eines selbstbewussten, reformfreudigen Landesbürgers und eine starke Landesidentität. „Steirerblut ist kein Himbeersaft“ oder „In Wien mit den Leuten [oft mit den Parteifreunden] steirisch reden“ waren gerne gebrauchte Redewendungen und konnten auch als Drohungen verstanden werden.

Krainer entwickelte ein „kräftiges Druck- und Verweigerungspotential gegenüber dem Bund, mit einem fast missionarischen Zungenschlag gegen Wien“⁸. Die ÖVP Steiermark positionierte sich so als innerparteiliche Opposition und brachte nicht nur den Antagonismus zwischen Bund und Land auf den Punkt, indem sie etwa Ende der 50er Jahre eine Obmandiskussion gegen Raab lancierte, sondern kritisierte auch offen das System der Großen Koalition und damit Bundeskanzler Raab.

Die Führungs- und Identitätskrise der ÖVP auf Bundesebene 1959 und die Krankheit von ÖVP-Obmann und Bundeskanzler Julius Raab begünstigten geradezu Tendenzen zu Reformen, wie sie in einer von Krainer mitgegründeten



• Festakt zur Eröffnung des Forum Stadtpark 1960.
In der ersten Reihe Josef Krainer sen. und Kulturlandesrat Hanns Koren (2. von rechts).

„Neuen Österreichischen Gesellschaft“ gefordert wurden. Die „Neue Österreichische Gesellschaft“ (unter Krainer und Außenminister Karl Gruber), die sogleich innerparteiliche Kritik auf sich zog, entpuppte sich dabei als erste große Reformbewegung innerhalb der ÖVP nach dem Krieg und verband drei Gruppen: den Österreichischen Gewerbeverein unter Rigobert Plass, den Akademikerbund unter Georg Zimmer-Lehmann und große Teile der Parteijugend. Primäres Ziel dieser Vereinigung war es, die ÖVP mit wirtschaftsliberalen und antibürokratischen Ideen wieder auf Erfolgskurs zu bringen und gleichzeitig das Gewicht der Länder innerhalb der Bundespartei zu stärken. So wurden ein modernes Wirtschaftsprogramm, ein klares Bekenntnis zum Föderalismus und eine effiziente Verwaltungsreform für den Staat postuliert. Außenpolitisch urgierte man – neben der Nachbarschaftspolitik – eine Annäherung an die EWG. Die „Neue Gesellschaft“, der u.a. auch Peter Reininghaus, Fritz Molden oder „Tagespost“-Chefredakteur Helmut Schuster angehörten, lebte später als „Ennstaler Kreis“ weiter, der von Alfred Rainer mitbegründet wurde. Auch wenn Krainer nie selbst Ambitionen zeigte, Bundeskanzler zu werden, so war es doch das durch die „Neue Österreichische Gesellschaft“ initiierte Moment der Erneuerung, das letztlich den Reformern in der ÖVP den Rücken stärken

sollte und 1960 eine Ablöse von Raab zum steirischen ÖVP-Obmann Alfons Gorbach brachte. Gleichzeitig folgte in der Bundes-ÖVP auf Alfred Maleta als Generalsekretär Hermann Withalm. Im Jahr darauf wurde Gorbach auch Bundeskanzler, wobei er von vielen in der Partei als Übergangskandidat gesehen wurde. Mit seinem bundespolitischen Engagement ging jedoch sein Machtverlust in der steirischen Landespartei einher, was Krainer noch beschleunigte, indem er mit Theodor Piffl-Perčević einen geschäftsführenden Landesparteiobmann installierte. Gorbach war bestrebt gewesen, die Position des Landesparteiobmannes und damit den Dualismus zwischen ihm und Krainer so lange wie möglich zu halten.

Die Landtagswahl 1961

Genau den Krainer-Bonus versuchte die ÖVP im Wahlkampf für die Landtagswahl 1961 auszuspielen und Krainer in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu rücken. Die SPÖ trat heftig dagegen auf und warf der ÖVP vor, Wahlschwindel zu betreiben: „Das Merkwürdige an dieser Wahl ist, daß der Wähler gerade von der ÖVP, die doch die Mehrheit in unserer Landesregierung hat, bewußt gar nicht vor die eigentliche Wahl gestellt wird. Man tut so, als ob es allein um die Person von



Mit der Gründung des Joanneums im Jahre 1811, aus welchem die heutige TU Graz hervorgehen sollte, legte Erzherzog Johann den Grundstein für eine von Bildung, Wissenschaft, Forschung und gesellschaftlichem Fortschritt beseelte Steiermark. Durch konsequente politische Arbeit unterschiedlicher Kräfte in der Steiermark gelang es in den darauffolgenden Jahren, nicht nur wesentliche christlich-soziale Werte in unserem Land zu verankern, sondern auch den Diskurs zum Thema Bildung weit über unsere Landesgrenzen hinaus zu bestimmen. So ist die Steirische Volkspartei ein Beispiel klarer Zukunftsorientierung durch stetig gelebte Veränderung. Zu dieser seit nunmehr 70 Jahren verfolgten Kraft des Denkens und der Tat, darf ich die Steirische Volkspartei aufrichtig beglückwünschen!

UNIV.-PROF. DIPL.-ING. DR. TECHN. DR. H.C. HARALD KAINZ, REKTOR DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT GRAZ



Auch in Zukunft darf die Politik ihre auswärtige Dimension nicht außer Acht lassen. Mehr denn je brauchen wir ein starkes und geeintes Europa, um den Frieden und den Wohlstand auf unserem Kontinent und darüber hinaus erhalten und fördern zu können.

MAG.ª ELIZAVETA SAMOILOVA, DOKTORANDIN AM INSTITUT FÜR EUROPARECHT DER KARL-FRANZENS-UNIVERSITÄT GRAZ



Wenn ich in die Zukunft blicke, stehen für mich unsere Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt unserer steirischen Bildungslandschaft. Die Weiterentwicklung, fernab von Dogmen und einzementierten Weltanschauungen, liegt mir sehr am Herzen. Dazu brauchen wir für unsere PädagogInnen den Rückhalt der Gesellschaft, eine gelebte Bildungskultur, um sich mit aller Kraft und Mut den kommenden Herausforderungen stellen zu können.

DIPL.-PÄD.ª ELISABETH MEIXNER, PRÄSIDENTIN DES LANDESSCHULRATS FÜR STEIERMARK



Ich bin überzeugt, dass für die Steirische Volkspartei eine gute Zukunft möglich ist. Dafür muss aber auch etwas getan werden. Ich wünsche mir eine Rückbesinnung auf die Grundwerte der ÖVP, vor allem, dass der Eigenverantwortung der Menschen für das Funktionieren der Gesellschaft und des Staates, aber auch dem Respekt vor Leistung und dem daraus resultierenden Erfolg wieder ein höherer Stellenwert zuerkannt wird. Zukünftige wesentliche Entscheidungen (Bildungs-, Verwaltungs- und Pensionsreform) müssen mit Mut und Zuversicht angegangen werden – hier sollte die ÖVP eine Vorreiterrolle übernehmen.

FRANZ MAJCEN, PRÄSIDENT DES STEIERMÄRKISCHEN LANDTAGES



Schaue ich 70 Jahre zurück und vergleiche meinen Alltag beispielsweise mit dem meines Großvaters, der mit einem Ochsengespann auf über 1.000 m Seehöhe in der Obersteiermark noch Getreide angebaut hat, scheint es fast unmöglich, sich die alltagsbestimmende Geschwindigkeit des technologischen Wandels bis zum Leben meiner Enkel im Jahr 2085 vorzustellen. Wie soll die Politik da begleiten? Welche Schwerpunkte? Die große städtische Agglomeration im Süden des Steirerlandes als Teil einer wissensintensiven digitalisierten Wirtschaft wettbewerbsfähig zu halten, sodass hier auch weiterhin technologisch hochwertige Produktion stattfindet, ist ein Pfeiler eines gelingenden Zukunftsbildes. Der zweite Pfeiler, eine prosperierende Vision auch für den Norden der Steiermark, ist noch weniger gut verankert.

DR. FRANZ PRETTENTHALER, M.LITT, LEITER DER FORSCHUNGSGRUPPE REGIONALPOLITIK, RISIKO- UND RESSOURCENÖKONOMIK VON JOANNEUM RESEARCH



Politik ist Konfliktlösung. Erfolgreiche Politik im 21. Jahrhundert wird dabei auf mediative Methoden und Zugänge setzen, um Bürger zu Beteiligten und Entscheidungen zu gemeinsam gefundenen Lösungen zu machen. Wo, wenn nicht auf der regionalen Ebene, kann so ein Anspruch gelingen?

RITA SOMMERSGUTER-ZOTTI, M.A.,
SELBSTSTÄNDIGE MEDIATORIN IN WIEN



• Die erfolgreiche Personalisierung der ÖVP-Wahlwerbung. Plakatwand zur Landtagswahl 1961.

LH Krainer ginge, obwohl der Landeshauptmann unmittelbar überhaupt nicht gewählt wird.⁹ Vorgetragen wurden die Argumente der Wahlkampflinie vom SPÖ-Vordenker Rupert Gmoser in der Parteizeitung „Neue Zeit“, der propagierte: „Allein der Sozialismus hat den Menschen eine Zukunft ohne Angst und ohne Hunger in Frieden und Freiheit zu bieten. Mit ihr wird eine Generation von Menschen erwachsen frei von Furcht und Not, in Wohlstand und Sicherheit, das eigene Geschick in demokratischer Selbstverantwortung formend.“¹⁰ Daneben warf die SPÖ Krainer vor, er hätte sich 1945 unter den Schutz der Tito-Partisanen gestellt, was dieser empört zurückwies.

Der SPÖ-Wahlkampf wurde am 11. März 1961 mit einer Großkundgebung in den Räumen der Grazer Arbeiterkammer beschlossen. Der neue Spitzenkandidat Alfred Schachner-Blazizek und der populäre Grazer Bürgermeister Gustav Scherbaum geiselten dabei die Wahlkampfunterstützungen der ÖVP, die in die Millionen gingen. Die ÖVP stellte die Person Krainers heraus, schrieb die steirischen Leistungen in Wirtschaft und Kultur (wie das Linz-Donawitz-Stahlverfahren oder den „Puch 500“) vor allem ihrer Politik zu und trat für eine weitere Förderung von Leistung und eines sozialen Netzes für die einkom-

mensschwachen Gruppen ein. Krainer: „Ich will Landeshauptmann für alle Steirer sein. Ich werde mich stets dagegen wehren, daß irgend jemand aus der Arbeit anderer ungerechtfertigte Vorteile zieht, und werde ebenso darauf achten, daß sich keine Klasse, kein Stand auf Kosten des anderen Privilegien anmaßt.“¹¹

Das Wahlergebnis brachte Gewinne für die ÖVP, leichte Gewinne für die FPÖ und die Kommunisten, die wieder mit einem Mandatar in den Landtag einzogen sowie deutliche Verluste für die SPÖ, die rund 15.000 Stimmen und ein Mandat an die KPÖ verlor. Die Zusammensetzung der Landesregierung änderte sich nicht, die ÖVP behielt ihre absolute Mehrheit.

Die Überraschung in Graz

Die eigentliche Überraschung war jedoch das Grazer Wahlergebnis: Hier wurde die SPÖ erstmals von der ÖVP überholt. Fritz Csoklich sprach in der Kleinen Zeitung von der „Superlative eines Urnenganges“ und wies in diesem Zusammenhang auf die bis zu diesem Zeitpunkt nicht gekannten materiellen Mittel hin, die im Wahlkampf eingesetzt wurden. Csoklich betonte jedoch auch das bis dahin nicht gekannte Ausmaß an gegenseitiger Diffamierung. Ebenfalls sensatio-

nell konnte die ÖVP in den traditionellen Hochburgen der Sozialisten und den Arbeitervierteln gewinnen.¹² Csoklich: „In erfrischender Deutlichkeit zeigte sich vor allem, welchen entscheidenden Einfluß eine echte Persönlichkeit gerade heute im Zeitalter der anonymen Massen-Demokratie hat. [...] Die steirischen Wähler haben auch eine Antwort auf die so beliebt gewordene Koalitionsflunkerei gegeben: Sie gaben jenem Mann die Stimme, der die Schwächen der Koalition deutlich aufzeigte, um sie im Interesse einer echten Zusammenarbeit beseitigen zu können. In Graz gab die SPÖ die Parole aus: Galgen oder Zusammenarbeit. Das Ergebnis der Krainer-Wahl zeigt wie schief und unernst diese Alternative liegt. Der Österreicher will keinen Galgen. Er hat genug von Bürgerkriegsgeschrei und Parteienhaß. Er will Zusammenarbeit. [...] Es ist auch keine Frage, daß die vom Westen importierten neuartigen Wahlmethoden den Wahlausgang maßgeblich beeinflußt haben. [...] Die steirische Volkspartei hat mit diesen Methoden ihre Gegner überrollt. Vielleicht haben wir wirklich zu wenig getan, sagte in der Wahlnacht ein sozialistischer Spitzenmandatar düster. Die Sozialistische Partei in der Steiermark ist durch den Wahlausgang in keine beneidenswerte Situation geraten. [...] Dr. Schachner-Blazizek meinte am Sonntag Abend, die Stimmenverluste der SPÖ an die KP bedeuteten eine Radikalisierung des politischen Klimas.“

Die 50er Jahre dauern länger

Die abermalige Wahl Krainers zum Landeshauptmann am 11. April 1961 war eine reine Formsache. Die personelle Zusammensetzung der Landesregierung blieb nahezu unverändert. Landesrat Brunner wurde Landtagspräsident, an seine Stelle kam Franz Wegart. Die „langen“ 50er hielten in der Steiermark, auch bei den politischen Machtverhältnissen weiter an. Der Aufbruch, den die neue Generation in den USA mit John F. Kennedy vollbrachte, die kritische Hinterfragung alter Werte, ihre Infragestellung und Überwindung, fand noch keine Entsprechung im Land. Die steirische Politik wurde daher wesentlich beherrscht von den Themen der österreichischen Innenpolitik: Habsburg-Einreise, Olah-Krise in der SPÖ (die zu seinem Parteiausschluss und einer Verurteilung des ÖGB-Präsidenten und Innenministers wegen Manipulationen mit ÖGB-Geldern zum Vorteil der „Kronen-Zeitung“ führte), Rundfunk-Volksbegehren (zu dessen Speerspitze die „Kleine Zeitung“ mit Fritz Csoklich gehörte) sowie dem Streit Bundesländer – Zentralstaat (der sich besonders in Fussach am Bodensee bei der geplanten Taufe eines Schiffes auf den Namen „Karl Renner“ entzündete).

Gleichzeitig hatte die Steiermark mit Alfons Gorbach erstmals einen ihrer Spitzenpolitiker als Bundeskanzler in Wien. Er war auf Raab gefolgt, der am Tag der Angelobung Krainers zum Lan-



• Josef Krainer sen. freut sich über den Erfolg bei der Landtagswahl 1961.



• Die VP-Spitze in der Steiermark 1961: Koren, Udier, Krainer sen., Prirsch, Wegart und Brunner.



• *Bundespolitik trifft Landespolitik. Bundeskanzler Alfons Gorbach und LH Josef Krainer sen.*



• *Bundeskanzler Alfons Gorbach im österreichischen Parlament 1962.*

deshauptmann, am 11. April 1961, aus gesundheitlichen Gründen und wegen der Wahlniederlage 1959 zurückgetreten war. Gorbach, der seit 1945 Landesparteiobmann der ÖVP in der Steiermark gewesen, jedoch nie Mitglied der Landesregierung geworden war, versuchte als Bundeskanzler den starren Zentralismus Raabs durch eine Aufwertung der Länderrechte und eine Stärkung des föderalen Elementes aufzulösen.

Der zwar indirekt geführte, aber doch erkennbare Machtkampf zwischen Krainer und Gorbach setzte sich indes weiter fort. Die permanenten Spannungen zwischen den Regierungsparteien führten auf Bundesebene schließlich zu vorgezogenen Neuwahlen, die am 18. November 1962 der ÖVP einen Zuwachs von drei Mandaten bescherten. Trotz dieses Erfolges blieb die innerparteiliche Kritik an Gorbach, auch weil sich die Koalitionsverhandlungen, an denen auch Krainer teilnahm, mit der SPÖ äußerst schwierig gestalteten. Die Alternative zur Großen Koalition war in dieser Phase eine Zusammenarbeit mit der FPÖ. Tatsächlich kam es im Sommer 1962 zu einem „geheimen“ Treffen wichtiger Proponenten beider Parteien im Grazer Hotel „Erzherzog Johann“. Auf ÖVP-Seite nahmen Gorbach, Krainer und Rainer teil, die FPÖ entsandte Bundesparteiobmann Friedrich Peter sowie Vater und Sohn Götz. Ergänzt wurde diese Runde durch einige Vertreter der Wirtschaft. Die Gespräche über die Möglichkeit einer Kleinen Koalition und die unverbindlichen Vereinbarungen scheiterten schließlich,

weil die ÖVP sich letztlich für eine weitere Zusammenarbeit mit der SPÖ entschloss.

Die ÖVP-Reformer

Während Krainer, der einer Regierungsbeteiligung der FPÖ letztlich doch skeptisch gegenüberstand, sich aufgrund der immer brüchiger werdenden Koalition für eine Mehrparteienregierung nach Schweizer Muster aussprach – ein Vorbild, das nach 1970 von der ÖVP in der Steiermark immer wieder artikuliert wurde –, war die Ablöse Gorbachs an der Parteispitze Thema bei diversen konspirativen Treffen, etwa in St. Martin bei Graz. So wurde Gorbach, dessen Position bereits vor der Nationalratswahl 1962 angeschlagen war, im Herbst 1963 der Rücktritt nahegelegt, wobei ihm vorgeworfen wurde, ein schlechtes Verhandlungsergebnis bei den Koalitionsverhandlungen erzielt zu haben. Die Reformer, an ihrer Spitze der neue Bundesparteiobmann Josef Klaus, aber auch Josef Krainer, urgierten eine rasche und bindende Lösung. Sie sollte auf dem Klagenfurter Reformparteitag beschlossen werden.

„Am 22. Februar 1964 wurde Gorbach zum Rücktritt gezwungen und demonstrativ fallengelassen.“¹³ Nach dem Rücktritt Gorbachs als Bundeskanzler 1964 und dem Wechsel Piffis nach Wien als Unterrichtsminister in das Koalitions-Kabinetts Klaus übernahm 1965 Josef Krainer den Parteivorsitz. Alfred Rainer wurde nach Franz Wegart Landespartei sekretär.¹⁴

Die Große Koalition von ÖVP und SPÖ war jedoch bereits in Agonie. Der Wunsch nach einem politischen Wechsel wurde immer stärker hörbar, wobei Mitte der 60er Jahre die ÖVP wegen ihrer starken Persönlichkeiten und ihres eher dem Zeitgeist entsprechenden Programms die besseren Karten hatte, obwohl sie 1963 mit ihrem bereits schwer kranken Kandidaten Julius Raab die Bundespräsidentenwahlen gegen den amtierenden Bundespräsidenten Schörf verloren hatte.

Die Landtagswahl als Ouverture zum ÖVP-Wahlsieg 1966

In dieser auf die zwei Großparteien zugespitzen innenpolitischen Entwicklung hatten die Kleinparteien FPÖ und KPÖ kaum Chancen, entsprechend wahrgenommen zu werden. Am 14. März 1965 erreichte die ÖVP bei der Landtagswahl dann erstmals seit 1945 wieder die absolute Mehrheit an Mandaten und mit 48,41 % ihr bis dahin bestes Ergebnis, wobei die Anzahl der Mandate im Landtag von 48 auf 56 angehoben wurde und der Abstand zwischen ÖVP und SPÖ nach dieser Wahl nun fünf Sitze betrug. Die SPÖ schaffte 24 Mandate, die FPÖ verlor ein Mandat und die KPÖ behielt ihren einzigen Landtagssitz weiter.¹⁵ Die ÖVP konnte überraschend – besonders in Graz – Stimmen auf Kosten der SPÖ gewinnen.

Krainer wurde am 7. April erneut zum Landeshauptmann gewählt. Anstelle des wenige Wochen vor der Wahl verstorbenen Landesrates Ferdinand Pirsch kam der Feldbacher Bezirkshauptmann Friedrich Niederl in die Landesregierung.

Bei der Nationalratswahl 1966, die mit einer absoluten Mehrheit für die ÖVP unter Klaus endete, erreichte die Volkspartei in der Steiermark mit 49,7 % der Stimmen ihr bestes Ergebnis bei Nationalratswahlen in der Zweiten Republik. Am Wahlsieg der ÖVP 1966 hatte die ÖVP Steiermark damit einen wesentlichen Anteil. Der Kärntner Josef Klaus, der neue starke Mann in der ÖVP, der erstmals einer Alleinregierung vorstand und bis 1970 regierte, kam aus der von Krainer mitinitiierten „Reformergruppe“.

Wenige Monate später, im Herbst 1966, starb jedoch ein Motor der ÖVP Steiermark, Landes-

parteisekretär Alfred Rainer. Seine Funktion übernahm Franz Hasiba¹⁶, der die Öffnung und Modernisierung der Partei im Sinne Rainers weiter vorantrieb und gegen Ende der 60er Jahre mit dem Einverständnis Krainers auch Nichtmitglieder und der Partei fern stehende zu Gesprächen und zur Mitarbeit einlud, was der ÖVP zu Beginn der 70er Jahre einen Generationenkonflikt ersparte. Im Umfeld Rainers und Hasibas setzte die Wachablöse der jungen Generation ein, wobei zur Partei zunehmend auch Freunde und Mitarbeiter um den gleichnamigen Sohn des Landeshauptmannes, vor allem aus den Reihen der Katholischen Aktion, stießen.

Zu den Kennzeichen steirischer ÖVP-Politik gehörten neben der Betonung der Kultur und der Wegbereitung einer viel beachteten Avantgarde, die sich vor allem im „Trigon“-Gedanken, im „steirischen Herbst“ und im „Forum Stadtpark“ ausdrückte, die Suche nach einer Begegnung mit den Nachbarn über ideologische und politische Grenzen hinweg sowie die bewusste Stärkung des Grenzlandes im Süden und Osten, gegenüber Burgenland/Ungarn und an der Mur gegenüber Tito-Jugoslawien.

Nachbarschaftspolitik

Die offizielle Beilegung des Grenzkonflikts mit Jugoslawien im Jahr 1955 ermöglichte eine weitere Normalisierung der Beziehungen über die „tote“ Grenze, trotz aller historischen Belastungen auf beiden Seiten. Zunächst standen ökonomische Interessen im Vordergrund. Die Grazer Messe wurde zu einer wesentlichen Verbindungsachse in den Süden und Südosten.

Proponenten dieser „regionalen“ Außenpolitik waren besonders Landeshauptmann Krainer und Landesamtspräsident Alfons Tropper. Beide versuchten mit kleinen Schritten zerstörte Brücken wieder aufzubauen und ein gewisses Zusammenleben an der Grenze zu ermöglichen. Die Nachbarschaftspolitik und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bauten auf den vielfältigen, jahrhundertealten Gemeinsamkeiten auf. Selbst die 1960 von Hanns Koren ins Leben gerufene „Steirische Akademie“ im Schloss Eggenberg (aufbauend auf der „Grazer Sommerakademie“), als Ort eines jährlichen wissenschaftlichen



• Bundeskanzler Gorbach bei US-Präsident John F. Kennedy, 1962.



• Bundeskanzler Gorbach im Gespräch mit Nikita S. Chruschtschow, 1962.

Diskurses zu Themen der Zeit, beschäftigte sich in der Auftaktveranstaltung mit der Steiermark als einem „Land der Begegnungen“.

Die Politik der kleinen Schritte hatte Erfolg. Ein erstes Abkommen mit Jugoslawien vom 19. März 1953 wurde in Bad Gleichenberg unterzeichnet und betraf die Regelung der Doppelbesitzer, also jener Österreicher, die diesseits und jenseits der Grenze Liegenschaften besaßen.¹⁷ Der kleine Grenzverkehr ermöglichte es Doppelbesitzern, die Grenze zu überschreiten und sich im jenseitigen Grenzbezirk aufzuhalten. Abgesehen davon konnten die Doppelbesitzer wieder in ihre ursprünglichen Rechte eintreten, was bedeutete, dass Grundstücke dem jeweiligen früheren Eigentümer zurückgestellt bzw. wieder übergeben wurden.

Ein Zusatzabkommen sieben Jahre später berechnete 1960 österreichische und jugoslawische Staatsangehörige, die ihren ständigen Wohnsitz in den Grenzbezirken hatten, viermal im Zeitraum von einem Monat die Staatsgrenze zu überschreiten und sich im jeweiligen Grenzbezirk 60 Stunden aufzuhalten.

Mitte der 60er Jahre wurde eine ständig tagende Regionalkommission zwischen der jugoslawischen Teilrepublik Slowenien und der Steiermark eingerichtet, die sich besonders mit Fragen von Straßen- und Eisenbahnverkehr, Gewässerbewirtschaftung, Wirtschaft, Tourismus, Raumplanung und wissenschaftlich-kultureller Kooperationsmöglichkeiten befasste.

Auf der kulturellen Schiene kamen – teilweise aufbauend auf der historischen Bedeutung der Steiermark – in „Innerösterreich“ (mit Kärnten, Krain und Görz bis zur Adria) in den 60er Jahren mit Italien die Dreiländerbiennale „trigon“, mit Ungarn und Kroatien das „Mogersdorf Symposium“ (als burgenländische Gründung mit starker steirischer Beteiligung) sowie die Zusammenarbeit im Bereich „Alpen-Adria“, basierend auf entsprechenden Initiativen der Universitäten Graz, Marburg/Maribor und Triest, zustande. Über die unmittelbare Nachbarschaftspolitik hinaus forcierte die Steiermark unter LH Krainer eine Hinwendung zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die 1957 aus sechs Staaten gebildet worden war und langsam die Spaltung zwischen Deutschland und Frankreich überwinden sollte.



• Hanns Koren und Josef Krainer sen. bei der Eröffnungsausstellung von TRIGON 63.



• von links: Josef Krainer sen., Theodor Piffl-Perčević und der neue Landespartei sekretär Alfred Rainer.



• Männer der Reform: Bundeskanzler Josef Klaus und Unterrichtsminister Theodor Piffl-Perčević.

1960 war Österreich – aus neutralitätspolitischen Gründen – der European Free Trade Association (EFTA) beigetreten. Handelspartner der steirischen Wirtschaft sollten damit vor allem in Skandinavien gesucht werden. Die westdeutsche Wirtschaft, eine Säule der EWG, blieb dennoch der wichtigste Außenhandelspartner für die Steiermark. Das steirische Ziel blieb daher die Integration nach Westdeutschland und in die EWG.

„Verhungern in der Neutralität“

Der Aphorismus Krainers „Verhungern in der Neutralität“ war keineswegs bloße Rhetorik in einem innerparteilichen Konflikt mit Bundeskanzler Raab, sondern entsprang der Befürchtung, die Steiermark könnte den Zug nach Europa verpassen, der eine Hoffnung auf ein Herauskommen aus der Randlage am „Eisernen Vorhang“ war. Gleichzeitig versuchte Krainer den steirischen Regionalismus und die Anti-Wien-Stimmung anzusprechen: „Da die Frage der europäischen Integration in Wien entschieden wird, ist es unsere Verpflichtung, nicht zu warten, bis dort etwas geschieht, sondern wir haben dafür einzutreten, daß das Richtige geschieht. Ob EWG oder EFTA ist keine Frage der Sympathie oder Antipathie, sondern schicksalhaft für unser Land. Wir fordern und werden – auch wenn man es als Ruf aus dem steirischen Hinterland empfindet – nicht davon abgehen, daß eine Assoziation mit der

EWG oder etwas Gleichwertiges gefunden wird, damit wir unsere Erzeugnisse auch in Zukunft exportieren können.“¹⁸

Krainer und seine Ratgeber hatten die Chance der Steiermark erkannt, eine kleine Brücke zwischen den Blöcken bilden zu können. Eine feste Verankerung der Steiermark im westlich-demokratischen System, in der EWG und im Europarat war für den Westen vertrauensbildend und für die Position eines vorgeschobenen Postens interessant, für den Osten hingegen war der dadurch über verschiedene Wege zu erhaltende Technologie-Vorsprung aus dem Westen von großem Interesse. Eine Aufgabe dieses extrem schwierigen Balanceaktes zwischen den Blöcken des „Kalten Krieges“ hätte die Steiermark wirtschaftlich noch weiter abdriften lassen.

Äußere Zeichen der steirischen Außenposition waren auch Kurzvisiten des persischen Schah Reza Pahlevi 1960 und des sowjetischen Parteichefs und Ministerpräsidenten Nikita S. Chruschtschow 1961 (der im Zuge seiner 13-tägigen Österreich-Rundreise nach Graz kam und beim Empfang in Eggenberg besonders gegen die EWG auftrat) im Lande. Höhepunkte der Nachbarschaftspolitik waren jedoch der Besuch des jugoslawischen Staatspräsidenten Marschall Josip Broz Tito am 17. Februar 1967 in Graz¹⁹ und die mehr als symbolträchtige feierliche Eröffnung der neuen Grenzbrücke über die Mur in Radkersburg am 12. Oktober 1969 mit Krainer, Tito und Bundespräsident Franz Jonas.

Der Brückenschlag über die Mur bedeutete einen Brückenschlag zu einem anderen, im wesentlichen sozialistischen Gesellschaftssystem und einen Beginn weiterer Kooperationen über die „tote“ Grenze hinweg, wobei Gesprächspartner zunehmend Laibach/Ljubljana und Graz, weniger die Zentralen in Wien und Belgrad, waren. Ein Bild, das sich nach der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens nach 1991 grundlegend änderte und Graz von der slowenischen Regierung – nicht immer zum Vorteil der Gespräche – weitgehend ignoriert wurde.

Grenzlandförderung

Die Wirtschaft der Grenzregionen der Ost- und Südsteiermark, mehrheitlich agrarisch strukturiert, litt unter einer verstärkten Abwanderung der Bevölkerung (binnen zehn Jahren bis 1961 um 15 %).²⁰ Der Wiederaufbau und der Marshallplan hatten hier – mangels entsprechender Industrien – kaum gegriffen. Eine Grenzlandförderung als Gesamtkonzept sollte daher nicht nur die Abwanderung von Arbeitskräften und Gewerbebetrieben stoppen, sondern auch gegenüber den Jugoslawen und Ungarn ein wirtschaftlich homogenes, starkes Land zeigen. Vor allem die ÖVP forcierte im neugewählten Landtag die Grenzlandförderung und setzte für das Budget 1958 neben der allgemeinen Wirtschaftsförderung noch eine besondere Förderung des Grenzlandes fest.²¹ Unter Krainers Vorsitz wurde ein Beirat zur Grenzlandförderung geschaffen. Das Finanzausgleichsgesetz 1959 definierte zudem die Beteiligung des Bundes an den Förderungsmaßnahmen mit rund neun Millionen Schilling für die Steiermark.²² Die Bundeszuschüsse wurden durch Landesmittel ergänzt und für die Stützung der Landwirtschaft und des Gewerbes insbesondere durch Besitzfestigung der Kleinlandwirte und der Kleingewerbetreibenden, die Ansiedelung und/oder Erweiterung von industriellen oder gewerblichen Betrieben, die Verbesserung der Infrastruktur, vor allem im verkehrstechnischen Bereich (Straßenbau) sowie für touristische Impulse („Bettenaktion“, Ausbau von Privatzimmern) verwendet.

Von 1960 bis 1964 wurden an Bundes- und Landesmitteln an die 50,5 Millionen Schilling für das

Grenzland ausgegeben. 1962 wurden die Förderungsmaßnahmen auch zur Abfederung der Kohlenkrise in den Bergbaugebieten Voitsberg, Fohnsdorf und Seegraben ausgeweitet. Dennoch blieb besonders das steirische Grenzland bis Anfang der 80er Jahre eine wirtschaftliche Problemregion, die erst mit Impulsen des Thermentourismus und der touristischen Vermarktung der Weinbauregion langsam gegenüber dem Landesdurchschnitt aufzuholen begann.

Resümee

Insgesamt schaffte es die Steiermark im ersten Jahrzehnt nach dem Staatsvertrag, wesentliche Akzente in der Wirtschaft und Kultur sowie in den Beziehungen zu ihren Nachbarn zu setzen. Die ÖVP hatte daran, auch im Zusammenwirken mit dem Juniorpartner in der Landesregierung und im Landtag, der SPÖ, dem „steirischen Klima“, einen beachtlichen Anteil.

- 1 Der gesamte Beitrag fußt auf Stefan Karner: Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Graz/Wien/Köln 2000; ders.: Die Steiermark im 20. Jahrhundert. 2. erw. Aufl. Graz/Wien 2005. Dort auch die einzelnen Quellen- und Literaturnachweise. Hier werden nur wenige, näher erklärende Hinweise angegeben.
- 2 Die steirische KPÖ verlor analog zur Bundespartei zusehends an Bedeutung und realpolitischer Macht, sodass sich das Parteiensystem aus ÖVP, SPÖ und der aus dem VdU hervorgegangenen FPÖ konstituierte.
- 3 Franz Wegart, geboren am 25. Juli 1918 in Graz, kam wenige Wochen später zu seinen Großeltern nach Bad Radkersburg. Pflichtschule 1938/39, danach Wehrdienst, u.a. in Kreta, Norwegen und in der Sowjetunion. 1945 US-Gefangenschaft, Heimkehr schwerkriegsversehrt, im September 1945 ÖVP-Sekretär im Bezirk Radkersburg. 1946 ÖVP-Landespartei-Organisationsreferent; 1947–1961 Landesparteiensekretär. 1949 Landtagsabgeordneter, 1955–1981 Direktor des Österreichischen Verlages in Graz. 1961–1985 Landesrat, abwechselnd für Personal, Fremdenverkehr, Berufsschulwesen und Sport sowie die Aufsicht über die Sozialversicherung. 1964 ÖAAB-Landesobmann Steiermark, 1971 Zweiter Landeshauptmann Stellvertreter, 1985–1993 Präsident



• Landeshauptmann Josef Krainer sen. im Wahlkampf vor den Toren der Alpine Donawitz in den 1960er Jahren.

- des Steiermärkischen Landtages. Wegart starb am 30. Jänner 2009 in Graz.
- 4 Bis dahin hatte noch jede Partei, sofern sie genügend Geld dazu hatte, Stimmzettel mit ihrem Parteinamen an ihre potenziellen Wähler verschickt. Der Wähler sollte dann den Stimmzettel zur Wahl mitbringen und einwerfen bzw. vom Wahlleiter die sogenannten amtlichen Stimmzettel, die allerdings leer waren, verlangen. Diese Vorgehensweise benachteiligte die Kleinparteien.
 - 5 Archiv der ÖVP, Ordner zur Landtagswahl 1957, Rednerskizze, 10.
 - 6 Archiv der SPÖ, Bericht des Vorsitzenden, 3.
 - 7 Bis dahin war Anton Stephan (VdU/FPÖ) Landessrat gewesen. – Hanns Koren, geboren 1906 in Köflach, Matura am Fürstbischöflichen Knabenseminar Graz, Studium der Germanistik, Geschichte und Volkskunde in Graz, Schüler von Geramb, Promotion 1932, danach am Institut für Volkskunde in Salzburg, 1936 Assistent im Volkskundemuseum des Joanneum. Während der NS-Zeit anfängliche gewisse politische Deckung durch Papesch, 1940–1944 Wehrdienst. Dezember 1945 Habilitation, 1949 Leiter des steirischen Volkskundemuseums, 1955–1972 Ordinarius für Volkskunde an der Universität Graz. Parallel dazu: 1950–1953 Vorsitzender der KA Steiermark, 1953 Nationalratsabgeordneter der ÖVP, 1957 Landesrat, später Landeshauptmann Stellvertreter und Landtagspräsident. Koren starb 1985 in Graz.
 - 8 Dies betonen vor allem Wolfgang Mantl und Fritz Csoklich in ihren Biografien zu Krainer.
 - 9 Neue Zeit, 11.3.1961.
 - 10 Kleine Zeitung, 9.3.1961.
 - 11 Archiv der ÖVP, Ordner Landtagswahl 1961, undatiertes Flugblatt.
 - 12 Kleine Zeitung, 14.3.1961.
 - 13 1965 kandidierte Gorbach nach dem Tode von Bundespräsident Adolf Schärf bei den Bundespräsidentenwahlen und unterlag dem SPÖ-Kandidaten Franz Jonas, wobei es als bemerkenswert erscheint, dass gerade das Teilergebnis in der Steiermark äußerst schlecht war. Insgesamt erhielt Jonas 2,324.436 Stimmen, Gorbach 2,260.888. Mit dieser Niederlage war Gorbachs politische Karriere faktisch beendet.
 - 14 Vgl. Archiv der ÖVP, Ordner Rundschreiben 1962, Schreiben von Dr. Alfred Rainer, 25.6.1962.
 - 15 Archiv der ÖVP, Ordner Landtagswahl 1965.
 - 16 Vgl. Kleine Zeitung, 10.12.1966. – Franz Hasiba, geboren 1932 in Graz, studierte an der Hochschule für Bodenkultur in Wien, 1958 Graduierung, 1965 Mitarbeiter von Alfred Rainer im Landtagswahlkampf, 1983–1985 Grazer Bürgermeister, 1985–1993 Landesrat, 1991–1993 Landeshauptmann-Stellvertreter, 1993–2000 Landtagspräsident. Hasiba lebt in Graz.
 - 17 Vgl. BGBl., Nr. 96, 4.8.1953.
 - 18 Erklärung LH Krainers: Die Aufgaben des Landes Steiermark, in: Kleine Zeitung, 12.4.1961.
 - 19 Kleine Zeitung, 18.2.1967: In einem gemeinsamen Schlusskommuniqué wurde darauf hingewiesen, „daß sich die freundschaftlichen Beziehungen auf der Basis der gegenseitigen Achtung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, ungeachtet der Verschiedenheit der gesellschaftlichen Systeme, in der beabsichtigten befriedigenden Weise entwickelt hätten“.
 - 20 Steirische Bewährung 1955–1965. Graz 1965, 120. Aus den Grenzbezirken wanderten 5.394 Menschen ab.
 - 21 Stenogr. Ber. d. Steierm. Landtages, IV. GP 1957–1961, 14. Sitzung, 18./19.12.1957.
 - 22 Steirische Bewährung 1955–1965 (FN 20), 124; Neue Zeit, 20.12.1959.

1965–1975 Tiefgreifende Veränderungen

GERALD SCHÖPFER

Richtig wählen ::
Krainer wählen ::
ÖVP ::
LISTE 1 ::



• Plakat der Volkspartei zur Landtagswahl 1965.



Josef Krainer sen. galt als ein Mann, der stets für Reformen offen war und der mit deutlichen Worten auch stets auf Bundesebene sehr selbstbewusst die Anliegen der Steiermark zu vertreten wusste.

GERALD SCHÖPFER

Das Jahrzehnt von 1965 bis 1975 ist ein Jahrzehnt, das für Österreich viele Veränderungen brachte: Sowohl die politische Landschaft auf Bundes- und Landesebene als auch die gesamte Gesellschaft und die Wirtschaft wurden tiefgreifenden Veränderungen unterzogen.¹

1965: Jonas wird mit knapper Mehrheit Bundespräsident

Im Jahr 1965 kam es zum Wechsel an der österreichischen Staatsspitze: Bundespräsident Dr. Adolf Schärf starb am 28. April 1965. Der am 20. April 1890 in Nikolsburg, Südmähren, geborene Politiker war der erste Bundespräsident der Zweiten Republik, der nach einer sechsjährigen Amtsperiode nochmals wiedergewählt wurde. Er war nach dem Tod von Bundespräsident Theodor Körner am 4. Jänner 1957 als Kandidat der SPÖ am 5. Mai 1957 zum Bundespräsidenten gewählt worden. Am 28. April 1963 war seine Wiederwahl erfolgt.

Bei der Bundespräsidentenwahl am 23. Mai 1965 siegte nach einem sehr kurzen Wahlkampf Franz Jonas. Der am 4. Oktober 1899 in Floridsdorf (Wien) geborene SPÖ-Politiker war von 1951 bis 1965 Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien gewesen. Sein Wahlsieg war mit 2,324.436 Stimmen denkbar knapp ausgefallen. Sein steirischer Gegenkandidat, Altbundeskanzler und Nationalratsabgeordneter Dr. Alfons Gorbach (ÖVP), hatte 2,260.888 Stimmen erreicht. Gorbach zog sich nach dieser knappen Niederlage aus der Tagespolitik zurück; er starb am 31. Juli 1972.

Veränderungen in der Bundespolitik: Das Ende der Großen Koalitionen

Im Oktober 1965 kam es zu einer erneuten schweren Krise der Großen Koalition, die letztlich zum Beschluss führte, am 6. März 1966 Nationalratswahlen abzuhalten. Dabei errang die ÖVP mit 85 Mandaten die absolute Mehrheit. Nachdem die Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ gescheitert waren, ging die seit 1945 andauernde Phase der Koalitionen zu Ende und die ÖVP bildete die erste Alleinregierung der Zweiten Republik.

Bundeskanzler Dr. Josef Klaus galt als Reformier. Er war langjähriger Salzburger Landeshauptmann (1949–1961) und war im April 1961 als Finanzminister in die Regierung von Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach geholt worden, welchen er 1964 als Bundeskanzler ablöste.

Zum Wahlsieg der ÖVP hatte im Jahr 1966 beigetragen, dass die vom ehemaligen SPÖ-Innenminister und Gewerkschaftsführer Franz Olah gegründete neue Partei, die Demokratisch Fortschrittliche Partei (DFP), der SPÖ rund 150.000 Wähler abspenstig machte. Außerdem hatten viele Sympathisanten der FPÖ diesmal die ÖVP gewählt, weil es eine kommunistische Wahlempfehlung für die SPÖ gab, was zu Befürchtungen führte, dass eine „Volksfrontregierung“ vorbereitet werde.

Die Regierung Klaus war durchaus reformfreudig. Ihr gehörte erstmals in der Republik Österreich auch eine Frau als Bundesministerin an: Die Gewerkschafterin Grete Rehor verstand es durchaus, im Sozialressort neue Akzente zu setzen.



• Alfred Rainer, LR Peltzmann und Franz Hasiba Mitte der 1960er Jahre.



• Die Reformer Josef Klaus, Josef Krainer sen. und Franz Wegart in der legendären Grazer „Gruabn“.



• Josef Krainer sen. mit jungen Wahlhelfern während des Landtagswahlkampfes 1970.



• ORF-Reporter Günther Ziesel interviewt Josef Krainer sen. nach dem Sieg bei der Landtagswahl 1970.

Ein Motto in ihrem Kampf um eine Besserstellung der Frauen in der Arbeitswelt lautete: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“

Mandatsverteilung lautete: ÖVP 15 Mandate, SPÖ 26 Mandate, FPÖ 6 Mandate, Kommunisten 1 Mandat.

Veränderungen in der Landespolitik

Am 16. Februar 1965 starb der sehr verdienstvolle Agrarpolitiker Ferdinand Pirisch im Alter von 58 Jahren. Er war von 1948–1965 als Agrarlandesrat sowie Landesfeuerwehr- und Wohnbaureferent Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung. Sein Nachfolger wurde der Bezirkshauptmann von Feldbach, Dr. Friedrich Niederl.

Die für die ÖVP überaus erfolgreiche Landtagswahl vom 14. März 1965 brachte – wie im vorherigen Kapitel schon eingehend dargestellt – Josef Krainer die absolute Mehrheit im Landtag. Hingegen brachte die Grazer Gemeinderatswahl vom 24. März 1968 der ÖVP schwere Verluste, während die SPÖ kräftig zulegen konnte. Die

Die Ära Landeshauptmann Josef Krainer sen. geht unvermutet zu Ende

Seit 1948 hatte Josef Krainer sen. als Landeshauptmann die politischen Geschicke der Steiermark gelenkt. Er galt als ein Mann, der stets für Reformen offen war und der mit deutlichen Worten auch stets auf Bundesebene sehr selbstbewusst die Anliegen der Steiermark zu vertreten wusste. Sein Wort hatte auch in Wien Gewicht und so verwundert es nicht, dass ihn viele aus dem reformfreudigen Flügel der ÖVP gerne als Bundesparteiboss gesehen hätten. Doch im Mai 1971, als er als ernsthafter Kandidat neben Dr. Stephan Koren und Dr. Karl Schleinker gegolten hatte, lehnte er dies unmissverständlich ab.



• Die Begräbnisfeierlichkeiten zum Tode Josef Krainer sen., der am 28. November 1971 verstarb.

Landeshauptmann Josef Krainer sen. starb im 69. Lebensjahr völlig überraschend am 28. November 1971 bei einer Fasanenjagd in Allerheiligen bei Wildon. Am 10. Dezember 1971 wurde sein Wunschkandidat Dr. Friedrich Niederl vom Landtag zum neuen Landeshauptmann gewählt. Sein Sohn Dr. Josef Krainer jun. zog damals als Landesrat in die Steiermärkische Landesregierung ein. Unter Friedrich Niederl begann die programmatische Arbeit am „Modell Steiermark“, welches einen politischen Gesamtplan für die Steiermark bis zum Jahr 1980 entwickelte.

Bei der Landtagswahl am 20. Oktober 1974 erreichte die Steirische Volkspartei unter Dr. Niederl die absolute Mehrheit. Die ÖVP erreichte 31 Mandate, die SPÖ 23 und die FPÖ 2 Mandate. Erstmals fanden vor dieser Wahl durch die steirischen Landtagsparteien Vorwahlen zur Kandidatenauslese statt.

Die Zivilgesellschaft wird zum gestaltenden Element

Als Folge des Rundfunkvolksbegehrens, welches die Abschaffung des sogenannten „Proporzfunk“ gefordert hatte, wurde im Juni 1966 gegen den Willen der SPÖ ein neues Rundfunkgesetz beschlossen, welches dem ORF die Unabhängigkeit sicherte.

Ein weiteres sichtbares Zeichen einer mündigen Zivilgesellschaft war die Aktion beherzter Bürgerinnen und Bürger in Graz, welche sich gegen den Bau einer Tiefgarage im Landhaushof in der Herrngasse richtete. Dies war das auslösende Element für die Aktion „Rettet die Altstadt“, die vom Chef vom Dienst der „Kleinen Zeitung“, Prof. Max Mayr, organisiert wurde. Eine Unterschriftenaktion brachte fast 100.000 Unterschriften. Mit dieser Aktion wurde der Schutz der Altstadt erreicht. Im Juni 1974 wurde vom Steiermärkischen Landtag das Grazer Altstadterhaltungsgesetz beschlossen. Damit war eine wichtige Vor-



• Drei Landeshauptleute auf einem Bild: Waltraud Klasnic, Josef Krainer jun. sowie Friedrich Niederl am Pult.

aussetzung dafür geschaffen worden, dass die Landeshauptstadt Graz, Jahrzehnte später, 1999 zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt werden konnte.

Weitere selbstbewusste Aktionen der Zivilgesellschaft bezogen sich auf die geplante Stadtautobahn durch Graz. Die Trassenführung der Pyhrnautobahn (A9) hätte eine Zerschneidung des Bezirks Eggenberg gebracht. Der durch Jahre überaus erfolgreiche SPÖ-Bürgermeister DI Gustav Scherbaum vertrat diese Streckenführung und ließ die Unterschriften eines Volksbegehrens gegen die Eggenberger Trasse vom Magistrat prüfen. Dies löste einen Sturm der Empörung aus und die SPÖ erlitt bei der Gemeinderatswahl am 25. Februar 1973 einschneidende Verluste. Scherbaum wurde darauf vom FPÖ-Politiker DI DDr. Alexander Götz als Bürgermeister abgelöst.

Die Bundespräsidentenwahl von 1974

Nach dem Tod von Bundespräsident Franz Jonas am 24. April 1974 kam es zu Neuwahlen. Die SPÖ stellte Dr. Kirchschläger als Spitzenkandidaten auf. Dieser war zunächst ab 1970 als Parteiloser zum Außenminister des SPÖ-Minderheitskabinetts unter Dr. Bruno Kreisky ernannt worden und er gehörte auch der SPÖ-Alleinregierung bis zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten 1974 als Außenminister an. In der ÖVP hatte es interne Diskussionen über den idealen Gegenkandidaten gegeben: Dr. Hermann Withalm hatte zu sehr das Image einer harten Persönlichkeit, so entschied man sich relativ spät für den verbindlicher erscheinenden Innsbrucker Bürgermeister Dr. Alois Lugger. Kirchschläger gewann mit 52 % der Stimmen und er blieb dann nach seiner Wiederwahl bis 1986 im Amt.



- Kulturlandesrat Kurt Jungwirth 1970 und sein Vorgänger Hanns Koren.



- Die Aktion „Rettet die Grazer Altstadt“ 1972.



- Der legendäre Tonbildwagen – von links: Schilcher, Krainer jun., Hasiba, Maitz, Marko und Strobl.



- Gemeinderatswahl 1973 in Graz. Franz Hasiba und seine Mitarbeiter nehmen Ergebnisse entgegen.

Universitäten, Hochschulpolitik und Protestbewegungen

Bereits vor dem Jahr 1968 begannen auf den steirischen Universitäten rege Auseinandersetzungen und es zeigten sich neue Bewegungen. Im Jahr 1965 gründeten der spätere Chefredakteur Gerfried Sperl, der spätere Grazer ÖVP-Kulturstadtrat Helmut Strobl und Matthias Wabl, später Professor für Biochemie in San Francisco, die „Aktion“ unter dem Motto „Links von rechts und rechts von links“.

„Unter den Talaren – Muff von tausend Jahren“ und ähnliche Slogans sollten provozieren, wie auch Gegeninaugurationen mit Klopapierrollen statt Samtteppichen. Der Rektor der Karl-Franzens-Universität Dr. Karl Lechner war mit der Forderung konfrontiert, die Talare abzuschaffen. Er machte dies zum Inhalt einer Abstimmung unter den Universitätsangehörigen. Die entsprechende

Abstimmung ergab unter den Studierenden ein breites Votum für die Beibehaltung der feierlichen Formen von Sponsionen und Promotionen sowie der Talare. Es gab auch immer wieder Proteste gegen das zu geringe Universitätsbudget, und es gab in Graz auch Protestzüge, bei denen Studenten und Professoren gemeinsam eine Erhöhung des Wissenschaftsbudgets forderten. Das Jahr 1968 bildete in ganz Europa mit seinen Studentenrevolten einen merkbaren Einschnitt in der politischen und kulturellen Entwicklung. In der Steiermark gab es relativ harmlose Demonstrationen, aber heftige Diskussionen auf den Universitäten, in denen die akademische Lehrerschaft und Studierende über Mitbestimmungsfragen, aber auch um Studienreformen diskutierten. Unterschiedliche Proteste gab es in Österreich dann aber auch im Umfeld der konträren Ansichten, wie die universitären Strukturen beschaffen sein sollten. Mit dem Universitäts-



Politik und Sport weisen einige Parallelen auf – in beiden Bereichen ist konsequente Arbeit erforderlich, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Im Sport ist dieses Ziel beispielsweise der Gewinn einer Goldmedaille, in der Politik, das Vertrauen der Wähler zu erlangen. Sich über einen langen Zeitraum zu beweisen, erfordert viel Engagement und Enthusiasmus für das, was man tut. Um sozusagen im Rennen zu bleiben und das Vertrauen der Menschen zu erhalten, ist es ebenso wichtig, Probleme zu erkennen, sie zu lösen, auch wenn es oftmals unangenehm und unpopulär ist. Die Steirische Volkspartei tut dies seit nunmehr 70 Jahren – hierzu gratuliere ich herzlich.

HUBERT NEUPER, ERFOLGREICHER SKISPRINGER, HEUTE EVENTMANAGER



Nachhaltige, sozial gerechte, lösungsorientierte und wirtschaftlich effiziente Politik ist das Fundament für eine erfolgreich funktionierende Gesellschaft. Sie bietet Chancen, um mit den Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft umsichtig und verantwortungsvoll umgehen zu können. Allerdings bedarf es immer auch jener, die diese Chancen ergreifen und sie für sich und ihre Mitmenschen mit Weitblick nutzen. Hier ist vor allem die junge Generation gefordert!

MAG.^A KATHARINA KONSCHEGG, MITARBEITERIN DER SCHOOL OF INTERNATIONAL AND ADVANCED STUDIES DER RECHTSWISSENSCHAFTLICHEN FAKULTÄT DER KARL-FRANZENS-UNIVERSITÄT GRAZ



Wie wird das, was heute populär ist, die Generationen von morgen betreffen? Wer politisch handelt, muss bereit sein, sich über private Interessen hinaus auf gemeinsame Belange in einer gemeinsamen Welt einzulassen und auch Mühen durchzustehen. Wir dürfen auch keine Angst vor möglicherweise unpopulären Maßnahmen haben, von denen noch viele künftige Generationen profitieren.

UNIV.-DOZ. DIPL.-ING. DR. GERHARD RÜSCH, STADTRAT FÜR WIRTSCHAFT UND TOURISMUS, BETEILIGUNGEN UND BÜRGER/INNENBETEILIGUNG DER STADT GRAZ



Mit 70 Jahren ist man eine gesetzte Dame, reich an Erfahrung, humorvoll und liebenswert (hoffentlich!). In einer Familie ist ein solcher Mensch nicht wegzudenken, ein Fixpunkt für Generationen. Bei der ÖVP in der Steiermark liegen die Dinge sehr ähnlich – egal, ob man sie wählt oder nicht. Aber das birgt drei Gefahren: Selbstverständlichkeit, Selbstzufriedenheit und Nostalgie – alles politische und gesellschaftliche Todsünden. Ich hoffe, dass die Steirische Volkspartei der Versuchung widersteht, dazu ist sie zu wichtig!

DR. THOMAS KRAUTZER, GESCHÄFTSFÜHRER DER
INDUSTRIELLENVEREINIGUNG STEIERMARK



Im Burgenland, dem „Eisernen Vorhang“ relativ nahe, geboren, wuchs ich dankbar in ein friedliches und aufstrebendes Österreich hinein – ich kenne kein anderes!

Für mich ist die ÖVP Garant für Leistung und verantwortungsvolles Umgehen mit Ressourcen. Ich lebe in Murau, vielleicht ist mir gerade deshalb die gute Absicherung des wirtschaftlichen Standortes so wichtig. Mein Geburtstagswunsch: Ermöglichen und leben wir Selbstverantwortung und Wahlfreiheit – die Österreicherinnen sind reif dafür.

LABG. MANUELA KHOM, LANDESLEITERIN DER STEIRISCHEN
FRAUBEWEGUNG



Für die Bürgerinnen und Bürger ist ein Gesundheitssystem von hoher Qualität zurecht ein ganz wesentliches Anliegen. Die Politik ist gefordert, die notwendigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Gerade auch in Zeiten von Budgetnöten muss es das Ziel sein, die besten Strukturen für eine optimale Versorgung zu gewährleisten.

DR.^{IN} ASTRID TADLER, OBERÄRZTIN FÜR GYNÄKOLOGIE UND GEBURTSHILFE
AM LKH DEUTSCHLANDSBERG

organisationsgesetz 1975 (UOG 1975), das die Handschrift der SPÖ-Wissenschaftsministerin Dr. Hertha Firnberg trug, wurde ein Kulminationspunkt erreicht, da mit dieser Reform die alte Ordinarienuniversität durch ein drittelparitätisches Mitbestimmungsmodell ersetzt wurde. Während es in den USA zu dieser Zeit vor allem wegen der Rassenprobleme und dem Vietnamkrieg zu Protesten kam, war in Österreich die am 21. August 1968 erfolgte Niederschlagung des sogenannten „Prager Frühling“ ein Grund für Protestzüge und heftige Diskussionen.

Die Öffnung zur zeitgenössischen Kunst – der „steirische herbst“

Am 23. September 1968 wurde der erste „steirische herbst“ eröffnet. Bereits seit Jahren hatte der profilierte steirische Kulturpolitiker Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren diese Veranstaltung gefordert. Die Grundidee war die künstlerische Auseinandersetzung der Steiermark mit der modernen Kunst. Beim ersten „steirischen herbst“ gab es z.B. die Erstaufführung von Peter Handkes Stück „Kaspar“.

Der „steirische herbst“ ist heute europaweit das älteste Festival für „neue“ Kunst. Ein Anliegen dieses Kulturevents war die Vernetzung der verschiedenen Kunstdisziplinen. Im Gegensatz zu herkömmlichen Festspielen sollte das Augenmerk auf die Neuschöpfung und nicht auf die Reproduktion gelegt werden.

Besonders in den ersten Jahren sorgte der „steirische herbst“ für zahlreiche Provokationen. Landeshauptmann Josef Krainer sen. stand durchaus hinter dieser Öffnung zur Moderne und bestärkte Hanns Koren in seiner Kulturpolitik. Er bewies gegenüber manchen Anfeindungen seine Standfestigkeit, die damals in den heftigen Auseinandersetzungen um die zeitgenössische Kunst notwendig war.

Veränderungen in der katholischen Kirche

Am 31. Dezember 1968 trat der Bischof der Diözese Graz-Seckau, Dr. Josef Schoiswohl völlig überraschend zurück. Josef Schoiswohl, geb. am 3. Jänner 1901 in Guntramsdorf, Nieder-

österreich, war seit 18. Jänner 1954 Nachfolger von Ferdinand Stanislaus Pawlikowski, der noch den Titel eines Fürstbischofs getragen hatte. Schoiswohl hatte einige Reformen durchgesetzt: So berief er einen ständigen Priesterrat ein, der ihn beriet; Laien durften in einer Synode mitreden und als Kommunionsspender fungieren. Die Priesterausbildung wurde modernisiert. Junge Priester durften, um Verständnis für die Arbeiterschaft zu bekommen, für einige Zeit in steirischen Bergwerken arbeiten. Im November 1968 versuchte er bei einem Besuch im Vatikan durchzusetzen, dass verheiratete ehemalige Priester wenigstens als ständige Diakone und Religionslehrer zugelassen werden sollten.

Nach seinem Rücktritt wurde der Pfarrer von Graz St. Andrä, Johann Weber, am 28. September 1969 zum neuen Bischof geweiht. Er erfreute sich wegen seiner Volksnähe großer Beliebtheit.

Machtwechsel in der Bundespolitik

Der Obmann der steirischen Elternverbände, der Grazer Rechtsanwalt Dr. Hans Baier, brachte ein Volksbegehren ein, dessen Ziel es war, die Einführung des vom Unterrichtsministerium geplanten neunten Schuljahres zu verhindern. Das Volksbegehren war erfolgreich; darauf trat der aus der Steiermark stammende Unterrichtsminister Dr. Piffl-Perčević zurück, als sein Nachfolger wurde Dr. Alois Mock am 2. Juni 1969 angelobt. Die Nationalratswahl vom 1. März 1970 brachte das Ende der ÖVP-Alleinregierung. Zum ersten Mal seit 1945 erringen die Sozialdemokraten die Mehrheit der Mandate und Dr. Bruno Kreisky wird der erste sozialdemokratische Bundeskanzler der Zweiten Republik. Die Mandatsverteilung war nun 81 SPÖ, 78 ÖVP, 6 FPÖ.

Da die Gespräche über die Bildung einer Großen Koalition erfolglos blieben, kam es schließlich zu einer von der FPÖ unterstützten sozialdemokratischen Minderheitsregierung bis 1971. Am 10. Oktober 1971 kam es dann zu einer vorzeitigen Nationalratswahl. Nach einem heftig geführten Wahlkampf gelang der SPÖ unter Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky die Eroberung der absoluten Mehrheit. Die SPÖ erreichte 93 Mandate, die ÖVP 80 und die FPÖ 10 Mandate. Damit

konnte Dr. Bruno Kreisky eine SPÖ-Alleinregierung bilden.

Auch bei der Nationalratswahl vom 5. Oktober 1975 war Dr. Bruno Kreisky wieder erfolgreich und konnte die absolute Mehrheit für die SPÖ verteidigen. Das Ergebnis brachte den gleichen Mandatsstand wie die Wahl des Jahres 1971.

Am 25. April 1971 stellte sich Franz Jonas der Wiederwahl. Da er als amtierender Präsident nach durchaus korrekter Amtsführung einen Startvorteil hatte, gab es innerhalb der ÖVP einen langwierigen Entscheidungsprozess, welchen aussichtsreichen Kandidaten man gegen Jonas in das Rennen schicken sollte. Schließlich fiel die Entscheidung für Dr. Kurt Waldheim. Er war ehemaliger Außenminister in der Regierung Klaus und dann österreichischer Botschafter bei den Vereinten Nationen in New York. Jonas gewann allerdings mit 53 %, Dr. Kurt Waldheim kam auf 47 % der Stimmen.

Bei der steirischen Landtagswahl am 15. März 1970 verlor die ÖVP ein Mandat, die SPÖ gewann zwei Mandate. Die Mandatsverteilung lautete nun 28 ÖVP, 26 SPÖ, 2 FPÖ.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung

Bereits mit der Rezession von 1962 kam es zur Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. Die mit der Wiederaufbauphase verbundenen Nachholeffekte waren abgeschlossen und die wirtschaftliche Dynamik ließ nach.² Während die durchschnittliche Wachstumsrate des realen Brutto-Inlandprodukts zwischen 1953 und 1962 noch 6,3 % betragen hatte, ging diese im Zeitraum von 1962 bis 1967 auf 4,3 % zurück. Aus heutiger Sicht sind das noch immer durchaus respektable Werte, doch in Relation zu den vorangegangenen „Wirtschaftswunderjahren“ wurde dies als ein Problem empfunden, weil nun die strukturellen Schwächen der Industrie sichtbar wurden.

Trotz weiter steigender Gesamtinvestitionsquote gingen die industriellen Investitionen zurück, die Anzahl der Industrie-Beschäftigten stagnierte und die durchschnittliche Inflationsrate, die zwischen 1953 und 1962 bloß 2,6 % ausgemacht hatte, stieg zwischen 1962 und 1967 auf 3,6 %. Das sich verlangsamende Industriewachstum

wurde durch eine Expansion im tertiären Sektor kompensiert, doch dies wurde damals keineswegs als positiv im Sinne der Stadienlehre von Colin Clark³, sondern als eine sklerotische Wirtschaftserscheinung interpretiert.⁴

Zwischen 1962 und 1968 lag die Arbeitslosenquote in der Steiermark zwischen 3,0 % und 3,9 %. Das arithmetische Mittel lag mit 3,5 % um 0,8 % über dem österreichischen Wert von 2,7 %.⁵

Damals kam es zu einer verschlechterten Position im Außenhandel, die mit der europäischen Integrationsbewegung in Zusammenhang stand. Während zwischen 1953 und 1962 die österreichischen Exporte noch ein nominelles Wachstum von 10,7 % jährlich zu verzeichnen hatten, flachte dieses Wachstum von 1962 bis 1967 auf 7,4 % ab. Wenngleich sich für dieselben Perioden auch das Importwachstum abflachte, nämlich von 13,2 % auf nur noch 8,3 %, so passivierte sich die Handelsbilanz laufend weiter. Wegen der guten Entwicklung im Tourismus blieb die Zahlungsbilanz dennoch weitgehend ausgeglichen.⁶ Die Verschlechterung der österreichischen Außenhandelsentwicklung hing einerseits mit der allgemeinen Konjunkturentwicklung der OECD-Staaten zusammen, andererseits wirkte sich die Diskriminierung des österreichischen Außenhandels aus.

Die Auswirkungen der Europäischen Integration

Dass Österreich nicht Mitglied der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG) war, brachte spürbare ökonomische Diskriminierungseffekte. Der Integrationsgewinn für die EWG-Mitglieder führte zugleich zu einer verschlechterten Wettbewerbsposition für die nicht in den EWG-Markt integrierten Länder. Österreich hatte mit vielen EWG-Staaten, wie vor allem mit Deutschland, intensive Außenhandelskontakte. So war die Nichtteilnahme an der Integration ungünstig; dies betraf besonders die Steiermark, weil mehr als die Hälfte aller Exporte in die EWG ging.⁷ So brachte dies für die Steiermark Probleme, weil hier in den 60er Jahren strukturelle Schwächen sichtbar wurden und durch die zollmäßige Diskriminierung, aber auch durch die Konjunktur-

schwäche Deutschlands Absatzprobleme auftraten.

Die „Europäische Freihandels-Assoziation“ (EFTA), welche ihr Ziel eines vollständigen gegenseitigen Zollabbaus bereits 1967 vorzeitig erreichen konnte, brachte für Österreich eine etwas breitere Streuung der Exporte. So wurden beispielsweise Skandinavien und Großbritannien für die österreichischen Exporteure bedeutsamer. Zugleich nahmen ausländische Direktinvestitionen – vor allem aus Deutschland – in Österreich zu, weil so ausländische Investoren zollfrei in die EFTA liefern konnten. Vor dem Entstehen der EWG waren fast 50 % aller österreichischen Exporte in diesen Raum gegangen, bis 1968 reduzierte sich dieser Anteil auf etwa 40 %. Hingegen stieg der Anteil des EFTA-Raumes an den österreichischen Exporten von 10,9 % auf 23,6 %.⁸ Es steht aber fest, dass der Integrationsgewinn, welcher sich durch die EFTA ergab, keineswegs den Diskriminierungsverlust durch die EWG wettmachen konnte. Deshalb gab es bei österreichischen Wirtschaftspolitikern Interesse, zu einer Annäherung an den EWG-Raum zu kommen.⁹ Zu den Zielen der EFTA hatte es gehört, eine gemeinsame Plattform für Verhandlungen mit der EWG zu bilden. Allerdings sollten die folgenden Verhandlungen zunächst immer wieder an den gegensätzlichen Interessen von Großbritannien und Frankreich scheitern. Österreichische Versuche, sich in einem Sondervertrag, welcher auf den neutralen Status von Österreich Rücksicht nimmt, der EWG anzunähern, waren damals einerseits wegen der durch den Südtirolkonflikt ausgelösten ablehnenden Haltung Italiens, aber auch wegen der generellen Haltung der EWG, zunächst mit den Interessenten an einem Vollbeitritt zu einem Vertragswerk zu kommen, erfolglos.

Nachhinken der steirischen Wirtschaftsentwicklung

Besonders ab 1965 gab es in der steirischen Industrie ein verlangsamtes Wachstum. Dieser Abschwächungsprozess erfasste zwar ab 1966 ganz Österreich, er machte sich aber in der Steiermark wegen der von der Schwerindustrie geprägten Wirtschaftsstruktur deutlicher be-

merkbar. Als Symbol steirischer Wirtschaftskraft galt seit Jahrhunderten der Erzberg: Nun ergab sich ein ernster Konkurrenzdruck, weil die Förderung am Erzberg wegen der Konkurrenz überseeischer Erze, die zu niedrigeren Preisen angeboten wurden und überdies einen höheren Eisenerzgehalt aufwiesen, unter Druck geriet. Darauf reagierte man in Eisenerz mit Rationalisierungsschritten und einer Mechanisierung der Erzaufbereitung. Trotz Konkurrenz konnte sich der steirische Erzberg weiter behaupten: Der gesamte Erzbedarf des Werkes Donawitz und der halbe Erzbedarf der VOEST-Linz wurden vom steirischen Erzberg bezogen.

Problematischer wurde die Situation im steirischen Braunkohlenbergbau. Ab Ende der 50er Jahre machte sich die Konkurrenz von Heizöl und Gas bemerkbar. Dazu kam, dass die Kohlenförderung mit steigenden Kosten verbunden war. Durch die Errichtung von kalorischen Kraftwerken konnte zwar ein Mindestabsatz gesichert werden, doch die Fördermengen der steirischen Braunkohlenbergwerke mussten drastisch zurückgenommen werden, weil die Betriebe immer tiefer in die roten Zahlen gerieten. Vorerst wurden sie jedoch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen gefördert, doch die Kritik an der unwirtschaftlichen Weiterführung wuchs in der Öffentlichkeit; so erwirtschaftete die Grube Fohnsdorf, die zu einem der tiefsten Tagbauten Europas wurde, 1966 ein Defizit von mehr als 70 Millionen Schilling.

Angesichts der Konjunkturverschlechterung hatten auch jene Bergbaubetriebe Kontraktionen in den Absatzmengen hinzunehmen, deren Produkte direkt von der industriellen Nachfrage abhängen: Dazu zählte vor allem der Magnesitbergbau. Große Absatzprobleme gab es auch für die heimische Zellulosefabrikation, die unter billigeren ausländischen Konkurrenzprodukten litt. Letzteres wirkte negativ auf den steirischen Holzabsatz.¹⁰

Wie bereits in dem vorangegangenen Jahrzehnt sanken die steirischen Anteile an der gesamtösterreichischen Brutto-Wertschöpfung in der folgenden Phase der Strukturkrise ab 1962 weiter ab. Lediglich in einer späteren Phase, nämlich 1973/74 – als es kurzzeitig zu einem Boom der Grundstoffindustrien kam – konnte die Steier-



• Wahlplakat
aus dem Jahr 1974
zum ersten Programm
des „Modell Steiermark“,
das bereits 1972
veröffentlicht wurde.

mark kurzfristig wieder den Anteil an der Brutto-Wertschöpfung verbessern. Als dieser jedoch wieder vorbei war, sollte sich die hier aufgezeigte Tendenz auch noch in den 70er und 80er Jahren fortsetzen.

Zugleich sei noch auf ein weiteres Problem verwiesen: Die steirische Produktivität lag in diesem Zeitraum deutlich unter dem österreichischen Schnitt. Von 1961 bis 1968 konnten nur 90,2 % und in den folgenden Jahren nur mehr 88,8 % der österreichischen Produktivitätswerte erzielt werden. In dieser Phase war die wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark durch hohe Agrarquote, industrielle Monostrukturen und Grundstofflastigkeit, relative Rückständigkeit, unterdurchschnittliche Wachstumsdynamik und geringere Produktivität gekennzeichnet. Diese Wachstumsschwäche erklärt auch die Forderung des damaligen steirischen Wirtschaftsberaters, Univ.-Prof. Dr. Adolf Nussbaumer, mit Strukturverbesserungen in die steirische Wirtschaftsentwicklung einzugreifen.¹¹

Wirtschaftsaufschwung ab 1968

Das Jahr 1968 brachte auch in Österreich einen merkbaren Einschnitt in der politischen und kulturellen Entwicklung des Landes¹² und auch für die Wirtschaft war 1968 eine Zäsur; denn da begann ein internationaler Konjunkturaufschwung. Die Phase von 1968 bis 1974 wurde zur längsten Hochkonjunkturperiode der Zweiten Republik. Es gab damals in Österreich beachtliche reale Wachstumsraten des Brutto-Inlandsprodukts von durchschnittlich 5,4 %, womit sogar die übrigen OECD-Staaten übertroffen wurden. In diese Zeit fiel auch die internationale Rezession von 1971/72, doch diese ging an Österreich nahezu ohne große Auswirkungen vorbei. Das Ende dieser Hochkonjunkturperiode trat dann mit dem „Ölpreisschock“ von 1973 ein.

In dieser Phase konnte die Industrie einen bemerkenswerten Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum leisten, die vorangegangene Phase der Strukturkrise scheint zu einer Verbesserung der Angebotsstruktur und dynamischen Anpassungsprozessen geführt zu haben, die sich nun positiv auswirkten. Zugleich wirkte sich auch die Weiterentwicklung des europäischen

Integrationsprozesses auf Österreich günstig aus: Mit 1. Oktober 1972 wurde das Globalabkommen zwischen der EWG und Österreich für eine Freihandelszone für gewerblich-industrielle Produkte abgeschlossen, welches bereits vorzeitig eine erste Zollsenkungsetappe von 30 % brachte.¹³

In der Steiermark gab es damals einen mit der elektronischen Datenverarbeitung verbundenen Innovationsschub. Allmählich begannen sich die Computer durchzusetzen: 1969 wurden in der Steiermark 28 Computer installiert, die meisten davon standen in Graz. Ab 1972 erfolgt die Computerisierung bei der Grazer Gebietskrankenkasse und der Polizeidirektion.¹⁴

Zwischen 1968 und 1973 lag die Arbeitslosenquote in der Steiermark zwischen 1,5 % und 3,7 %. Das arithmetische Mittel lag um 0,4 % über dem österreichischen Wert von 2,3 %.¹⁵

Erdölschocks und Austrokeynesianismus

Mit der Erdölkrise 1973/74 kam es weltweit zum Konjunktureinbruch, der mit einer drastischen Steigerung der Rohstoff- und Energiepreise verbunden war. Ab 1973 kam es zu einer österreichischen Sonderentwicklung in der Wirtschaftspolitik und man schwenkte nicht auf den internationalen Kurs ein.

Unter Bundeskanzler Bruno Kreisky rechnete man nur mit einem kurzfristigen Konjunktureinbruch, denn die Prognosen der Wirtschaftsforscher waren optimistisch, sie hatten für 1975 bereits wieder eine Erholung angekündigt. So wurde in Österreich eine Politik des „Durchtauchens“ eingeschlagen, welche das hohe Beschäftigungsniveau aufrechterhalten sollte – für Kreisky hatte die Vollbeschäftigung die von ihm oft deklarierte höchste Priorität.

Als entgegen der Prognosen der Konjunktureinbruch 1975 einsetzte, wurde in Österreich das keynesianische Instrumentarium des „deficit spending“ bei Erweiterung der monetären Basis angewandt. Während eine Konjunkturverbesserung 1976 einige Länder veranlasste, wieder zur Budgetkonsolidierung überzugehen, wurden in Österreich weiter über das Budget expansive Impulse gesetzt. Zugleich aber versuchte man

auch, einen Inflationsauftrieb zu verhindern, indem der bisherige Hartwährungskurs beibehalten wurde.

Weltweite Unsicherheiten am Währungssektor

Ein vor allem die außenwirtschaftlichen Verflechtungen betreffendes Problem war das weltweite System der Wechselkurse, welches über das Abkommen von Bretton Woods in der Nachkriegsperiode für lange Zeit relativ stabil war. Doch am 15. August 1971 wurde die formelle Gold-Konvertibilität des amerikanischen Dollars unter Präsident Richard Nixon aufgehoben. Alle Versuche, das System fester Wechselkurs zu erhalten, wurden Ende 1973 aufgeben. Seitdem gab es weltweit währungspolitische Turbulenzen und der Kurs der Leitwährung Dollar unterlag starken Schwankungen.

Durch die fortschreitende weltwirtschaftliche Integration wurden auch die Kapitalbewegungen zusehends unkontrollierbarer, was wiederum den Spielraum der nationalen Geldpolitik ab Beginn der 70er Jahre stark einengte. Dies führte dazu, dass die Österreichische Nationalbank den Wechselkurs des Schillings ab 1976 in eine feste Relation zur Deutschen Mark brachte. Nachdem Deutschland der mit Abstand wichtigste Außenhandelspartner war, brachte dies Stabilität in die für Österreichs Außenhandel bedeutendste Austauschrelation. Somit wurden das Wechselkursrisiko und die Gefahr allfälliger spekulativer Kapitaltransfers wesentlich gemindert.¹⁶ Außerdem wurden so positive Wirkungen der deutschen Stabilisierungspolitik auch für Österreich wirksam.

Diese Besonderheit, nämlich die Koppelung der Politik des „deficit spending“ mit einer Hartwährungspolitik, wurde mit dem Ausdruck „Austro-keynesianismus“ apostrophiert. Diese Wirtschaftspolitik war in Bezug auf Arbeitslosigkeit erfolgreich, denn es konnte eine auffallend niedrige Arbeitslosenquote erreicht werden. Die Kehrseite war aber ein starker Anstieg der Staatsschulden und eine Verschlechterung der Leistungsbilanz.

Wenngleich auch in Österreich 1975 ein Absinken des realen Brutto-Inlandsprodukts nicht ver-



• Ein demokratiepolitisches Novum: Vorwahlen 1974.

hindert werden konnte, so fiel der Rückgang relativ milde aus und es entwickelten sich die meisten ökonomischen Indikatoren besser als in den übrigen europäischen Staaten. Die Hartwährungspolitik hatte allerdings negative Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit und so kam es zu einem deutlichen Ansteigen des Leistungsbilanzdefizits, und dies bewirkte schließlich einen Kurswechsel in der österreichischen Wirtschaftspolitik, welcher zu einem Maßnahmenpaket führte, welches mit zahlreichen Belastungen für die Steuerzahler verbunden war. So wurde auf Luxusgüter ein erhöhter Mehrwertsteuersatz von 30 % eingeführt. Die Vermögenssteuer und zahlreiche Gebühren wurden angehoben, die Bundeskraftfahrzeugsteuer wurde eingeführt etc.

Allerdings muss angemerkt werden, dass die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte gleichsam wie ein Konjunkturpuffer jeweils modifiziert wurde und es auf diese Art zu einem Export des Arbeitslosenproblems kam: Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in Österreich, die 1962 bloß 17.700 betragen hatte, wurde bis 1973 bis auf 226.800 gesteigert. Ab dem Einsetzen der Ölkrise kam es kontinuierlich zu einer Verringerung der Zahlen.¹⁷



- Landtagswahl 1974: *Triumph der Steirischen Volkspartei und Friedrich Niederls.*
Mit 53,3 % der Stimmen erreicht die Volkspartei ihr bestes Ergebnis der Geschichte.

Resümee

Insgesamt war das Jahrzehnt von 1965–1975 eine Phase von sehr starken Veränderungen. Die lange Phase der Großen Koalitionen ging ab 1966 zu Ende. Die Jahre um 1968 führten zu einem verstärkten Einfluss der Zivilgesellschaft auf politische Entscheidungen, die man nicht mehr ausschließlich der Parteipolitik überlassen wollte. Ab dem Jahr 1972 gelang mit dem Globalabkommen eine stärkere wirtschaftliche Anbindung an den europäischen Wirtschaftsraum. In der steirischen Wirtschaft kam es zu einem Modernisierungsprozess, die Computerisierung drang vor und die Industriestrukturen entwickelten sich zusehends weg von den Grundstoffen in Richtung intelligenter Hochtechnologie.

- 1 Der Beitrag fußt unter anderem auf: Gerald Schöpfer/Peter Teibenbacher: Graz seit 1945 (= Gerald Schöpfer/Stefan Karner (Hg.): *Unserer Zeit Geschichte*, Band 2). Graz 1995, 128 ff.
- 2 Karl Bachinger u.a. (Hg.): *Grundriß der österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von 1848 bis zur Gegenwart*. Wien 1987, 117.
- 3 Colin Clark: *The Conditions of Economic Progress*. London 1940.
- 4 Felix Butschek: *Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert*. Wien 1985, 128 ff.
- 5 Vgl. Daten aus dem Wirtschafts- und Sozialstatistischen Taschenbuch, Österreichischer Arbeiterkammertag, Wien 1962–1989.
- 6 Felix Butschek: *Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert*. Wien 1985, 131 ff.
- 7 Steiermärkische Landesregierung (Hg.): *Steirische Bewährung 1955–1965. Zehn Jahre Aufbau in Freiheit*. Graz 1965, 147.
- 8 Felix Butschek: *Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert*. Wien 1985, 133.
- 9 Gerda Falkner: Österreich und die Europäische Einigung, in: Reinhard Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Talos (Hg.): *Österreich 1945–1995. Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik*, Band 60, 2. Aufl. Wien 1995, 331–340.
- 10 Erika Rüdegger: *Steiermark (= Hans Krasensky: Die Wirtschaft geht jeden an, Band 78)*. Wien 1968, 19.
- 11 Adolf Nussbaumer: Strukturprobleme der steirischen Wirtschaft, in: *Volkswirtschaftlicher Beirat der ÖVP-Landesparteileitung Steiermark (Hg.): Beiträge zur Untersuchung der steirischen Wirtschaftsstruktur*. Graz 1965, 8.
- 12 Rolf Schwendter: *Das Jahr 1968 – War es eine kulturelle Zäsur?*, in: Reinhard Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Talos (Hg.): *Österreich 1945–1995. Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik*, Band 60, 2. Aufl. Wien 1995, 166–175.
- 13 Felix Butschek: *Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert*. Wien 1985, 144 ff.
- 14 Gerald Schöpfer/Peter Teibenbacher: *Graz seit 1945 (= Gerald Schöpfer/Stefan Karner (Hg.): Unserer Zeit Geschichte*, Band 2). Graz 1995, 128 ff.
- 15 Vgl. Daten aus dem Wirtschafts- und Sozialstatistischen Taschenbuch, Österreichischer Arbeiterkammertag. Wien 1962–1989.
- 16 Erich Streissler: Österreichs Wirtschaftspolitik vor neuen Entscheidungen, in: Josef Krainer u.a. (Hg.): *Nachdenken über Politik – Jenseits des Alltags und diesseits der Utopie*. Graz 1985, 361–376.
- 17 Felix Butschek: *Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert*. Wien 1985, 158 ff.



Ich wünschte mir von jedem(r) Politiker(in), jeder Partei, jeder politischen Bewegung, besonders von der Steirischen Volkspartei, dass sie in den zwei fundamentalen Bedrohungen unserer Zeit – zumindest in ihrem Biotop – massiv dagegen halten. Erstens: gegen die tiefgreifende allgemeine Massenverblödung unserer sogenannten Wissens- und Informationsgesellschaft; zweitens: gegen den weltweit auftrumpfenden religiösen, gesellschaftlichen und politischen Fundamentalismus. Hermann Schützenhöfer wünsche ich, dass sein beispielloser Mut, seine selbstvergessene Opferbereitschaft, seine historische Kurssetzung auch von einer klugen Wählerschaft honoriert werden. (Wahlen könnten endlich auch als Intelligenztests für die Wähler und Wählerinnen betrachtet werden!?!)

DR. GERHARD HIRSCHMANN, LANDESRAT A.D.



Politik ist ... für den Bürger ein undurchschaubares und daher höchst suspektes Netzwerk eitler Phrasendrescher, die sein Geld verschwenden. Politik ist ... für über 50 % von Ausgaben und Investitionen verantwortlich und daher in allen Lebensbereichen involviert. Politik ist ... seit 50 Jahren mit dem Geld der Steuerzahler(innen) nicht auszukommen und daher jährlich zusätzliche Schulden zu machen. Politik sollte ... die Regelung der Angelegenheiten eines Gemeinwesens (man lese den Wikipedia-Artikel zu diesem Stichwort) durch verbindliche Entscheidungen sein.

DIPL.-ING. HERBERT PAIERL, LANDESRAT A.D., EIGENTÜMER UND MANAGING PARTNER DER PCB PAIERL CONSULTING BETEILIGUNGS GMBH



Ich wünsche der Steirischen Volkspartei zum 70. Geburtstag: die Kraft, zu erneuern – den Mut, zu bewahren – die Gabe, zu unterscheiden.

DR.^{IN} MARIA MANTL, EHEMALIGE AHS-LEHRERIN

1975–1985 Langsame Bewegung auf der Strecke

WOLFGANG MANTL



• Der Steiermark-Kongress 1976. Von links: Josef Krainer jun., Klaus Mehnert, Friedrich Niederl und Hermann Schützenhöfer.



Angesichts der Herausforderungen des 20. und 21. Jahrhunderts sind Professionalität und Intensität der Politik geradezu moralische Postulate.

WOLFGANG MANTL

Horizont der Politik

Am 1. August 1975 erfolgte die Unterzeichnung der Schlussakte der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ in Helsinki. Die Sowjetunion erwartete sich die Garantie ihres Besitzstandes; aber die Helsinki Schlussakte leiteten die Delegitimierung des kommunistischen Regimes ein (zunehmende Menschenrechtserwartungen: z.B. „Charta 77“). Am Ende des Beobachtungszeitraumes stand 1985 die Ablösung der sowjetischen Gerontokratie durch Michail Gorbatschow. Die Sowjetunion zerfiel freilich – was damals niemand ahnte – 1991. Trotz starker Schwankungen stand gleichsam die Ost-West-Teilung Europas seit Teheran, Jalta und Potsdam schier unerschütterlich im Bewusstsein der Zeitgenossen. Die Ölkrise 1973 trat ebenso ein wie die Anfänge des Terrors, wenn auch in Österreich als Randphänomen (Attentate durch Franz Fuchs). Es ist eine unleugbar eigentümliche Situation, dass die Menschen um 1975 Vieles nicht prognostizieren konnten.

Nun zu Österreich und zur Steiermark: Es zeigte sich, dass nur wenige Politiker über ihre Amtszeit hinaus bekannt bleiben, noch weniger populär. In der Steiermark¹ waren dies auf Seiten der ÖVP Josef Krainer Vater und Sohn, Friedrich Niederl, Waltraud Klasnic und Hanns Koren, der wohl größte Kulturpolitiker eines Bundeslandes. Es sei auch auf Egon Kapellari hingewiesen, der im kirchlichen Bereich im Gefolge des II. Vatikanischen Konzils zwischen Glaube und Vernunft vermittelte und bereit war, die Schwierigkeiten der Aufklärung „auszuhalten“ und zu transformieren.

Wer ahnte also 1975, dass es 1989 zum „Zeitenbruch“ kommen sollte, gekennzeichnet durch die Erosion des Kommunismus, den Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens sowie der Dynamisierung der europäischen Integration, die dann noch vor der Jahrtausendwende zum Beitritt Österreichs in die EU führte?

Neben dem Programm und der Praxis einer Partei spielt die Persönlichkeit der Politiker eine große Rolle, gerade durch die Medialisierung des politischen Prozesses, heute zumal durch die elektronischen Medien. Das lässt sich vor allem an den Spitzenpolitikern herausarbeiten, von denen man erwartet, neben einer „Grundständigkeit“ demokratische „Bodenhaftung“ in der Nähe des Bürgers, der Zentralfigur der Demokratie, aufzuweisen. Daraus wächst die „Glaubwürdigkeit“ der Spitzenpolitiker, gerade auch der Landeshauptleute.

In diesem Zusammenhang ist es mir wichtig, auch auf die „Professionalität“ und „Intensität“ aufmerksam zu machen, die in der Diskussion oft unterbelichtet bleiben. Ein seichter Opportunismus mit windigen Sprüchen ist von Übel. Beharrliches Handeln von Tag zu Tag ist nötig, getragen von Ausdauer und Fleiß (dies meint vor allem das Wort „Intensität“). Gerade angesichts der Herausforderungen des 20. und 21. Jahrhunderts sind Professionalität und Intensität der Politik auch geradezu moralische Postulate.

Das hängt keineswegs nur mit formaler Bildung zusammen. Es gibt oft frappierende Amtserfahrung aus der schöpferischen Praxis (z.B. Josef Krainer sen., Waltraud Klasnic und Hermann Schützenhöfer). Die Amtsausübung von Landeshauptleuten ist in der Regel ziemlich lang. Beide



• Friedrich Niederl in der ÖVP-Darstellung 1976.

Krainer waren zusammen mehr als 48 Jahre Landeshauptleute, das erfordert sehr viel Kraft. Dabei ist immer auch ein homöopathischer Schuss Populismus nützlich, freilich nicht irrationale, sondern unmittelbare Zuwendung zum Alltag des Bürgers. Die harte Droge des Populismus fand sich erst bei Jörg Haider, dessen Aufstieg 1986 begann.

Volksabstimmungen über Zwentendorf 1978 und der Konflikt um Hainburg 1984 zeigen wachsende Konflikte, sodass nicht im Geringsten von einer völligen Ruheperiode gesprochen werden kann, sondern eher von einem „unauffälligen“ Vibrieren der politischen Arena.



• Der Wechsel von Niederl zu Krainer jun. und ein strahlender Josef Krainer jun. beim Landesparteitag 1980.

In der Bundespolitik wirkte nach wie vor der Einfluss Bruno Kreiskys, wenn auch die von ihm initiierte Koalition im Kabinett Fred Sinowatz und Norbert Steger (1983–1986) nicht überzeugen konnte. Bedeutend war das Nachwirken des steirischen Landeshauptmannes von 1948 bis 1971, Josef Krainer, der in seinen letzten Lebensjahren noch deutliche Reformimpulse in der Steiermark gesetzt hatte, etwa mit dem Parteitag von 1969, auf dem immer wieder Themen anklangen, die später auch im „Modell Steiermark“ bearbeitet wurden.

Demokratie braucht starke Persönlichkeiten, aber auch Parteien und Wahlen zu den Volksvertretungen. Also gab es in unserem Beobachtungszeitraum Wahlen zum Nationalrat 1975, 1979, 1983 und 1986 sowie zum Steiermärkischen Landtag 1974, 1978, 1981 und 1986. Friedrich Niederl war ein ungemein populärer und im Ganzen gesehen erfolgreicher Politiker. Der Höhepunkt des Erfolges der Steirischen Volkspartei lag gerade zur Zeit des Landeshauptmannes Friedrich Niederl bei der Landtagswahl 1974, wobei die ÖVP 53,2 % der Stimmen und 31 Mandate erzielen konnte, und 1981 im ersten Jahr der Regierungstätigkeit Josef Krainer jun. als Landeshauptmann.

Am 4. Juli 1980 wurde Josef Krainer jun. zum Landeshauptmann gewählt. Er verkörperte Weltgewandtheit, ohne den Boden der Steiermark unter den Füßen zu verlieren. Gestützt auf durch Auslandsstudien verstärkte intellektuelle Liberalität, auf steirische Konservativität mit all ihren heimatlichen Wurzeln und auf postkonziliare Katholizität war Josef Krainer jun. seit Mitte der 60er Jahre rasch in die vordere Linie der Politik getreten und prägte sie bis zu seinem Rücktritt im Dezember 1995. Wie alle erfolgreichen Politiker, von seinem Vater angefangen bis zu seinen Nachfolgern Waltraud Klasnic und Hermann Schützenhöfer, ist die geprägte Form des in freier Rede geäußerten Wortes, das gleichsam vom Manuskript „abspringt“, ein Kennzeichen eines führend agierenden Politikers. Menschen und Situationen werden direkt gedanklich ergriffen. Es ist jene Qualität, die Bürger dazu veranlasst, Spitzenpolitiker als ihre „Begleiter“ in historischen Wandlungsprozessen mit all ihren Schwierigkeiten zu akzeptieren. Auffallend ist bei erfolgreichen



- *Das Reform-Programm in schwierigen Zeiten: das Modell Steiermark für die 80er Jahre.*

Politikern das Erkennen von Gesichtern, Namen, ja von Verwandtschaften; dies kann in Gemeinden und Ländern selbstverständlich leichter gelingen als auf der Bundesebene.

Im Zusammenhang mit den internationalen Wirtschaftskrisen, in denen es um Öl ging, gab es Firmenzusammenbrüche, auch in der Steiermark, Beschäftigungsprobleme und wachsende Krisenphänomene der Verstaatlichten Industrie. In der Obersteiermark waren Kohle, Eisen und Papier keine selbstverständlichen Wohlstandsquellen mehr. Kein Erfolg war der Steirischen Volkspartei 1984 bis 1988 beschieden, als sie die Stationierung der Abfangjäger vom Typ Saab-Draken ausschließlich in der Steiermark (Graz-Thalerhof und Zeltweg) verhindern wollte. Freilich konnten 1982 die Alpinen Schiweltmeisterschaften in Schladming und Haus/Ennstal dauerhaft den Tourismus der Region beleben. 1978 wurde die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria in Venedig gerade mit starken steirischen Impulsen gegründet. Belastende persönliche Konflikte (Alfons Tropper, Anton Peltzmann) blieben nicht aus. Josef Krainer trachtete, eine moderne Gründeratmosphäre aufzubauen und durch Bekämpfung der Korruption dynamisch durchzustarten.²

Planung und Institutionen

Die Steiermark entwickelte sich in den letzten 200 Jahren zuerst zu einer großen Industrielandschaft der Monarchie und im 20. Jahrhundert zu einer postindustriellen Dienstleistungs- und Kommunikationsgesellschaft. Aber noch immer, wenn auch mit schwindender Zahl, haben die Berufe des Bauern und des Arbeiters geradezu archetypische Bedeutung, was sich nach wie vor in der bestehenden politischen Präsenz der Bauern und der Arbeiter niederschlägt.

Es darf nicht der Grundsatz gelten, dass es so etwas wie eine „Unverbindlichkeit des Komplizierten“ gäbe. Die Bewältigung von Komplexität ist eine wichtige Aufgabe der Rationalität des politischen Prozesses. Gerade in den 70er Jahren trachteten die Parteien durch ihre sogenannte „Modellarbeit“ unter Wiederaufnahme der alten Kategorien von Rat und Beratung³, Probleme zu bewältigen. Die Steiermark erwies sich hier als besonders erfindungsreich. Nach dem Tod Josef Krainers sen. im Herbst 1971 wurde die ÖVP Steiermark von 1972 an in verschiedenen Phasen bis 1995 in der „Modellarbeit“ aktiv. Bei der „Modellarbeit“ handelt es sich um politische Planung von Parteien über Legislaturperioden und Kompetenzgrenzen hinaus, und zwar unter ehrenamtlicher Beteiligung von Parteifunktionären, Experten (auch jungen, schwierigen, noch nicht etablierten Kräften) und Bürgern als Fachleuten des Alltags und der Lebensumwelt, seien es nun Mitglieder oder Nichtmitglieder einer Partei. Alle Mitarbeiter nahmen ein „freies Mandat“ für sich in Anspruch und legten ein dementsprechendes Selbstbewusstsein an den Tag. Überschießender Reformwille konnte sich nicht vollkommen verwirklichen, aber doch mehr bewirken als die Ruhe satter Zufriedenheit mit dem Status quo. Es geht um den handfesten Übergang vom „gesinnungsethischen“ Sonntag zum „verantwortungsethischen“ Alltag der Politik. Die „Flaschenpost der Aufklärung“ wird in das Gewoge der Zeit geworfen und wirkt damit für die Modernisierung und Popularisierung des Neuen.

In der Steiermark stellte sich die Aufgabe, durchaus immer im Bewusstsein des trotz vieler Vorschläge „unbesiegbaren“ Verhältniswahlrechts⁴, Reformen vor allem im Bereich der



Die Steirische Volkspartei stand und steht für eine politische Breite (die „steirische Breite“), die man damals (vor Jahrzehnten) in der ÖVP nicht gekannt hat (die auch heute noch nicht überall gelebt wird). Die Steirische Volkspartei hat mit Reformen in einer Reformpartnerschaft gezeigt, was Leadership und Dienst für die Allgemeinheit (das Volk) bedeuten. Es geht um den Mut, dass ein Politiker die Dinge umsetzt, die er für richtig hält, ohne auf die Schlagzeilen des nächsten Tages zu schießen.

DKFM. DR. CLAUDIUS J. RAIDL, PRÄSIDENT DER ÖSTERREICHISCHEN NATIONALBANK



Kinder sind die stärksten Zukunftsträger eines Landes; lebendige Familien sein größter Schatz. Um Österreich seine Zukunftsfähigkeit zu erhalten, erhoffe ich mir von der Politik mutige Maßnahmen, die das Wohlergehen der künftigen Generationen im Blick haben. Dazu zählen u.a. eine nachhaltige Klimaschutzpolitik, der verantwortungsvolle Umgang mit öffentlichen Geldern samt ehrlichen Anstrengungen zur Schuldenreduktion sowie der Fokus auf Bildung, Wissenschaft und Innovation und nicht zuletzt mehr Steuergerechtigkeit und echte Wahlfreiheit für Familien mit Kindern.

DR. IN. HEDWIG UNGER, WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN AM ÖSTERREICHISCHEN VERFASSUNGSGERICHTSHOF (DERZEIT KARENZIERT)



Was ich mir von der Politik erwarte? Dass sie handelt! Und zwar mit Effizienz und Weitsicht – in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht. In diesem Sinne hoffe ich, dass bspw. effektive Wege der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefunden werden, geschlechtsspezifische Lohnunterschiede künftig der Vergangenheit angehören werden und auf diverse Wahlzuckerl bei offensichtlicher Unfinanzierbarkeit verzichtet wird.

ANTONIA CSUK, BAKK. PHIL., WISSENSCHAFTLICHE PROJEKTMITARBEITERIN AM INSTITUT FÜR ÖFFENTLICHES RECHT UND POLITIKWISSENSCHAFT DER KARL-FRANZENS-UNIVERSITÄT GRAZ



Arbeitsplätze sind heute wichtiger denn je, und wir sollten uns auch hier auf unsere steirischen Stärken konzentrieren. Tradition, verbunden mit Innovation, charakterisiert die Arbeit der ÖVP. Innovation als Motivation für unser Land schafft Arbeitsplätze und sichert den Standort Steiermark und somit den ländlichen Raum. Der hohe Standard, den unser Land im Wissenschafts- und Forschungsbereich hat, muss in den kommenden Jahren gehalten und möglichst ausgebaut werden. Wir müssen daher für die Schaffung optimaler Rahmenbedingungen für die Universitäten und Fachhochschulen als Innovations- und Jobmotor sorgen, denn das Knowhow dieser Bildungseinrichtungen soll der Wirtschaft zur Verfügung stehen um dadurch neues Wachstum und somit wiederum dringend benötigte Arbeitsplätze zu schaffen.

AO.UNIV.PROF.^{IN} DR.^{IN} BEATRIX KARL, NABG., BUNDESMINISTERIN A.D.,
INSTITUT FÜR ARBEITS- UND SOZIALRECHT DER KARL-FRANZENS-
UNIVERSITÄT GRAZ



„VOLKS“partei sein – vor allem eine solche weiterhin zu bleiben! – bedeutet für mich das beharrliche Zimmern und Gestalten eines geistigen „Instrumentenkastens“, in welchem neben der Freiheit, der Leistung und der Solidarität auch unabdingbar der Wert der Nachhaltigkeit zu verankern ist. Wir brauchen eine „neue Erzählung“, einen neuen Mythos in der Politik und den Mut, Entscheidungen herbeizuführen, wie wir als Gesellschaft künftig leben wollen, wie wir unsere Orientierungsbojen, wie wir Fragen einer erneuerten Demokratie von unten, einer tauglichen Bildung, einer fairen (Land-)Wirtschaft alltags- und vor allem „enkeltauglich“ zu übersetzen imstande sind.

JOHANN SEITINGER, LANDESRAT FÜR ABFALL- UND STOFFFLUSS-
WIRTSCHAFT, LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, LANDESFORSTE, WASSER-
WIRTSCHAFT, WOHNBAU UND REVITALISIERUNG SOWIE NACHHALTIGKEIT
DES LANDES STEIERMARK



Ich wünsche mir die Umsetzung einiger schon langjähriger Ziele der ÖVP:

- die gleichberechtigte Partnerschaft von Frauen und Männern in der Familie, in der Berufs- und Arbeitswelt sowie in der Politik;
- dass für Frauen besondere Förder- und Bildungsprogramme geschaffen werden, um ihnen bessere Aufstiegs- und Entlohnungschancen zu ermöglichen;
- dass Frauen bei gleichwertiger Arbeit den gleichen Lohn wie Männer erhalten.

AO.UNIV.-PROF.^{IN} MAG.^A DR.^{IN} MICHAELA SOHN-KRONTHALER, LEITERIN
DES INSTITUTS FÜR KIRCHENGESCHICHTE UND KIRCHLICHE
ZEITGESCHICHTE DER KARL-FRANZENS-UNIVERSITÄT GRAZ

Landtagsarbeit, der direkten Demokratie und der Kontrolle durchzusetzen. Schon 1969/70 gab es die ersten Vorwahlvorschläge in der Steiermark. Es ging und geht stets um das „demokratische Urproblem“ der Mitwirkung des Bürgers an der Staatswillensbildung, nunmehr im Zeichen eines säkularen Trends zur Verstärkung der direkten Demokratie in der Gesetzgebung und der Partizipation in der Verwaltung.⁵ Jedes Nachdenken über Verfassungen muss trachten, „Gefäßstörungen“ des politischen Systems zu vermeiden, um den politischen Prozess für neue politische Akteure offen zu halten.⁶

Die Form ist die Mutter der Freiheit und Gleichheit. So kam es zur Schaffung eines Landesrechnungshofes (LVG vom 29. Juli 1982, LGBl. 58 und 59), des ersten Landesrechnungshofes in Österreich. Daran schloss sich die Verstärkung der direkten Demokratie mittels Einführung von Volksrechten in Gesetzgebung und Verwaltung nach dem Vorbild der Schweiz (Volksrechtengesetz/VRG vom 9. Juli 1986, LGBl. 86 und 87), noch gesteigert durch die Möglichkeit einer Kontrollinitiative der Landesbürger zur Aktivierung des Landesrechnungshofes (Kontrollinitia-

tivgesetz/KIG vom 7. Dezember 1989, LGBl. 22/1990). Zwei Prozent der zum Landtag Wahlberechtigten erhielten ein Antragsrecht auf Durchführung von Akten der Gebarungskontrolle durch den Landesrechnungshof (bisher nicht verwirklicht).

Auch auf Bundesebene wurden die vorhandenen Einrichtungen der direkten Demokratie nur zögernd und in großen Abständen genützt (erstes Volksbegehren 1964, erste Volksabstimmung 1978, erste Volksbefragung 2013). Der nächste große Schub an Rechtsreformen erfolgte in der Steiermark durch die „Reformpartnerschaft“ von SPÖ und ÖVP ab 2010.

Innovative Kulturpolitik

Zu den großen steirischen Persönlichkeiten⁷ der 70er und 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts gehört auch der Kulturpolitiker Hanns Koren⁸, dessen „große Erfindungen“ zwar schon in seiner Zeit als ÖVP-Mitglied der Landesregierung erfolgt waren (z.B. steirischer herbst, Steirische Akademie, trigon und Freilichtmuseum Stübing), der aber gerade im Alter eine immer intensivere Ausstrahlung gewann. Korens Lächeln, aber auch seine Schwermut verbanden sich mit einer milden, jedoch durchaus wirksamen Autorität, seine weder boshafte noch lärmende Gescheitheit war frei von jenem „Dauergrant“, der die Versuchung vieler Konservativer fortgeschrittenen Alters darstellt. Hanns Koren war frei von „Bildungsgebrumme“ und wolkigen Phrasen, aber auch von verschwommener Gefühligkeit. Schöpferische Unzufriedenheit mit sich selbst – ohne Herrschaftsgesten, ohne „Überschätzungstaumel“ – erfüllte ihn.

Viele Steirer sahen Hanns Koren täglich durch Graz gehen, mit seinem Lodenwetterfleck, seinem breitkrempigen Hammerherrenhut und seiner plastronartigen Krawatte. Er war es, der Kulturpolitik nicht nur – wie sonst meist in Österreich – als Schulpolitik verstand, sondern deziert auch die Kulturkompetenzen eines österreichischen Bundeslandes wahrnahm und einen weiten Kulturbegriff vertrat, der sich nicht nur als „Ableger“ Wiens verstand, wie das ja noch zum guten Teil bei den Salzburger Festspielen der Fall



• Innovatives Plakat zur Landtagswahl 1981.



• Rudolf Kirchschräger und Josef Krainer jun.



• Hanns Koren wird Ehrenpräsident.
Von links: Klasnic, Koren und Krainer jun.



• Gegen die Krise der Verstaatlichten Industrie:
der Steirische Stahltag.



• Gemeinderatswahl 1985:
Josef Krainer jun. auf Tour.

war und ist. Freilich können die „Erfindungen“, wie Koren sie geschaffen hat, altern und verblasen durch Konkurrenz, wie etwa durch Linz mit seiner „Ars Electronica“.

Hanns Koren war einer der besten zeitgenössischen Redner und Essayisten, gerade in seinen letzten Lebensjahren, zuerst noch bis 1983 als Präsident des Steiermärkischen Landtages und dann als durch Alter und Krankheit gleichsam von kleinlichen Sorgen befreite Koryphäe. Er wurde in Gedanken und Stil immer reicher. Koren verkörperte durchaus in der Tradition Erzherzog Johanns auch so etwas wie eine „Umwegrentabilität“ für die ÖVP, die durch ihn ein niemals aus der Retorte der Politikberatung erzeugbares Signum der Aufgeschlossenheit, der Qualität und der Zukunftsfähigkeit erhielt. Schon vom Tode gezeichnet, übernahm er 1985 noch die leitende Funktion im Herausgeberkollegium der „Kleinen Zeitung“ in Graz und Klagenfurt, dem auch Alexander Appenroth und Wolfgang Mantl angehörten.

Noch ein Blick auf andere kulturelle Aspekte des Lebens in der Steiermark in unserem Beobachtungszeitraum: 1977 wurde erstmalig in Österreich ein Liberalismus-Seminar mit Kapazitäten wie Fritz Machlup und Gerald Stourzh in Graz veranstaltet, durchgeführt von Alfred Ableitinger, Wolfgang Mantl, Bernd Schilcher und Gerfried Sperl. Leider waren damals noch nicht die Rahmenbedingungen für eine große Tagungsdokumentation gegeben. Seit 1980 erscheint die Zeitschrift „politicum“, damals im Bildungszentrum der ÖVP Steiermark, dem „Josef-Krainer-Haus“.

Eine gemeinösterreichische Errungenschaft, die erste 1960 in Niederösterreich, dann in vielen Bundesländern, sind die Landesausstellungen. 1982 wurde in der Steiermark Erzherzog Johann eine Landesausstellung in Stainz gewidmet (unter der Leitung von Grete Klingenstein). Schon im Jahr darauf erfolgte die Peter Rosegger-Landesausstellung in Krieglach (für sie zeichnete Gerald Schöpfer verantwortlich). 1985 wurden die Vor-



• *Der wohl bedeutendste Kulturpolitiker der Steiermark, Hanns Koren, im Jahr 1985.*



• *Die erste Ausgabe der Politikzeitschrift politicum im Jahr 1980.*

aussetzungen für die „styriarte“ mit Nikolaus Harnoncourt grundgelegt.

Am 27. Dezember 1985 verstarb Hanns Koren in Graz und wurde am 31. Dezember in der Heimat seiner letzten Jahre, in St. Bartholomä in der Weststeiermark, beigesetzt, in einem von seinem Freund Franz Weiß gestalteten Sarg.

Hanns Koren war kein kaptativer Vater, der alles für sich in Anspruch nahm, er ließ viel Freiheit für alle an Kunst und Kultur Interessierten. Es seien nur als „Destinatäre“ der Korenschen Offenheit der Dichter Alfred Kolleritsch und der Maler Günter Waldorf genannt. Koren war immer auch ein „Lehrer“ der Steiermark. Er verwirklichte das seit Plutarch durch die europäische Geschichte schwebende Wort: „Menschen bilden, bedeutet nicht, ein Gefäß zu füllen, sondern ein Feuer zu entfachen.“

Die Jahre 1975 bis 1985 bilden, genau betrachtet, eine deutliche Transformation der Steiermark und der Steirischen Volkspartei.⁹

1 Es seien nur die wichtigsten wissenschaftlichen Studien zum Themenkomplex der Jahre 1975–1985 angeführt, die auch weiterführende Literatur enthalten: Alfred Ableitinger/Herwig Hösele/Wolfgang Mantl (Hg.): Die Landeshauptleute der Steiermark. Graz/Wien/Köln 2000. – Karl Amon/Maximilian Liebmann (Hg.): Kirchengeschichte der Steiermark. Graz/Wien/Köln 1993. – Herbert Dachs/Peter Gerlich/Wolfgang C. Müller (Hg.): Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik. Wien 1995. – Stefan Karner: Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Graz/Köln/Wien 2000, 393–504. – Grete Klingenstein (Hg.): Krise des Fortschritts. Wien/Köln/Graz 1984. – Wolfgang Mantl (Hg.): Die neue Architektur Europas. Reflexionen in einer bedrohten Welt. Wien/Köln/Graz 1991. – Ders. (Hg.): Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel. Wien/Köln/Graz 1992. – Ders.: Politikanalysen. Untersuchungen zur pluralistischen Demokratie. Wien/Köln/Graz 2007. – Ders. (Hg.): Lebenszeugnisse österreichischer Vizekanzler im soziopolitischen Kontext. Wien/Köln/Graz (in Endfertigung). – Joseph Marko: Autonomie und Integration: Rechtsinstitute des Nationalitätenrechts im funktionalen Vergleich. Wien/Köln/Graz 1995. – Anton Pelinka: Die Kleine Koalition in Österreich: SPÖ-FPÖ (1983–1986). Wien/Köln/Graz 1993. – Anton Pelinka/Fritz Plasser (Hg.): Das österreichische Parteiensystem. Wien/Köln/Graz 1988. – Manfred Prisching: Krisen. Eine soziologische Untersuchung. Wien/Köln/Graz 1986. – Gerald Stourzh: Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955, 5. A. Wien/Köln/Graz 2005.



• Die Reformveranstaltung „Steiermark – Zukunftsmark – Hoffungsmark“ im Jahr 1986.

- 2 Auf Anregung Josef Krainers wurde ein Grundlagenwerk zu Korruption, Kontrolle und Reform verfasst, das überhaupt das zweite Werk dieser Art auf der ganzen Welt war: Christian Brünner (Hg.): Korruption und Kontrolle. Wien/Köln/Graz 1981.
- 3 Vgl. Wilhelm Hennis: Rat und Beratung im modernen Staat (ursprünglich 1962), in: ders.: Politik als praktische Wissenschaft. Aufsätze zur politischen Theorie und Regierungslehre. München 1968, 65–80. – Christian Graf v. Krockow: Reform als politisches Prinzip. München 1976. – Klaus v. Beyme: Politische Kybernetik? Politik und wissenschaftliche Information der Politiker in modernen Industriegesellschaften, in: Journal für Sozialforschung, 24 (1984), 3–16.
- 4 Vgl. Klaus Poier: Minderheitenfreundliches Mehrheitswahlrecht. Rechts- und politikwissenschaftliche Überlegungen zu Fragen des Wahlrechts und der Wahlsystematik. Wien/Köln/Graz 2001.
- 5 Aus der reichhaltigen Diskussion sei nur aus jüngster Zeit angeführt: Peter Bußjäger/Alexander Balthasar/Niklas Sonntag (Hg.): Direkte Demokratie im Diskurs. Beiträge zur Reform der Demokratie in Österreich. Wien 2014. – Theo Öhlinger/Klaus Poier (Hg.): Direkte Demokratie und Parlamentarismus. Wie kommen wir zu den besten Entscheidungen? Wien/Köln/Graz 2015.
- 6 Die wichtigsten Überlegungen und Schritte wurden nach rechtsvergleichenden Recherchen dargestellt von Christian Brünner/Wolfgang Mantl/Dietmar Pauer/Reinhard Rack: Verfassungspolitik. Dokumentation Steiermark. Wien/Köln/Graz 1985.
- 7 Aus der reichen Literatur seien nur hervorgehoben: Herwig Hösele: Landesfürst & Landesmutter. Zwei Charaktere – ein Ziel. Wien/Graz/Klagenfurt 2007. – Hanns Koren (Hg.): Bilder und Texte zum Leben und Wirken des steirischen Landeshauptmannes Friedrich Niederl. Salzburg 1980. – Ernst Trost: Josef Krainer II. Der letzte Landesfürst. Wien 1996. – Kurt Wimmer: Der Brückenbauer. Hanns Koren und seine Zeit (1906–1985). Ein Porträt. Graz 2006.
- 8 Ich durfte seit den 60er Jahren immer wieder mit Hanns Koren (wie auch mit Josef Krainer jun.) zusammenarbeiten, dazu mein Aufsatz: Hanns Koren, in: Dachs/Gerlich/Müller (Hg.): Die Politiker (s. Anm. 1), 321–328.
- 9 Nicht zuletzt für die technische Beratung und Durchführung bin ich meinen sachkundigen Mitarbeiterinnen Ariane Filzmoser, Katharina Konschegg, Maria Mantl, Anna Mantl-Nömaier und Christa Pail zu großem Dank verpflichtet.



Steirische Volkspartei – der Name ist Programm: mit dem Volk für das Volk in der Steiermark und für die Steiermark! Diese Volksnähe zu verstärken, das sollte das Ziel für die nächsten Jahre sein. Dabei geht es nicht nur darum, auf Entwicklungen in der Wirtschaft, in der Kultur und in der Gesellschaft zu reagieren, sondern um das Finden einer Ordnung, mit der gewisse Probleme gar nicht auftauchen. Das Ringen um diese richtige Ordnung für und mit den Menschen, das ist es, was die Volkspartei prägen sollte.

BUNDESRATSPRÄSIDENT A.D. LABG. GREGOR HAMMERL, LANDESOBMANNS DES STEIRISCHEN SENIORENBUNDES UND EHRENTAMTLICHER PRÄSIDENT DES HILFSWERK STEIERMARK



Am besten war und ist die alte Dame „Steirische Volkspartei“ immer, wenn sie überraschen kann. Mit Offenheit, Diskursfähigkeit oder Begeisterungsfähigkeit.

Doch in den 70 Jahren ist sie auch manchmal nur müde gewesen. Müde der strategischen Winkelzüge oder wiederkehrender Rituale ohne Tiefgang.

Was wird uns in Zukunft zusammenhalten? Ich hoffe, die unbedingte Leidenschaft zur Politik als immer besser werdende Fähigkeit des Zusammenlebens in Frieden und Wohlstand.

Alles Gute!

MAG.^A KRISTINA EDLINGER-PLODER, LANDESRÄTIN A.D., VIZEREKTORIN FÜR PERSONAL UND GLEICHSTELLUNG DER MEDIZINISCHEN UNIVERSITÄT GRAZ



Ich erwarte mir eine mutige wettbewerbsfördernde und wachstumssteigernde Reformpolitik mit Leidenschaft zur Veränderung, um gegen Konjunkturstillstand und Arbeitslosigkeit vorzugehen. Damit Österreich in Zukunft sein Potenzial ausschöpfen kann, erhoffe ich mir einen noch stärkeren Fokus auf den schon heute wichtigsten „Rohstoff“ unserer Volkswirtschaft: Wissen; und damit mehr Mittel für Bildung, Unis, Forschung und Innovation.

GEORG KRASSER, MSC, IM BEREICH DER TRANSAKTIONS- UND RESTRUKTURIERUNGSBERATUNG IN FRANKFURT AM MAIN TÄTIG



Die Steiermark konnte sich in den letzten Jahrzehnten als innovative und hoch-produktive Unternehmerregion international behaupten. Um die geschaffenen Arbeitsplätze auch in Zukunft abzusichern, wünsche ich mir von der Politik ein klares Bekenntnis zur Förderung des Wirtschaftsstandortes Steiermark und des Exports sowie Schritte in Richtung Bürokratieabbau. Hand in Hand damit verbunden muss der Forschung & Entwicklung sowie den Universitäten und Schulen der absolute Finanzierungsvorrang eingeräumt werden. Hochqualifizierte Mitarbeiter gepaart mit kreativen Ideen sind derzeit die LETZTEN verbliebenen Faktoren, warum wir im internationalen Wettbewerb noch mitreden dürfen und der Hauptgrund für unseren Wohlstand.

MAG.^A CHRISTINA ULRICH, MITARBEITERIN DER
INTERNATIONALISIERUNGSCENTER STEIERMARK GMBH



Wir brauchen eine mutige Politik. Die Steirische Volkspartei verbindet erfolgreich Tradition mit Offenheit, Beständigkeit mit Weitsicht, Erfahrung mit Fortschritt. Wir müssen jungen Menschen zuhören und ihnen eine Chance geben. Denn die Aufgabe der Politik ist es, nachkommenden Generationen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen.

LUKAS SCHNITZER, LANDESOBMANNS DER JVP STEIERMARK



Um die wachsenden Herausforderungen unseres Gesundheits- und Sozialsystems erfolgreich zu bewältigen wird es notwendig sein, bestmögliche Rahmenbedingungen für eine exzellente Forschungslandschaft zu gewährleisten sowie nach innovativen Konzepten für ein Miteinander der Generationen zu suchen.

GERTI NEUBAUER, UNTERNEHMENSBERATERIN UND
INNOVATIONSMANAGERIN

1985–1995 Das verfrühte Jahrhundertende

MANFRED PRISCHING



• Josef Krainer jun. in der Wahlbewegung zur Landtagswahl 1986.



Mitte der 90er Jahre gab es so viele demokratische Staaten auf der Welt wie nie zuvor. Euphorische Erwartungen über globale Verbreitung demokratischer Staatsordnungen sollten sich in der Folge jedoch nicht erfüllen.

MANFRED PRISCHING

Wenn man im Jahr 1985, wie das zum Zeitvertreib gerne getan wird, nach den Vermutungen für die nähere Zukunft, das heißt nach dem nächsten Jahrzehnt, gefragt hätte, kann man über Antworten spekulieren, und was man sich vorstellen kann, mahnt zur Bescheidenheit – wohl kaum jemand hätte voraussagen können, welch dramatische Umwälzungen in diesem anstehenden Jahrzehnt zu erwarten gewesen wären.¹ Manchmal äußern sich unmerkliche tektonische Verschiebungen der politischen Landschaft eben in Eruptionen. Und das Leben muss man, Søren Kierkegaard zufolge, nach vorwärts leben, obwohl man es nur nach rückwärts wirklich versteht.² Denn in dem hier in Betracht stehenden Jahrzehnt sollte das „kurze 20. Jahrhundert“³, das 1914 (mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs) begonnen hat und 1990/91 (mit dem Zusammenbruch des bolschewistischen Imperiums und dem Ende des Kalten Krieges) beendet wurde, abgeschlossen werden. 1985 wurde Michael Gorbatschow Generalsekretär der KPdSU, jener Mann, der in den späteren Umwälzungen Gewaltanwendung unterbinden sollte – eine der größten (weitgehend) friedlichen Umwälzungen der Moderne.⁴ Man darf, bei aller „Sozialhistorie“, den persönlichen Faktor in der Geschichte nicht unterschätzen. Einmal mehr wurden in diesem Jahrzehnt aber auch die Grenzen technischer Machbarkeit sichtbar: Die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl ereignete sich am 26. April 1986, und in der Folge mussten auch in Österreich Maßnahmen zur Lebensmittelsicherheit gesetzt werden. In der räumlichen Nähe, im steirischen Kontext, lösten auch kleinere Ereignisse Aufregung aus.

So wurde 1985 etwa der „rostige Nagel“ im Grazer Stadtpark aufgestellt, der von Passanten mit großer Skepsis betrachtet wurde. Und im selben Jahr gab es den österreichischen Glykolwein-Skandal, der dadurch ausgelöst wurde, dass ein Winzer beachtliche Mengen von Frostschutzmittel steuerlich geltend machen wollte. Die Steiermark war nur marginal betroffen, konnte aber ein striktes Weingesetz beschließen und in der Folge zu einer Weltklasse-Weinkultur heranreifen. Im Februar 1986 gab es den stärksten Schneefall (des Jahrhunderts), die Narrenparade wurde abgesagt, die Grazer Innenstadt mit Langlauf-schiern erobert.

Abgesang der Verstaatlichten

Andere Ereignisse waren ernsthafter, und sie waren durchaus in weltweite Veränderungen eingebettet; vor allem die räumlich nahen Probleme der Verstaatlichten Industrie in der Obersteiermark bestimmten die Diskussion in der Mitte der 80er Jahre. Es war eine schwierige Phase für alle europäischen Industriegebiete, vom Ruhrgebiet bis nach Birmingham, eigentlich der Abgesang jener alten Welt, in der Kohle und Stahl die zentralen Industrieressourcen waren; aber das konnte verständlicherweise jene nicht trösten, die vor Ort mit einem Beinahe-Zusammenbruch der stolzen Betriebe und mit einem radikalen Arbeitsplätzeabbau konfrontiert waren. Als neben den fortdauernden Defiziten im November 1985 auch noch Spekulationsverluste der VOEST einbekannt werden mussten, wurde der Konzern zerschlagen, die Belegschaft verkleinert und der teure „Kampf um jeden Arbeitsplatz“ – auf Kos-



• Pressekonferenz zum Anti-Draken-Volksbegehren 1986. In der Mitte Candidus Cortolezis.



• Das „Anti-Draken-Mahnmal“ in Graz 1986.

ten der Steuerzahler – eingestellt. Es begann der mühsame Umbau der alten steirischen Industriegebiete zu neuen innovativen Zonen. In der Folge sollte sich insbesondere die Automobilindustrie mit ihren Zulieferern kräftig entwickeln.

In der steirischen Politik kam es Mitte der 80er Jahre unter Landeshauptmann und Parteiboss Josef Krainer zum Umbau der Regierungsmannschaft der Volkspartei.⁵ Franz Wegart schied nach einem knappen Vierteljahrhundert aus der Regierung aus und wurde Landtagspräsident, Franz Hasiba wurde Landesrat. Kurt Jungwirth, der sich zur starken „Kulturgestalt“ der Volkspartei entwickeln sollte, übernahm die Position des Landeshauptmannstellvertreters; in jenem Jahr, in dem der profilierte Kulturpolitiker Hanns Koren verstarb. Josef Riegler wurde für den Umweltschutz zuständig.

Drachenkämpfe

Es war ebenfalls in der Mitte der 80er Jahre, als die Steirische Volkspartei in einen sonderbaren Konflikt geriet, nämlich in die Auseinandersetzung mit der österreichischen Bundesregierung über die Saab-Draken-Abfangjäger. Angesichts der geringen Dotierung des Bundesheeres hatte man diese Flugzeuge von Schweden angekauft und wollte sie in den Fliegerhorsten Graz-Thalerhof und Zeltweg stationieren. Am 7. Februar 1985 wurde ein steirisches Personenkomitee gebildet, welches den Kampf gegen die Draken

aufnahm; lokale Bürgerinitiativen folgten. Auch die steirischen Sozialisten sprachen sich gegen die Stationierung aus, die FPÖ unterstützte hingegen die Entscheidung ihres Bundesministers Frischenschlager. Die Grünen waren, wie immer, für eine friedliche Welt und fanden den Ankauf der Flugzeuge deshalb überflüssig. Die steirischen Argumente gegen die neuen Geräte waren: die hohe Lärmbelästigung, die umweltschädigenden Emissionen und das Unfallrisiko. Die größten Demonstrationen fanden im Mai 1985 in Zeltweg statt. Das Anti-Draken-Volksbegehren, welches Anfang März 1986 zur Unterzeichnung auflag, wurde von der Volkspartei intensiv unterstützt, es erzielte 244.254 Stimmen (die meisten Stimmen aller Volksbegehren in der Steiermark). Aber alle diese Initiativen waren nicht erfolgreich, die entsprechenden Beschlüsse auf Bundesebene waren gefallen. Nach Friedhelm Frischenschlager und Helmut Krünes wurde der ÖVP-Politiker Robert Lichal Verteidigungsminister, der sich im Zuge der weiteren Konfrontation sogar mit einem Misstrauensantrag der steirischen VP-Nationalratsabgeordneten konfrontiert sah. Ein bisschen spekulierte oder drohte man in der Steiermark im Zuge der Ereignisse sogar mit einer „halben Abspaltung“ der Steirischen Volkspartei von der Bundespartei, nach dem Muster der bayerischen CSU. Doch die schwedischen Flugzeuge landeten am 6. Juni 1988 in Graz, und damit war die eher bizarre Episode abgeschlossen.

Superwahljahr 1986

In der Mitte der 80er Jahre schien sich die Volkspartei im Aufschwung zu befinden. Die anstehende Landtagswahl konnte man mit Selbstvertrauen in Angriff nehmen. Der ÖVP-Kandidat und ehemalige Generalsekretär der UNO, Kurt Waldheim, konnte zunächst die Präsidentschaftswahl für sich entscheiden, trotz der im heftigen Parteienkonflikt inszenierten aufgeregten Schlussphase, in der es um die lückenhafte Darstellung der Kriegsvergangenheit des Kandidaten ging. Im Kontext des Wahlkampfes war es ein Musterbeispiel für politisches Intrigantentum, wie es später bei Bundeskanzler Schüssel wiederum zum Tragen kommen sollte. Aber 1986 gilt aufgrund der ausgiebigen Diskussion um Schuld und Pflicht vielen als Wendepunkt in der Behandlung der nationalsozialistischen Ära in diesem Land.

Die SPÖ wechselte auf Bundesebene von Fred Sinowatz zu Franz Vranitzky als Bundeskanzler, die FPÖ nach turbulenten Szenen auf dem Innsbrucker Parteitag von Norbert Steger zu Jörg Haider als Parteiobmann – eine Weichenstellung, welche die einzelnen Landesorganisationen in der Folge noch beschäftigen sollte (und die für die

österreichischen Steuerzahler auf Jahrzehnte hinaus Folgen haben sollte). Für Vranitzky war die Fortsetzung der Koalition mit der FPÖ nicht machbar, man musste also in die nächsten Wahlen gehen. Die Steirische Volkspartei setzte wesentliche Initiativen: das Steiermärkische Volksrechtegesetz und ein Grenzlandsonderprogramm. Auf programmatischer Ebene wurde am 4. Juli Bilanz gelegt, einmal mehr unter dem Titel „Modell Steiermark“. Das Modell war durch andere Publikationen ergänzt worden, wie etwa das umweltpolitische „Weiß-grüne Manifest“, eine Broschüre über „Steirische Energiepolitik“, einen Bericht zur Lebenssituation der steirischen Frauen „Steiermark weiblich“ und eine Broschüre über die „Kulturarbeit in der Gemeinde“. Für den Landtag kandidierte zusätzlich zu den herkömmlichen Parteien eine Listengemeinschaft von Grün-Alternativen und Vereinten Grünen, die sich damals noch stärker auf Umweltthemen konzentrierte. In der Wahlwerbung der Volkspartei stand die Person Josef Krainers im Mittelpunkt. Der „junge Krainer“, wie er bis in höheres Alter genannt zu werden pflegte⁶, stand am Höhepunkt seiner Popularität, verstand sich und inszenierte sich als über den Parteien stehender Landesvater, war ein hochbegabter Kommunikator mit einem glän-



• VP-Strategierunde im Landtag 1985.

Von links: Schützenhöfer, Kröll, Schilcher, Krainer jun., Stoisser, Jungwirth, Maitz.



- ORF-Reporter Günther Ziesel interviewt LH Josef Krainer jun. zur Landtagswahl 1986.



- Das Team 1986. Von links: Riegler, Wegart, Klasnic, LH Krainer, Jungwirth, Heidinger, Hasiba, Schilcher.

zenden Personengedächtnis. Auf der Seite der SPÖ stand Hans Gross, ein seriöser und kooperativer, aber nicht sonderlich auffälliger Politiker. In der Endphase des Wahlkampfes erfolgte eine noch stärkere Zuspitzung auf die Person des Landeshauptmanns. Auf den Plakaten las man: „Wer Krainer will, muss ihn auch wählen.“ Das taten denn auch 393.650 Wählerinnen und Wähler, das waren 51,75 %. Offenbar hatte es die ÖVP verstanden, in der schwierigen Situation der industriellen Krise in der Obersteiermark auch SPÖ-Wählerinnen und -Wähler anzusprechen – die SPÖ erhielt weniger als 40 % der Stimmen. Die Freiheitlichen hatten zu dieser Zeit bei der Arbeiterschaft noch nicht punkten können, sie schafften mit knapper Not den Einzug in den Landtag; in den Folgejahren sollten sie mit einer populistischen Kombination von (linkem) Resentiment und (rechtem) Nationalismus gerade in der Arbeiterschaft steigende Erfolge erzielen. Auch die Grünen konnten in den Landtag einziehen, vor allem durch ihre Erfolge in Graz und anderen größeren Städten; sie hatten sich als Partei konsolidiert und den demokratischen Überschwang der Anfangsjahre abgebaut, ihr ökologisches Hauptthema reicherten sie durch gängige Umverteilungswünsche und Sozialversprechungen an. Aber ihr Problem war (und sollte es auch in Zukunft sein): Umwelt und Energie waren inzwischen auch in der „Mitte“ der Politik – als Thema aller Parteien – angekommen, zumindest in symbolischer Form.

Auf der Bundesebene lief es in weiterer Folge für die Volkspartei 1986 nicht so rund. Bei der

Nationalratswahl im November wurden erstmals die Freiheitlichen und die Grünen quantitativ wirksam. Mit dem Eintritt der ÖVP in eine Regierungskoalition mit der SPÖ im Jänner 1987 komplizierte sich die politische Lage, man konnte nunmehr in der Steiermark nicht mehr einfach als regionale Opposition gegen die Bundesregierung auftreten. 1989 gingen für die ÖVP auch die Landtagswahlen in Kärnten, Salzburg und Tirol verloren. Auch die Steirische Volkspartei trat nun für die Ablöse des Bundesparteib Mannes Alois Mock ein, der ehemalige steirische Landesrat (mittlerweile Landwirtschaftsminister) Josef Riegler wurde Bundesparteib Mann, doch konnte er bei der Nationalratswahl 1990 die weitere deutliche Schwächung der ÖVP nicht verhindern. Die FPÖ gewann rund zehn Prozent. Es blieb bei der Großen Koalition. In der Auseinandersetzung von Erhard Busek und Bernhard Görg um die Parteiführung ging 1991 der Erstere als Sieger hervor.



- Der Steirer Josef Riegler als ÖVP-Bundesparteib Mann im Jahr 1989.



• *Das Tandem an der Parteispitze: Josef Krainer jun. und Gerhard Hirschmann.*



• *Die traditionsreiche Tageszeitung „Südost Tagespost“ wird 1987 eingestellt.*

Konfrontation in der Steiermark

Die Steirische Volkspartei war die Landeshauptmannpartei, und in ihrem Selbstverständnis repräsentierte sie die ganze Steiermark – und darüber hinaus war ihr in dieser Phase die steirische Außenpolitik ein Anliegen, vor allem im Alpe Adria Raum, in Slowenien und Kroatien sowie in Südtirol. Kulturpolitik war, ungewöhnlich für eine konservative Partei, in diesem Land ohnehin immer eine Domäne der ÖVP – eine gewisse Verlegenheit für Künstlerinnen und Künstler, die überwiegend eine habituell linke Befindlichkeit für selbstverständlich halten, aber durchaus Förderungen gegenüber aufgeschlossen sind. Die traditionsreiche Tageszeitung „Südost Tagespost“ musste im März 1987 zusperrern, die Epoche der Parteizeitungen war vorüber; bloß ein kleiner Vorgesmack auf dramatischere Veränderungen der Medienlandschaft in der Spätmoderne.

Auf dem Landesparteitag im September 1989 wurde Gerhard Hirschmann auf Vorschlag Krainers zum geschäftsführenden Parteiohmann gewählt und im selben Jahr Klubobmann im Landtag. Sein Nachfolger als Landespartei sekretär wurde der Rechtsanwalt Candidus Cortolezis. Schon im Jahr zuvor hatte Waltraud Klasnic das Wirtschaftsressort übernommen. Ende 1989 wurde das dritte „Modell Steiermark“ präsentiert. In diesen Jahren vollzog sich der Aufstieg der Freiheitlichen Partei, bis in die Steiermark (wie auch in andere Bundesländer) wirkte die magische Gestalt von Jörg Haider, dessen unrühm-

liche Hinterlassenschaft erst nach seinem Unfalltod 2008 in vollem Umfang sichtbar wurde. Der neue FP-Landesparteiobmann Michael Schmid führte nach 1989 eine etwas härtere Sprache. Bei der SPÖ folgte auf Groß der stärker konfrontationslustige Peter Schachner-Blazizek. Das steirische Klima wurde „schärfer“.

Bewegte Zeiten

1986 löste Hans-Hermann Groer Kardinal Franz König als Wiener Erzbischof ab, 1995 musste er zurücktreten. 1987 wurde Kurt Krenn im Wiener Stephansdom zum Weihbischof geweiht, 1991 wurde er Bischof von St. Pölten, auch Krenn musste 2004 zurücktreten. Es waren unglückliche Jahre für die österreichische katholische Kirche. 1995 gab es ein Kirchenvolksbegehren. Auf der für die Steiermark erfreulichen Seite lässt sich der Amtsantritt des ehemaligen Grazer Hochschuleseelsorgers und Kärntner Bischofs Egon Kapellari 2001 nennen, der als Bischof der Diözese Graz-Seckau bis 2015 amtierte – und daneben zahlreiche Bücher veröffentlichte.

1988 setzte der Nationalrat einen Untersuchungsausschuss für den Fall Lucona ein. Udo Proksch, Besitzer der Wiener Nobelkonditorei Demel, ließ 1977 den Frachter Lucona im Indischen Ozean durch eine Sprengung versenken. Er täuschte vor, eine Uran-Aufbereitungsanlage geladen zu haben, um eine hohe Versicherungssumme zu erschleichen. Seine Freunde Außenminister Leopold Gratz und Innenminister Karl Blecha, die in die „Verzögerungen“ des



Innovation und Reform haben in der Steiermark Tradition und wachsen auch aus der Tradition. Innovation entsteht in der Steiermark vor allem auch durch die Kooperation von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft und ein offenes Klima der Diskussion, das Kreativität und Unbequemes fördert. Die Steirische Volkspartei ist seit 1945 der Motor der von Reformgeist beseelten Politik. Die Landeshauptleute Anton Pirchegger, Josef Krainer I und II, Friedrich Niederl und Waltraud Klasnic stehen dafür mit ihrer gesamtpolitischen Konzeption. Beispielhaft seien aber auch Hanns Koren mit seiner bahnbrechenden Kulturpolitik, Bernd Schilcher mit dem Modell Steiermark, Josef Riegler mit dem Zukunftskonzept der ökosozialen Marktwirtschaft und ganz besonders Hermann Schützenhöfer als Architekt und entscheidender Garant der österreichweit einzigartigen und vorbildhaften Reformpartnerschaft hervorgehoben, die durch ihn und sein Team zu einer Zukunftspartnerschaft für die Steiermark werden soll. Ziel und Herausforderung ist es: unser Bundesland als eine der innovativsten, kreativsten und lebenswertesten Regionen Europas, ein grünes Herz nicht nur Österreichs.

BUNDESRATSPRÄSIDENT A.D. PROF. HERWIG HÖSELE, GENERALSEKRETÄR DES ZUKUNFTSFONDS DER REPUBLIK ÖSTERREICH



Ich erwarte mir, dass die österreichischen Politiker die notwendigen Reformen tatsächlich angehen. Die Themen liegen auf der Hand. Dazu braucht es Persönlichkeiten, die weder an sich selbst noch an die eigene (oder andere) Partei(en) denken, sondern die Sache im Fokus haben. Ihre Aufgabe ist es, jetzt nachhaltige Strukturen für die Gegenwart und die Zukunft zu schaffen. Dafür trage ich zum BIP bei, zahle Steuern, erziehe künftige Pensionerhalter und bin Wählerin – ich will ernst genommen werden.

DR.^{IN} JUDITH GONZÁLEZ, MBA, LEITERIN DER PERSONALENTWICKLUNG DER REGIONALMEDIEN AUSTRIA AG



Grundsätzlich: Selbstbewusste, engagierte und kluge Politik ist Demokratie- und Gemeinwohl-entscheidend. Deshalb gebührt allen, die ihre Lebenszeit in hoher Verantwortung der Politik in unserem Land widmen, Dank und Respekt.

Inhaltlich: Das Solidarmodell von Gesundheit muss weiterhin eines der Kernthemen nachhaltiger Sachpolitik sein und bleiben.

MMAG. DR. CHRISTIAN LAGGER, MBA, GESCHÄFTSFÜHRER DER ELISABETHINEN KRANKENHAUS GMBH GRAZ



Als ich 1986 im Alter von 15 Jahren erstmals mit der Steirischen Volkspartei und einigen ihrer Vertreter in Berührung kam, befand sie sich in mehrerlei Hinsicht in den besten Jahren. Seither ist die Steirische Volkspartei einigen harten Prüfungen unterzogen worden. Eines gilt aber heute wie damals: Die Steirische Volkspartei steht für eine offene, liberale und moderne bürgerliche Politik, ruht auf soliden Grundsätzen und sieht eine gute Zukunft für die Steirerinnen und Steirer als ihre stete Herausforderung.

MAG. CHRISTOPHER DREXLER, LANDESRAT FÜR WISSENSCHAFT & FORSCHUNG, GESUNDHEIT UND PFLEGEMANAGEMENT DES LANDES STEIERMARK



Die Steirische Volkspartei war und ist nach wie vor für mich politische Heimat und die gestaltende politische Kraft der Steiermark. Der Blick zurück bringt auch gleichzeitig immer einen Blick nach vorne. Politik der Volkspartei hatte und hat immer zu tun mit den Herausforderungen der jeweiligen Zeit und den konkreten Bedürfnissen, Wünschen und Hoffnungen der Menschen, denen Orientierung und Hilfestellung gegeben werden soll. Wenn das gelingt, ist jede Politik auch nachhaltig und sinnvoll. Zum 70. Geburtstag wünsche ich alles Gute und in Zukunft noch mehr Mut zu Reformen und Veränderungsbereitschaft.

WALBURGA BEUTL, ZWEITE LANDTAGSPRÄSIDENTIN A.D.



Ich wünsche mir, dass die Politik Mut zur Ehrlichkeit entfaltet. Wählerinnen und Wähler verkraften die Wahrheit. Ich wünsche mir, dass Visionen entwickelt und umgesetzt werden. Damit könnte auch die Finanzierung des Staatswesens, Finanzausgleich und Steuersystem, eine echte Reform in Richtung einer Verbesserung für die Gemeinschaft erfahren.

UNIV.-PROF.^{IN} MAG.^A DR.^{IN} TINA EHRKE-RABEL, LEITERIN DES INSTITUTS FÜR FINANZRECHT DER KARL-FRANZENS-UNIVERSITÄT GRAZ



• Josef Krainer jun. und Hermann Schützenhöfer in angeregter Diskussion Ende der 1980er Jahre.



• Josef Krainer jun. präsentiert das „Modell Steiermark für die 90er Jahre“.

polizeilichen Untersuchungsprozesses verwickelt waren, mussten zurücktreten; beide wurde später rechtskräftig verurteilt, was in Österreich unter bestimmten Rahmenbedingungen keine weiteren Folgen zeitigt.

Obwohl sich der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow 1988 von der Breschnew-Doktrin distanziert und damit ermöglicht hatte, dass sich die Mitglieder des Warschauer Pakts ihre Staatsform selbst wählen können, und obwohl Außenminister Alois Mock und sein ungarischer Kollege

Gyula Horn schon im Juni 1989 massenmedienwirksam den Eisernen Vorhang durchschnitten hatten, hat den Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 wohl niemand vorausgesehen; und tatsächlich war es eine Verkettung skurriler Umstände (insbesondere die berühmte Pressekonferenz mit Günter Schabowski), die zur Öffnung der Ost-West-Grenzen geführt hat. Es folgte der langsame Zerfall des kommunistischen Imperiums. Slowenien proklamierte am 25. Juni 1991 seine Unabhängigkeit von Jugoslawien, und es folgte ein kurzer Krieg, der die jugoslawische Bundesarmee bis an die steirisch-slowenische Grenze führte (und kleinere Grenzverletzungen mit sich brachte). Das österreichische Bundesheer wurde an der Grenze in Stellung gebracht, als Vorsichtsmaßnahme, doch der Spuk war glücklicherweise schon Anfang Juli vorbei – und Jugoslawien, das beliebte Urlaubsland, war als staatliche Entität Geschichte. Weniger Erfolg hatte die Demokratiebewegung in China, am 4. Juni 1989 überrollten Panzer auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking demonstrierende Studenten. Im Jänner 1990 wurde in Moskau die erste McDonald's-Filiale eröffnet. In Südafrika wurde Nelson Mandela freigelassen: Ende der Apartheid; wenige Jahre später, im Mai 1994, wurde er Präsident von Südafrika. Im Oktober 1990 trat die Wiedervereinigung Deutschlands in Kraft.

Die Steirische Volkspartei hat diese Veränderungen mit wachem Bewusstsein verfolgt. 1989 hat Außenminister Alois Mock in Brüssel die Aufnahme in die EU⁷ beantragt; unter Bundeskanzler



• Umschlag des „Modell Steiermark für die 90er Jahre“.



- Landeshaupmann Josef Krainer jun.
im Wahlkampf zur Landtagswahl 1991.
- Plakat der ÖVP zur Landtagswahl 1991.

Franz Vranitzky war auch die SPÖ auf Europakurs umgeschwenkt – denn bis dahin hatte man sich vor dem „kapitalistischen Europa“ und vor dem „Ende der Neutralität“ gefürchtet.⁸ Im Dezember 1992 wurden von der EU Beitrittsverhandlungen mit den Ländern Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden beschlossen. Am 1. Jänner 1994 trat der Europäische Wirtschaftsraum in Kraft, unter Einschluss des Mitglieds Österreich. Im Jahr 1994 wurden in zügigen Beitrittsverhandlungen die Verhandlungen mit Brüssel abgeschlossen, am 12. Juni 1994 folgte die Volksabstimmung über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union: 81,3 % Wahlbeteiligung, 66,6 % Zustimmung. In der Steiermark gab es sogar eine Zustimmung von 80 %. Am 24. Juni wurde beim EU-Gipfel in Korfu der Beitrittsvertrag unterzeichnet, mit Jahresbeginn 1995 war Österreich Mitglied der EU.

Die heimische Szene

1989 war Jörg Haider in Kärnten Landeshauptmann geworden, 1991 wurde er – nach den Äußerungen über die „ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ – wieder abgewählt. 1999 bis zu seinem Tod 2008 war er wieder Landeshauptmann. Nun aber gab es in den frühen 90er Jahren wieder eine Landtagswahl in der Steiermark – der September 1991 brachte das Ende der absoluten Mehrheit der Volkspartei in Landesregierung und Landtag, insbesondere durch den Aufstieg der FPÖ. Die Verteilung der Positionen in der Landesregierung war nun 4:4:1. Kurt Jungwirth und Hermann Schaller verließen das Regierungsteam, neu folgte Erich Pörtl. Ab dem Frühjahr 1992 amtierte als Landesparteisekretär (später als Landesgeschäftsführer) Ludwig Kapfer, 1993 folgte ihm Reinhold Lopatka. Beim Landesparteitag im Oktober 1992 schilderte Josef Krainer das „freie Spiel der Kräfte“ in der steirischen Politik. 1993 folgte Hasiba Wegart als Landtagspräsident, Gerhard Hirschmann wurde Landesrat für Tourismus und Sport. Prozesse der Pluralisierung, Flexibilisierung und Individualisierung der Spätmoderne wirkten weiterhin auf das politische System ein, in jenen Formen, wie sie Politikwissenschaftler schon lange verzeichnet hatten: Auflösung der ideologischen

Lager, abnehmende Parteimitgliedschaft, zunehmende Wählerfluktuation, eventbasiertes Wahlverhalten.⁹ Bei der Nationalratswahl im Oktober 1994 verlor die Große Koalition die Zweidrittelmehrheit, Bundesparteiobmann Erhard Busek einigte sich mit der SPÖ jedoch wiederum auf eine Koalition. Auf dem Bundesparteitag im April 1995 wurde Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel zum neuen Bundesparteiobmann gewählt. Er erklärte, Bundeskanzler werden zu wollen – was damals als eine übertrieben ehrgeizige und unrealistische Äußerung gewertet wurde. In der Steiermark war die Zusammenarbeit zwischen ÖVP und SPÖ mittlerweile problematisch geworden. Die SPÖ blockierte alle wesentlichen Vorhaben, der Stillstand wurde aber weitgehend der Landeshauptmann-Partei zugerechnet. Die Landtagswahl wurde um ein Jahr vorverlegt und nach langer Zeit wieder gemeinsam mit der Nationalratswahl abgehalten. Das Resultat der steirischen Landtagswahl am 17. Dezember 1995 bedeutete zugleich das Ende der Krainerischen Epoche. Die ÖVP verblieb ganz knapp vor der SPÖ, mit einem Ergebnis von 36,25 % und 21 Mandaten. Josef Krainer erklärte noch am Wahlabend seinen Rücktritt. Der logische Nachfolger Gerhard Hirschmann wollte die Nachfolge Krainers nicht antreten, die bisherige Wirtschaftslandesrätin Waltraud Klasnic wurde im Jänner 1996 zum ersten weiblichen Landeshauptmann in Österreich gewählt.

Zur Jahrtausendwende

1992 wurde Thomas Klestil im zweiten Wahlgang mit knapp 57 % gegen Verkehrsminister Rudolf Streicher zum Bundespräsidenten gewählt. Im Februar wurde der Vertrag über die Europäische Union in Maastricht unterzeichnet – einschließlich der Verpflichtungen, dass die Mitgliedstaaten höchstens drei Prozent Budgetdefizit und weniger als 60 % Staatsverschuldung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, aufweisen sollten. In den ersten Jahren gab es tatsächlich Bemühungen, dieses Ziel einzuhalten.

Beinahe hätte man – nach dem Ende der Großmächte-Konfrontation – die friedliche Welt verkündet, doch im Nahen Osten brach Saddam Hussein den zweiten Golfkrieg vom Zaun. Auf

dem Balkan strebten die Nationalitäten nach Selbstständigkeit – und bekriegten einander. Im April 1992 begann die Belagerung von Sarajevo im Bosnienkrieg: Sie sollte 1.425 Tage dauern, die längste Belagerung im 20. Jahrhundert. Es war für die Europäer, die sich an die Unmöglichkeit eines Krieges auf diesem Kontinent gewöhnt hatten, ein Schock – der durch die in der Folge sichtbar werdenden Kriegsverbrechen noch gesteigert wurde. Dennoch kann man feststellen, dass es in der Mitte der 90er Jahre so viele demokratische und halbdemokratische Staaten auf der Welt gibt wie nie zuvor – eine Welle der Demokratisierung.¹⁰ Euphorische Erwartungen über globale Verbreitung demokratischer Staatsordnungen sollten sich in der Folge jedoch nicht erfüllen.

1995 war in vielerlei Hinsicht ein denkwürdiges Jahr der 50er-Jubiläen: jeweils 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, nach der Gründung der UNO, nach der Wiederbegründung der Zweiten Republik, nach der Gründung der Österreichischen und der Steirischen Volkspartei. Aber im Grunde wähten sich die Steirerinnen und Steirer sicher: Die Wirtschaft florierte, die Demokratie funktionierte, alles wurde immer besser. Es sollte noch einige Jahre dauern, bis ihnen eine große Wirtschaftskrise die Realität enthüllte. Freilich sollte auch sie die grundlegend zufriedene, wenn auch nörglerische Weltsicht der hiesigen Bewohnerinnen und Bewohner nicht verändern.



• Josef Krainer jun. tritt nach der Wahlniederlage am Wahlabend des 17. Dezember 1995 zurück.

- 1 Ich stütze mich bei der Übersicht über dieses Jahrzehnt insbesondere auf den inhaltsreichen Band von Alfred Ableitinger/Bernd Beutl (Hg.): 60 Jahre Steirische Volkspartei: Für die Steiermark Partei ergreifen! Graz 2005. Siehe aber auch Alfred Ableitinger/Dieter A. Binder: Steiermark: Die Überwindung der Peripherie. Wien 2002; Michael Gehler/Herbert Dachs/Ernst Hanisch/Robert Kriechbaum: Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945. Wien 1997; Stefan Karner: Die Steiermark im 20. Jahrhundert: Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Graz/Wien/u.a. 2000. Eine kleine Übersicht über die Jahrzehnte gibt Manfred Prisching: Gedankenreise durch ein halbes Jahrhundert, in: Alfred Ableitinger/Bernd Beutl (Hg.): 60 Jahre Steirische Volkspartei: Für die Steiermark Partei ergreifen! Graz 2005, 324–335.
- 2 Søren Kierkegaard: Die Tagebücher. Brenner-Verlag 1923, 203.
- 3 Eric J. Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München/Wien 1995.
- 4 György Dalos: Gorbatschow: Mensch und Macht. Eine Biografie. München 2011.
- 5 Alfred Ableitinger/Herwig Hösele/Wolfgang Mantl (Hg.): Die Landeshauptleute der Steiermark. Graz/Wien/u.a. 2000.
- 6 Die Wikipedia-Beiträge unterscheiden nach wie vor zwischen Josef Krainer senior und Josef Krainer junior.
- 7 Werner Weidenfeld: Die Europäische Union, 3. Aufl. München 2013.
- 8 Franz Heschl: Drinnen oder draußen? Die öffentliche österreichische EU-Beitrittsdebatte vor der Volksabstimmung 1994. Wien 2002.
- 9 Fritz Plasser/Peter A. Ulram: Unbehagen im Parteienstaat. Wien/Köln/Graz 1982.
- 10 Samuel P. Huntington: The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century. Norman Okla./u.a. 1993.



Eine wählbare Politik sollte Freiheit und Toleranz sowie innere Werte vertreten. Die Steirische Volkspartei erfüllt diese Forderung im christlich-sozialen Sinne, wobei Selbsthilfe an erster Stelle steht und erst danach Unterstützung gefördert wird. Die nächsten Jahre und Jahrzehnte werden vor allem im Sozial- und Gesundheitsbereich besonders herausfordernd sein und politisch einen Prüfstein für die handelnden Personen darstellen. Sicherheit bei Krankheit und im Alter, Bekämpfung der Armut, aber auch Forschung und Innovation sind quasi ein Synonym für die ÖVP.

UNIV.-PROF. DR. KARLHEINZ TSCHELIESSNIGG, VORSTANDSVORSITZENDER DER STEIERMÄRKISCHEN KRANKENANSTALTENGESellschaft M.B.H



Energie bedeutet Bewegung, Wärme, Licht, Elektrizität und im weiteren Sinne Kraft. Oft hört man, wenn Menschen über andere reden, dass es sich um einen energischen Menschen handelt, um einen kraftvollen und durchsetzungsfähigen Menschen. Die Energie in Form von Strom ist heute unentbehrlich und unvorstellbar. Ohne Energie kein warmes Wasser, keine warmen Speisen, kein Licht und darüber hinaus keine Kommunikation via Smartphone, Computer, keine Social Media, aber auch kein Fernsehen und Radio. Mir ist es wichtig, dass eine nachhaltige Energiepolitik betrieben wird, damit auch unsere nachkommenden Generationen den Genuss eines energiereichen Lebens leben können.

KLARA PRETTENTHALER, SCHÜLERIN DES GYMNASIUMS DER URSULINEN GRAZ



Politik muss die Würde des Menschen und die verschiedenen Dimensionen seiner Person schützen und fördern – und das nicht nur bei Schönwetter. In den kommenden Jahrzehnten geht es dabei auch im globalen Kontext besonders um den Einsatz für Menschen in Not, für eine umfassende Bildung, für ein Miteinander der Generationen, für Rechts- und Chancengleichheit, für ein gelingendes Familien- und Berufsleben sowie für den Schutz der Natur.

MAG. PETER ROSEGGGER, DIÖZESANER REFERENT FÜR WISSENSCHAFT, INTERNATIONALES UND KULTUR DER DIÖZESE GRAZ-SECKAU



In den kommenden Jahren wird die Politik mit Herausforderungen konfrontiert werden, die man nur mit gemeinsamen Anstrengungen, Mut und gestalterischem Willen bewältigen kann: Vereinbarkeit von Familie und Karriere, Ausbau der Kinderbetreuung, soziale Gerechtigkeit, gesicherte Pensionen, Stadtentwicklungskonzepte, leistbares Wohnen sind die großen Themen, auch eine Verwaltungsreform ist überfällig. Vieles wurde von der Steirischen Volkspartei bereits in Gang gebracht und umgesetzt, jetzt wäre es begrüßenswert, wenn auch die Bundesregierung diesen Mut aufbringen könnte!

GEMEINDERÄTIN DANIELA GMEINBAUER, CLUBBOFRAU DES GEMEINDERATSKLUBS DER ÖVP GRAZ



70 Jahre Steirische Volkspartei haben die Steiermark nachhaltig zum Guten verändert; haben mit dem herzlichen Willkommen unserer Nachbarn Slowenien, Ungarn und Kroatien unser Land vom Südostrand der EU in die Mitte Europas gerückt; haben frei nach Hanns Koren aus der Steiermark ein Kulturland der Tiefe, in dem Tradition und Moderne gleichermaßen verwurzelt sind, gemacht; haben unser Land mit seinem F&E-Schwerpunkt und seiner Cluster-Politik zu einer der wettbewerbsfähigsten Regionen Europas gemacht.

DR. MARTIN BARTENSTEIN, BUNDESMINISTER A.D., GESCHÄFTSFÜHRER DER G.L. PHARMA GMBH



Die heutigen schnelllebigen Verhältnisse unseres Lebens erfordern rasch und überlegt handelnde Akteure, welche nachhaltige Entscheidungen treffen. Dabei sollte aber auch auf jene Bevölkerungsgruppen Rücksicht genommen werden, welche nicht immer im Zentrum der Entscheidungsfindung Platz finden.

KATHARINA HOLZMANN, WISSENSCHAFTLICHE PROJEKTMITARBEITERIN AM INSTITUT FÜR ÖFFENTLICHES RECHT UND POLITIKWISSENSCHAFT DER KARL-FRANZENS-UNIVERSITÄT GRAZ

1995–2005 Die „Wende“jahre

ANITA ZIEGERHOFER



- *Amtsübergabe am 23. Jänner 1996 im Steiermärkischen Landtag. Josef Krainer jun. gratuliert Waltraud Klasnic, die als erste Frau zum Landeshauptmann eines Bundeslandes gewählt wird.*



Die steirische Wirtschaft profitierte vom EU-Beitritt. Sie rückte von der wirtschaftsgeografischen Rand- in eine Zentrallage.

ANITA ZIEGERHOFER

Das Jahr 1995 markiert mehrere Wendepunkte in der Geschichte der Steiermark: Erstmals wird eine Frau, Waltraud Klasnic, „Erster Mann“ im Land. Die Steiermark verwandelte sich durch den am 1. Jänner 1995 vollzogenen Beitritt zur EU und vor allem aufgrund der Erweiterung der EU im Jahr 2004 von einem Land an der Grenze zu einem Land in der Mitte Europas.¹ In dieses Dezennium von 1995 bis 2005 – die Beiträge dieses Bandes gehen ja von einem „Fünfer Jahr“ zum nächsten „Fünfer Jahr“ – fällt der Übergang von einem Jahrtausend in das nächste. Dieses Dezennium prägte eine Frau, die ihrerseits auch auf (persönliche) „Fünfer Jahre“ zurückblicken kann: Fünf Monate nach der Gründung der Steirischen Volkspartei im Jahr 1945 erblickte Waltraud Klasnic das Licht der Welt und im „Wendejahr“ 1995 feierte sie ihren 50. Geburtstag! Die persönlichen „Fünfer Jahre“ der Waltraud Klasnic sollten sich mit den parteipolitischen „Fünfer Jahren“ verbinden:

Mit der – im vorherigen Kapitel schon angesprochenen – Wahlniederlage der ÖVP 1991 begann auch allmählich das Image des amtierenden Landeshauptmannes Josef Krainer als Landesfürst zu schwinden: Er vermittelte den Eindruck, angeschlagen und auch persönlich und gesundheitlich nicht mehr der Alte zu sein.² Die Zeit der absoluten Alleinregierung schien sich dem Ende zuzuneigen, dies zeigte sich auch in der Person seines Herausforderers Peter Schachner-Blazizek, der sich immer mehr an Krainer zu reiben begann und schließlich den Anspruch erhob, Erster im Land werden zu wollen. Auf Bundesebene rumorte es so heftig, sodass die im November 1994 angelobte Regierung Franz

Vranitzky (IV)/Erhard Busek (bis Mai 1995) bzw. Wolfgang Schüssel bereits ein Jahr später zerbrach, weswegen am 17. Dezember 1995 Neuwahlen ausgeschrieben werden mussten. Josef Krainer wich in diesem Zusammenhang von dem seit 40 Jahren praktizierten Kurs ab, Nationalrats- und Landtagswahlen nicht zusammenzulegen, und setzte damit bewusst alles auf eine Karte. Das Wahlergebnis war mehr als eine herbe Niederlage: 120.000 Wählerinnen und Wähler waren der ÖVP abhanden gekommen, von der absoluten Mehrheit bei der Wahl 1986 blieben nur noch 36 % Stimmen übrig und – der Abstand zur SPÖ betrug lediglich 2.400 Stimmen! Die Ära Krainer war damit zu Ende gegangen, die Vormacht der ÖVP, die sie seit 1945 im Lande besaß, gebrochen. Peter Schachner-Blazizek triumphierte, obwohl er das zweitschlechteste Wahlergebnis der steirischen SPÖ einfuhr, Josef Krainer war geschlagen. Als wahre Gewinner, vor allem auf Kosten der ÖVP, galten die FPÖ (17 % und 10 Sitze), die Grünen (4,2 % und 2 Sitze) und das Liberale Forum (LIF) (4 % und 2 Sitze). ÖVP und SPÖ verfügten über je 21 Stimmen im Landtag³, in dem statt drei Parteien nun fünf Parteien saßen. Bereits am Wahlabend schien der Nachfolger von Josef Krainer festzustehen: Gerhard Hirschmann, Krainers politischer Ziehsohn! Allerdings winkte dieser einen Tag später ab. Eine andere Lösung musste gefunden werden und noch am selben Tag erfolgte die Präsentation der Nachfolge des „Landesfürsten“: Waltraud Klasnic, ab 1993 Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter und seit 1988 Wirtschaftslandesrätin. Klasnic galt in diesen vorher genannten Funktionen bereits als Pionierin, was auch für



• Angelobung von Waltraud Klasnic als Landeshauptmann der Steiermark bei Bundespräsident Klestil, Jänner 1996. Im Bild auch die Familie, Franz Vranitzky und Wolfgang Schüssel.



• Klasnic war Mentorin der Aktion „Zukunftschance Qualifikation“.



• Broschüre „Zukunft Reform!politik“ der Volkspartei.

ihre frühere Funktion als Dritte Landtagspräsidentin (1983–1988) Gültigkeit hatte. Jetzt sollte sie der erste weibliche Landeshauptmann eines österreichischen Bundeslandes werden. Klasnics Wahl kam unerwartet, unangekündigt, zumindest für die meisten überraschend und in einer dramatischen Situation.⁴ Krainer und Hirschmann einigten sich auf Klasnic. Krainer begründete seine Wahl folgendermaßen: „Ich hab’ es mit guter Überzeugung vertreten, habe gesagt, sie wird unser Jolly Joker in dem Spiel – sie liegt von den Sympathiewerten her gut.“⁵ Waltraud Klasnic reagierte darauf mit folgender Aussage: „Ich war nicht Krainers Kandidat, ich bin passiert.“⁶ Bernd Schilcher denkt jedoch nicht an den Zufall „Klasnic ist passiert“, sondern ist davon überzeugt, dass alles bereits stumm vorbereitet, die Grundlagen dafür schon früher gelegt worden waren.⁷ Der Vorschlag „Klasnic“ fand sofort in allen Gremien Zustimmung und am 23. Jänner 1996 wählte der Landtag Waltraud Klasnic zum Landeshauptmann.⁸ Peter Schachner-Blazizek stellte seinen Führungsanspruch zugunsten bundes-

politischer Interessen zurück – er hätte die Zustimmung der FPÖ benötigt, eine Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen entsprach aber nicht dem strikten Ausgrenzungskurs der Bundes-SPÖ unter dem damaligen Bundeskanzler Franz Vranitzky.⁹ Die Wahl von Waltraud Klasnic erfolgte mit den Stimmen der FPÖ und des Liberalen Forums.¹⁰

Mit Waltraud Klasnic zog ein neuer Politikstil in die Amtsräume der Burg ein, was sich zunächst jedoch nicht in der Amtsbezeichnung niederschlagen sollte. Hinsichtlich der Frage, ob sie Landeshauptmann oder Landeshauptfrau genannt werden wolle, entschied Klasnic, Frau Landeshauptmann genannt werden zu wollen. Sie bezog sich dabei auf die in Art. 7 (3) B-VG genannte Kann-Bestimmung hinsichtlich der Verwendung der weiblichen Form einer Amtsbezeichnung. Ihre Entscheidung führte etwa zur skurrilen Situation, dass sich der damalige Landesamtsdirektor Gerold Ortner bei der Wiener Staatsdruckerei beschwerte, weil im Amtskalender nicht Landeshauptmann, sondern Landes-



• Kundgebung der Volkspartei am Grazer Hauptplatz vor der Landtagswahl 2000.



• Das Team der Volkspartei. Von links: Lopatka, Hirschmann, Klasnic, Schützenhöfer, Pörtl, Paierl.

hauptfrau Klasnic stand.¹¹ Der erste weibliche Landeshauptmann in Österreich drückte der Landespolitik einen neuen Stempel auf. Waltraud Klasnic erwies sich nicht nur als Symbol für Gefühle, sondern sie stand auch für Zukunftsorientierung, und: Waltraud Klasnic bewies politisches Talent. Hinsichtlich der Zuschreibung, „politisch zu sein“, äußerte sich Waltraud Klasnic einmal dahingehend: „Man sagt mir nach, ich bin eine nicht politische Frau, dann sagt man wieder, ich bin so politisch (...), eine dritte Gruppe sagt, ich bin machtpolitisch, die vierte sagt, ich bin politisch noch nie in Erscheinung getreten.“¹² Nach der ersten Regierungsperiode schrieb bereits Hans Rauscher über das Regieren von Klasnic von einem „neuen Stil – die Kunst der Integration (...). Sie tritt nicht auf – sie ist plötzlich da! Mitten unter den Leuten (...) und verströmt echte Herzlichkeit“¹³. Klasnic schien immer und überall ständig präsent gewesen zu sein, was Vizelandeshauptmann Peter Schachner-Blazizek angeblich zu dem Bonmot veranlasst haben soll: „Überall, wo ich hinkomme, war sie schon da.“¹⁴ Sie ging

an die Politik erstmals anders heran, direkter, menschenbezogener als der herkömmliche Politikertyp.¹⁵

Die gegenwärtige „Reformpartnerschaft“ zwischen SPÖ und ÖVP fand bereits unter Waltraud Klasnic ihren Anfang, damals hingegen bezeichnete man die Regierungsarbeit zwischen Klasnic und Schachner-Blazizek als „Kuschelkurs“. Dieser „Kuschelkurs“ fand allerdings im Jahr 2000 sein jähes Ende; Grund waren Unstimmigkeiten in der Frage der Finanzierung des Umbaus des Formel 1-Ringes in Spielberg: Die SPÖ trug dieses Prestigeobjekt nicht mit.¹⁶ In seiner Analyse der Regierung Klasnic I bezeichnete Martin Moll diese ersten fünf Jahre als „beunruhigende, ja alarmierende Vorzeichen für Klasnic“ im Zusammenhang mit den zunehmenden Wahlerfolgen der FPÖ; bei der Nationalratswahl 1999 verwies die FPÖ die ÖVP nicht nur bundesweit, sondern sogar in der Steiermark auf den dritten Platz!¹⁷ Dieser Wahlerfolg der FPÖ zeitigte bekanntlich auch internationale Auswirkungen: Im Februar 2000 ging Wolfgang Schüssel mit der FPÖ eine



• Klasnic, Lopatka und Schüssel nach der Wahlveranstaltung zur Nationalratswahl 2002 in der Grazer Stadthalle.



• Die Grazer Gemeinderatswahl 2003 hat einen strahlenden Sieger: Siegfried Nagl wird Bürgermeister von Graz.

Koalitionsregierung ein, die ebenso durch die Steirische Volkspartei Unterstützung fand. Allerdings bescherte die Regierungsbeteiligung der FPÖ Österreich die sogenannten „Sanktionen der EU-14“ und führte damit das Land in eine außenpolitische Isolation.¹⁸

Das ebenso medienwirksame wie unbürokratische und menschliche Handeln von Waltraud Klasnic anlässlich des Grubenunglücks in Las-sing am 17. Juli 1998, bei dem zehn Männer ihr Leben verloren, kann als Erklärung für den triumphalen Wahlerfolg von Waltraud Klasnic am 15. Oktober 2000 herangezogen werden. Ihre Haltung bei diesem Unglück zementierte Klas-nics bisher schon angedeutete Rolle als Landes-mutter – „Ein Land weint! Der Herrgott hat ent-schieden.“¹⁹ Ihre Gefühle waren nicht nur authen-tisch und ehrlich, sie traf damit die Stimmung im Land. Auf diese „mütterlichen, fürsorglichen“

Charakterzüge der „Landesmutter“ setzte man im Wahlkampf: „Mit Herz und Verstand für unser Vaterland“ lautete das Wahlmotto, womit Klasnic wiederholt die Gefühle und Stimmungen der Steirerinnen und Steirer erreichte.²⁰ Klasnic konnte elf Prozent Stimmengewinn verzeichnen, das war ein Novum in der politischen Geschichte der österreichischen Nachkriegszeit. Die ÖVP verfügte nun über 47 % der Stimmen, hatte somit fast die Mandats-Mehrheit im Land (sie benötigte lediglich 309 Stimmen für die absolute Mehrheit²¹), die tatsächliche in der Landesregie-rung.²² Diese Wahl kann durchaus als Wende bezeichnet werden: Die SPÖ erlitt eine empfind-liche Wahlniederlage, das schlechteste Ergebnis überhaupt, nur mehr 32,2 % stimmten für sie. Der Abstand zwischen ÖVP und SPÖ betrug 15 % der Stimmen! Die FPÖ schrumpfte um 5 % auf 12,4 % und verdankte allein der Wahlarith-



• Klasnic überreicht Elfriede Jelinek den „manuskripte“-Literaturpreis 2000.



• Waltraud Klasnic im Kreis von Kindern. „Die Menschen mögen sie einfach!“

metik ihren Sitz in der Landesregierung. Die Grünen legten leicht zu, das Liberale Forum schied aus dem Landtag aus. Der Wahlerfolg und die Wende wirkten auch auf Gemeindeebene: Bei der Grazer Gemeinderatswahl gewann Siegfried Nagl 13 % Stimmen und stellt fortan den Bürgermeister von Graz, die FPÖ verlor zwei Drittel der Wählerschaft und es geschah eine einmalige Sensation in der österreichischen Nachkriegsgeschichte: Der Kommunist Ernest Kaltenegger konnte 20 % Stimmen für die KPÖ gewinnen und zog in den Grazer Gemeinderat ein.²³

Die erste Regierungszeit von Waltraud Klasnic kann durchaus als Zeit beschrieben werden, in der die neuen Leitlinien der Politik festgelegt wurden. Klasnic sprach 1999 von dem „Revoluzzer-Image des ‚wilden Bergvolks‘ hinter dem Semmering und seiner politischen Führung“²⁴ und meinte damit in erster Linie die provokanten Ideen des Querdenkers Gerhard Hirschmann. Dieser forderte etwa, die neun Bundesländer aufzulösen, billiger und zeitgemäßer wäre die Einteilung Österreichs in drei Verwaltungseinheiten: Ost-, West- und Südösterreich. Derartige Gedankenfreiheit widerspiegelt auch das im Jänner 2000 von Christopher Drexler und Gerhard Hirschmann verfasste „Modell Steiermark“ mit folgenden Forderungen: eine Verfassungsreform auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene, Abschaffung des Zwangsproporz in der Landesregierung, Änderung des Wahlrechts in ein „minderheitenfreundliches Mehrheitswahlrecht“ oder Direktwahl des Landeshauptmannes bzw. auch der Bürgermeister.²⁵ Anders verhielt es sich in der

zweiten Regierungszeit. Aufgrund des Wahlergebnisses gelangten die Schlüsselressorts im Land in die Hände der ÖVP, was sich in der zweiten Regierungshälfte fatal auswirken sollte. Die längere Suche nach einem Nachfolger für Peter Schachner-Blazizek war im März 2002 beendet: Franz Voves trat an seine Stelle und führte zunächst den von Schachner-Blazizek vorgegebenen Kurs weiter. Auch nahm er Klasnics Angebot der Zusammenarbeit an. Allerdings unterschied er sich von Schachner-Blazizek dahingehend, dass er nun auf Dynamik, Jugendlichkeit und Sportlichkeit zu setzen begann. Voves baute allmählich das Bild eines modernen auf power ausgerichteten Politikers auf. Mit dem traditionellen steirischen Bild, wie es die ÖVP propagierte, hatte sein Image nichts zu tun. Franz Voves sollte sich alsbald von der Zusammenarbeit mit Klasnic verabschieden und sich zu einem politischen Gegner entwickeln, der die folgenden Ereignisse ab der Hälfte der Regierung Klasnic II für sich nutzen konnte. So erfolgreich und fulminant sich die erste Regierungsperiode von Klasnic gestaltet hatte, so sehr war die Landesregierung Klasnic II von Skandalen geprägt. Das Jahr 2003 sollte eine weitere Wende bedeuten, die sich auch in einer personellen Veränderung der Landesregierung niederschlug: Kristina Edlinger-Ploder folgte dem einstigen Ziehsohn und Kronprinzen Gerhard Hirschmann nach, Johann Seitingner ersetzte Erich Pörtl und 2004 Gerald Schöpfer Herbert Paierl. Das Jahr 2003 kann auch deshalb als Wende bezeichnet werden, weil es den Niedergang der „Marke Klasnic“ einleitete:



• Umbau der Parteispitze 2003/2004. Von links: sitzend: Edlinger-Ploder, Schöpfer, Seitingner, Schützenhöfer; stehend: Purr, Klasnic, Schnider, Drexler.



Das Bildungssystem in Österreich ist zunehmend mit der Herausforderung konfrontiert, der sprachlichen und kulturellen Diversität sowie den raschen Veränderungen in diesen Diversitätsfeldern gerecht zu werden. Eine gut ausgebildete Jugend trägt auch wesentlich zum Erhalt von Wohlstand und sozialem Frieden in einem Land bei. Die Steirische Volkspartei und ihre Verantwortungsträger waren auf Landesebene und auf Bundesebene immer bestrebt, den Kindern und Jugendlichen in diesem Land die bestmögliche Bildung zu bieten. Dass dieser Weg fortgesetzt wird, ist mir ein großes Anliegen.

MAG.^A DR.^{IN} REGINA WEITLANER, VIZEREKTORIN FÜR AUSBILDUNG DER PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULE STEIERMARK



Die Welt ist mobiler, schneller und digitaler geworden. Langfristiger und nachhaltiger Erfolg misst sich an der internationalen Leistungsspitze und an der Wandlungsfähigkeit sowie Resilienz tradierter Systeme statt an deren innerer Optimierung.

Die Leistungen von Familien mit Kindern bilden das Fundament unseres Wohlstandes. Die Sicherung wettbewerbsfähiger Bildung und die Fokussierung auf die individuelle Leistungs- und Steuergerechtigkeit sind Speerspitzen zukünftiger politischer Gestaltung der Gesellschaft.

MMAG. DR. MICHAEL HARNISCH, INTERNATIONALER STRATEGIEBERATER UND IMMOBILIENUNTERNEHMER



Politische Entscheidungsträger im Jahr 2015 müssen das Erbe des 20. Jahrhunderts als Verantwortung für die Zukunft sehen. Die Verminderung wirtschaftlich-sozialer Ungleichheit und Globalisierungsprozesse, die Menschen, Kulturen und Umwelt wertschätzen, können Friedensarbeit und Friedenssicherung ermöglichen.

DR.^{IN} VERONIKA KRYSL, MA, WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN AM ÖSTERREICHISCHEN VERFASSUNGSGERICHTSHOF



Es ist seit jeher das Wesen der Steirischen Volkspartei, Wohlstand für alle zu schaffen. Die Erfolgsgeschichte des Landes ist eng mit der der Volkspartei verknüpft. Die Volkspartei hat früh erkannt, dass der Niedergang der Verstaatlichten Industrie Chancen für die Entwicklung zu einem modernen Innovationsstandort bietet. Es ist die Wirtschaft, die Arbeitsplätze und Wohlstand schafft. Deshalb wird sich die Steirische Volkspartei weiter für den Ausbau der internationalen Handelsbeziehungen einsetzen.

DR. CHRISTIAN BUCHMANN, LANDESRAT FÜR WIRTSCHAFT, EUROPA UND KULTUR DES LANDES STEIERMARK



Menschen mit Betreuungsbedarf sind darauf angewiesen, dass die Politik die nötigen Rahmenbedingungen schafft. Dazu zählt insbesondere der Einsatz von ausgebildeten Fachkräften etwa aus den Sozialbetreuungsberufen. Es ist uns allen zu wünschen, dass die Politik dafür Sorge trägt, dass es in der Betreuungslandschaft auch in Zukunft ausreichend Fachkräfte geben wird.

MMAG.^A BIRGIT POIER, SCHULLEITERIN AM AUSBILDUNGSZENTRUM FÜR SOZIALBERUFE DER CARITAS IN GRAZ



Bewährtes bewahren und weiterentwickeln und das Neue suchen, aber auch ökosoziale Marktwirtschaft und kulturelle Offenheit sind meine Assoziationen mit der Steirischen Volkspartei. Für mich als Student und bis heute war und ist Hanns Koren, der mit Wetterfleck und Steirerhut Weltoffenheit, Innovation, kulturelle Vielfalt und Wissenschaftlichkeit symbolisiert, eine Persönlichkeit, die auch für die zukünftige Verbindung zwischen ländlichem Raum, Urbanität und globalem Denken steht.

UNIV.-PROF. DIPL.-ING. DR. KARL P. PFEIFFER, REKTOR UND WISSENSCHAFTLICHER GESCHÄFTSFÜHRER DER FACHHOCHSCHULE JOANNEUM



- *Der Autocluster als steirisches Erfolgsmodell. Waltraud Klasnic mit Martin Bartenstein, einer Vertreterin von Chrysler und Siegfried Wolf (Magna).*



- *Bischof Egon Kapellari, EU-Kommissar Franz Fischler und Waltraud Klasnic feiern die EU-Erweiterung am 1. Mai 2004 an der Grenze.*

Auf eigenen Wunsch schied Gerhard Hirschmann aus der Landesregierung aus. Er wechselte in den Vorstand des steirischen Energiekonzerns ESTAG, wo es alsbald mit den anderen Vorstandsmitgliedern zu schweren Auseinandersetzungen in Bezug auf die bisherige Unternehmensführung kam. Als Eigentümerversorger der ESTAG fungierte Wirtschaftslandesrat Herbert Paiarl, der die Suspendierung der gesamten Unternehmensleitung veranlasste. Die Auseinandersetzung zwischen Hirschmann und Paiarl eskalierte, der Landesrat musste zurücktreten. Waltraud Klasnic verlor mit dem Rücktritt der beiden Politiker auch die für sie strategisch wichtigen Köpfe. In weiterer Folge schädigten der „Herberstein-Skandal“, der nicht der Regierungszeit von Klasnic zur Last gelegt werden kann, sowie das vorläufig gescheiterte Formel 1-Projekt in Zeltweg das Image Klasnics als „Landesmutter“. Sie wurde immer mehr von der handelnden Person zum Spielball von „Altlasten“, aber auch Spielball der Intrigen jener Männer, die sie förderte. So verwundert es nicht, dass ihr die Wählerschaft bei der Wahl am 2. Oktober 2005 nicht mehr das absolute Vertrauen schenkte. Bereits im März 2005 war für die gesamten heimischen Medien klar, dass die Herbstwahl für die ÖVP schlecht ausfallen würde.²⁶ Darüber hinaus bilanzierten die heimischen politischen Akteure, dass dieser Landtagswahlkampf „der mit Abstand schmutzigste, aggressivste und Ressourcen zehrendste gewesen sei“, aufbauend auf Affären, Pannen und handfesten Skandalen, die diesem vorausgingen.²⁷ Dass die Wahl für die ÖVP jedoch derart desaströs ausfallen würde, damit hatte wohl

niemand gerechnet: Die SPÖ gewann 9,35 % und hatte nun 41,67 % der Stimmen, die ÖVP fiel mit einem Stimmenverlust von 8,63 % auf 38,66 % zurück. Die Überraschung war die Wahl der drittstärksten Partei, der KPÖ unter Ernest Kaltenegger mit 6,34 %, die Grünen fielen von 5,61 % auf 4,73 %, der FPÖ und dem BZÖ gelang genauso wenig der Einzug in den Landtag wie Gerhard Hirschmann. Er hatte sich von der Partei abgespalten und eine eigene „Liste Hirschmann“ gegründet. Am Wahlabend kündigte Waltraud Klasnic ihren Rückzug aus allen politischen Funktionen an; aus dem Amt schied sie dann am 25. Oktober, zwei Tage vor ihrem 60. Geburtstag. Sie übernahm die volle Verantwortung für das Wahlergebnis. Im Dezember 2007 wird Klasnic über den Ausgang der Wahlen sagen: „Ich habe mein Herz verbraucht.“²⁸ Mit ihrem Nachfolger, Hermann Schützenhöfer, begann eine andere, neue Ära der ÖVP-Landespolitik.

Zieht man Bilanz über die zehnjährige Ära Klasnic, so finden sich folgende Ereignisse, die nachhaltig das Land geprägt haben und Waltraud Klasnic ein ehrendes Denkmal und einen sicheren Platz in der Geschichte unseres Landes sichern. Die steirische Wirtschaft profitierte von dem EU-Beitritt. Sie rückte von der wirtschaftsgeografischen Rand- in eine Zentrallage. Forschung und Entwicklung, wissenschaftliche Innovation, neue Produktions- und Kommunikationstechnologien sowie neue Formen der regionalen Zusammenarbeit und der Wirtschaftspolitik unter bestmöglicher Nutzung der jeweiligen Potenziale prägten nun die Wirtschaft der Steier-



- Die Therme Loipersdorf als Symbol für den Ausbau des Wellness- und Thermentourismus in der Steiermark.



- Graz ist Kulturhauptstadt 2003. Das Stadtbild verändert sich durch viele Bauten, wie etwa das Kunsthaus.

mark.²⁹ Der Großraum Graz sollte davon in Bezug auf die Fahrzeugindustrie profitieren. Das „Zauberwort“ hieß „Cluster“, womit man die bestmögliche Nutzung der regionalen Potenziale beschreiben wollte: Cluster entstanden auf den Sektoren Fahrzeug, Holz, Metall oder IT.³⁰ Bereits unter ihrer Amtszeit als Wirtschaftslandesrätin baute Waltraud Klasnic allmählich den „Autocluster Steiermark“ unter dem Leitbetrieb Magna Steyr aus. Ihre diesbezügliche Ansicht war: „Wir wissen, dass die Stärke der Steiermark niemals in der Massenproduktion liegen kann – sondern nur im High-Tech-Bereich, in der Nischenproduktion, in größtmöglicher und rascher Flexibilität. Investieren wir vor allem in ‚brain power‘ oder steirisch ‚Hirnschmalz‘: in neue Technologie- und Entwicklungszentren, in eigene Fachhochschulen und Forschungszentren. Mittlerweile kommen bereits 30 Prozent der High-Tech-Produkte mit der Bezeichnung ‚Made in Austria‘ tatsächlich aus der Steiermark.“³¹ Die Wirtschaftsstrategie der ehemaligen Wirtschaftslandesrätin und nun Landeshauptmann war so erfolgreich, dass sie einen der führenden Ökonomen Österreichs, Karl Aiginger, zu folgender Aussage veranlasste: „Die wirtschaftliche Dynamik der Steiermark ist beachtlich. Das Wachstum der Gesamtproduktion und der Beschäftigung liegt höher als im Bundesschnitt. (...) Die Industriebeschäftigung ist im Gegensatz zum Trend für Österreich und die meisten europäischen Regionen steigend.“³² Auch der damalige Chef des Instituts für Höhere Studien und des Staatsschuldenausschusses Bernhard Felderer fand lobende Worte: „Die Steiermark hat die Strukturprobleme,

die dem Land in früheren Jahrzehnten immer wieder zu schaffen gemacht haben, überwunden und sich durch eindrucksvolle Strukturveränderungen einen Spitzenplatz im Wettbewerb europäischer Industrieregionen sichern können.“³³ Durch den EU-Beitritt kam die Steiermark in den Genuss von EU-Regionalförderungsprogrammen: die Ziel-2-Gebiete („Industrieregionen mit Strukturproblemen bzw. rückläufiger Entwicklung“) und die Ziel-5-Gebiete („Entwicklung und strukturelle Anpassung des ländlichen Raumes“) waren für die Steiermark von großer Bedeutung und so konnte man nach Auslaufen der Programmperiode (1995–1999) folgende Bilanz ziehen: 7.800 neu geschaffene Arbeitsplätze, 674 Gründungen in Industrie, Gewerbe und Tourismus sowie 15 Ansiedlungen.³⁴ In der Zeit von 2000 bis 2006 unterschied man diese Gebiete nicht mehr, sondern hatte einen einheitlichen Typ „Ziel-2-Gebiet“ festgesetzt. Die Steiermark blieb das Bundesland mit dem größten Anteil an österreichischen Ziel-2-Gebieten.³⁵ Auch an Forschungsprogrammen hatte die Steiermark einen bemerkenswerten Anteil, die folgenden Zahlen sprechen für sich: Von 1.928 österreichischen Forschungsprojekten im 4. Rahmenprogramm von 1994 bis 1998 stammten 18 % aus der Steiermark.³⁶ Der europäische Integrationsprozess erfuhr im Jahr 2004 einen weiteren Höhepunkt durch die bislang größte Erweiterungsrunde der EU: Insgesamt traten acht mittel- und osteuropäische Staaten sowie Zypern und Malta der EU bei. Für Waltraud Klasnic war die Erweiterung bereits im Jahr 2000 eine beschlossene Sache, ihr ging es jetzt um das „Wie“: „Wenn die

wirtschaftliche Dynamik der Steiermark – vom Ackergaul zum Zugpferd Europas – aufrechterhalten werden soll“, müsse die Dimension der Nachbarn miteinbezogen werden. „Die steirische Vision für die Zukunft sei die ‚Zukunftsregion Südost‘ – ein Zusammenspiel benachbarter Regionen im Herzen Europas, bei der die Steiermark und Kärnten mit den Nachbarn Slowenien, Oberitalien, Kroatien und Westungarn etwa in den Bereichen Infrastruktur, Bildung, Forschung und Tourismus hervorragend zusammenarbeiten.“³⁷

Hinsichtlich der Veränderung im Tourismus „von der Sommerfrische zum Wellness-tourismus“ (Bernhard Reismann) soll für jene Ära vor allem der Ausbau des Thermen- und Gesundheitstourismus Erwähnung finden. Bad Gleichenberg, Bad Radkersburg oder auch Köflach können hier als steirische Thermen genannt werden, wie auch Bad Blumau, Bad Waltersdorf und Loipersdorf. In der Mitte der 90er Jahre entwickelte sich der Bädertourismus allmählich zum Gesundheitstourismus und zur Spezialisierung etwa auf „Familien“ oder „ältere Gäste“.³⁸ Für die Richtungsänderung des steirischen Fremdenverkehrs zeichnete das unter der Federführung der damaligen Landesrätin für Wirtschaft, Fremdenverkehr und Verkehr, Waltraud Klasnic, im Jahr 1992 verabschiedete Tourismus-Landesgesetz verantwortlich. Es erfolgten Modernisierung und Anpassungen der teilweise veralteten touristischen Organisationsstrukturen (wie etwa Verschönerungsvereine) an die neuen Herausforderungen durch Schaffung von Tourismusverbänden. Im Jahr 2000 bestanden bereits 13 neu strukturierte Regionalverbände, die in sieben touristische Großregionen zusammengefasst waren: Dachstein-Tauern-Region, Region Graz, Urlaubsregion Murtal, Obere Steiermark, Ausseerland-Salzkammergut, Thermenland-Oststeiermark und Süd-Weststeiermark.³⁹ Der Tourismus-Landesrat Gerhard Hirschmann setzte während seiner Amtsperiode verstärkt auf Investitionen für den Ausbau von touristischer Infrastruktur etwa in Skiregionen und Thermen: In dieser Zeit wurden vier Milliarden Schilling investiert! Der Erfolg schlug sich in steigenden Übernachtungszahlen nieder, Entwicklungspotenzial war allerdings noch genug vorhanden, zumal der Fremdenver-

kehr im Jahr 2005 lediglich drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes der Steiermark ausmachte.⁴⁰ Neben dem Tourismus war Hirschmann auch für das Ressort Sport verantwortlich. Die Austragung zahlreicher internationaler Meisterschaften wie etwa der Gras-Ski WM in der Gaal 1999 sowie der Snowboard WM 2003 am Kreischberg rechtfertigten die heimlich reklamierte Bezeichnung der Steiermark als „Sport- und Eventland Nr. 1 in Österreich“.⁴¹ Diesen sportlichen Höhenflug wollte Hirschmann fortsetzen und plante, Graz 2002 zur Olympiastadt zu machen, allerdings scheiterte dieses Unterfangen.⁴²

Auf kultureller Ebene seien zwei internationale Ereignisse hervorgehoben: die Ernennung der historischen Grazer Altstadt zum UNESCO-Weltkulturerbe am 1. Dezember 1999 und die Erhebung Graz zur Europäischen Kulturhauptstadt 2003.⁴³ Als Motoren für die Bewerbung Graz für das Kulturhauptstadtjahr gelten Bürgermeister Alfred Stingl und Kulturstadtrat Helmut Strobl gemeinsam mit Waltraud Klasnic.⁴⁴

Auf dem Bildungs- und Forschungssektor kam es in diesem steirischen Jahrzehnt ebenfalls zu Änderungen. Im Jahr 2004 trennte sich die Medizinische Fakultät von der Karl-Franzens-Universität und konstituierte sich als selbstständige Medizinische Universität.⁴⁵ Die ehemalige Hochschule für Musik und darstellende Kunst wurde am 1. Oktober 1998 zur Universität für Musik und darstellende Kunst Graz, KUG Kunstuniversität Graz, umbenannt. Sie zählte im Jahr 2004 zu einer der größten akademischen Musikausbildungsstätten Europas mit rund 1.800 Studierenden aus ca. 40 Ländern und 100 Professuren.⁴⁶ Die im Jahr 1993 gegründeten Fachhochschulen wurden 1995 ausgebaut, sodass im Herbst vier Studiengänge in Betrieb waren, fast jährlich kamen neue hinzu.⁴⁷

Abschließend soll der Frage nachgegangen werden, wie sich die Politik des weiblichen Landeshauptmannes auf die Frauen im Lande auswirkte? Waltraud Klasnic kam über die ÖVP-Frauenbewegung in die Partei und sie leitete die Bewegung von 1977 bis 1990. Klasnic bekannte sich zum „stillen Feminismus“, den sie wie folgt deutete: „Ich freue mich, wenn Frauen erfolgreich sind, aber ich bin vielleicht auch vorsichtig genug, dass ich sage, es kann nicht so sein, dass



- *Waltraud Klasnic bei der Stimmabgabe zur Landtagswahl am 2. Oktober 2005.
Das Ergebnis bringt eine schwere Niederlage und den Verlust des Landeshauptmanns für die Volkspartei.*

jetzt nur Frauen eine Chance haben. Aber wenn sie gut sind, dann sollen sie eine Chance haben.“⁴⁸ Sie ist auch davon überzeugt, dass Frauen „in der Langzeitkontinuität der Arbeit“ stärker sind und länger durchhalten.⁴⁹ In der Frage der Gleichberechtigung an der Jahrtausendwende galt es nach Ansicht von Klasnic noch viel Arbeit zu leisten, doch betonte sie, dass „wir die Männer als Partner brauchen, wir dürfen sie nicht ausgrenzen“⁵⁰. Als Obfrau der Steirischen Volkspartei, die Klasnic am 9. März 1996 wurde, stellte sie etwa im Jahr 1997 ihr Arbeitsprogramm „Frauen Zukunft“ vor und unterstrich einmal mehr ihre Förderungen der Frauen in der Steiermark im Sinne von „Die Steiermark wird weiblich“.⁵¹ Wesentlich war Klasnic auch, Frauen

in die Politik zu bringen, wie etwa Kristina Edlinger-Ploder oder Walburga Beutl.

Was ist von den zehn Jahren Klasnic-Regierung geblieben? Nochmals soll betont werden, dass viele wichtige Ereignisse, EU-Beitritt Österreichs, EU-Erweiterung, wirtschaftlicher, touristischer und kultureller Aufschwung wie Europäische Kulturhauptstadt, in diese Zeit fallen, die Klasnic zwar nicht alle zu verantworten hatte, die sie aber für die Steiermark zu nutzen verstand. Wie bereits einleitend erwähnt, gehen die Dekaden in diesem Band von den „Fünfer Jahren“ aus. Ich setzte schon eingangs die parteipolitischen „Fünfer Jahre“ mit den persönlichen „Fünfer Jahren“ der Waltraud Klasnic in Verbindung. Waltraud Klasnic bekannte sich dazu, eine gewisse Vor-

liebe für Zahlenmystik zu haben⁵², weshalb hier die Bedeutung der Zahl Fünf wiedergegeben werden soll. Die Fünf steht unter anderem für Verantwortungsgefühl, Helfen, Heilen, Dienen, Sinn des Lebens und Wärme.⁵³ Diese Eigenschaften beschreiben durchaus den Regierungsstil von Waltraud Klasnic. Freunde und auch Kritiker von Waltraud Klasnic sind sich darüber einig, dass sie eine bemerkenswerte Politikerin war, der es gelang, in den Mühen des Politikeralltags immer Mensch zu bleiben. Dazu ihr Amtsvorgänger Krainer: „Sie ist ein wirkliches Urtalent. Sie mag die Leut’ und die Leut’ mögen sie.“⁵⁴ Abschließend sei Elfriede Jelinek’s Zitat nach der Wahl 2005 wiedergegeben: „Eine bemerkenswerte Frau, und wieder eine Frau weniger in der österreichischen Politik.“⁵⁵ „Und wieder eine Frau weniger“.

- 1 Anita Ziegerhofer-Prettenthaler: Vom Bundesland zur selbstbewussten Region Europas, in: Joseph F. Desput (Hg.): Vom Bundesland zur Europäischen Region. Die Steiermark von 1945 bis heute. Graz 2004 (Geschichte der Steiermark 10), 289–308.
- 2 Martin Moll: Politik in der Steiermark, in: Josef Riegler (Hg.): Die Neue Steiermark. Unser Weg 1945–2005. Graz 2005, 68.
- 3 Moll, Politik in der Steiermark, 69.
- 4 Hans Rauscher: Waltraud Klasnic. Eine Frau neuen Stils an der Spitze der Steiermark. Wien 2000, 77.
- 5 Rauscher, Waltraud Klasnic, 81.
- 6 Rauscher, Waltraud Klasnic, 81.
- 7 Rauscher, Waltraud Klasnic, 84.
- 8 Moll, Politik in der Steiermark, 70.
- 9 Moll, Politik in der Steiermark, 71.
- 10 Stefan Karner: Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Graz 2000, 518.
- 11 Elisabeth Holzer: Politikerin? Und was machen Sie dann mit Ihren Kindern?, in: Anita Prettenthaler-Ziegerhofer (Hg.): Sie waren die Ersten: Steirische Politikerinnen, in: politicum 107. Graz 2009, 57.
- 12 Gabriele Metz: Frauen in der Politik. Eine empirische Analyse der Motive und Intentionen von Frauen in Österreichs Spitzenpolitik. Dipl. Arb. 2001, 125.
- 13 Rauscher, Waltraud Klasnic, 45–46.
- 14 Herwig Hösele: Landesfürst & Landesmutter. Zwei Charaktere – ein Ziel. Graz 2007, 113.
- 15 Rauscher, Waltraud Klasnic, 53.
- 16 Holzer, Politikerin, 57–58.
- 17 Alfred Ableitinger: Politik in der Steiermark, in: Alfred Ableitinger/Dieter A. Binder (Hg.): Steiermark. Wien 2002 (Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945), 20.
- 18 Vgl. Waldemar Hummer/Anton Pelinka: Österreich unter „EU-Quarantäne“. Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht. Chronologie, Kommentar, Dokumentation. Wien 2002.
- 19 Karner, Die Steiermark, 520.
- 20 Moll, Politik in der Steiermark, 72.
- 21 Holzer, Politikerin, 58.
- 22 Moll, Politik in der Steiermark, 72.
- 23 Moll, Politik in der Steiermark, 73.
- 24 Rauscher, Waltraud Klasnic, 223.
- 25 Rauscher, Waltraud Klasnic, 223.
- 26 Gabriele Russ/Heinz P. Wassermann: Zusammenfassung, in: Gabriele Russ/Heinz P. Wassermann (Hg.): Wendezeit. Monitoring des steirischen Landtagswahlkampfes 05. Graz 2006, 232.
- 27 Gabriele Russ: Das Landtagswahljahr als öffentlich-politische Kommunikation, in: Russ/Wassermann (Hg.), Wendezeit, 13.
- 28 Zitiert bei Holzer, Politikerin, 59.
- 29 Franz Mittermüller: Strukturelle Veränderungen in Industrie, Bergbau und Verkehr, in: Riegler (Hg.), Die Neue Steiermark, 216–217.
- 30 Gerald Schöpfer: Von der Nachkriegsbewirtschaftung auf dem Weg zur Vollbeschäftigung, in: Desput (Hg.), Vom Bundesland zur Europäischen Region, 345.
- 31 Hans Rauscher, Waltraud Klasnic, 210.
- 32 Karl Aiginger, zitiert bei Hösele, Landesfürst, 154.
- 33 Bernhard Felderer, zitiert bei Hösele, Landesfürst, 155.
- 34 Mittermüller, Strukturelle Veränderungen, 264.
- 35 Mittermüller, Strukturelle Veränderungen, 264.
- 36 Mittermüller, Strukturelle Veränderungen, 265.
- 37 Rauscher, Waltraud Klasnic, 246 und Michael Steiner: Vom Wandel in Vergangenheit und Gegenwart, in: Ableitinger/Binder (Hg.), Steiermark, 199.
- 38 Bernhard Reismann: Von der Sommerfrische zum Wellness-tourismus, in: Riegler (Hg.), Die Neue Steiermark, 314–316.
- 39 Reismann, Von der Sommerfrische, 320.
- 40 Reismann, Von der Sommerfrische, 320.
- 41 Arnold Jaritz: Sport und Sportler, in: Riegler (Hg.), Die Neue Steiermark, 563–564.
- 42 Jaritz, Sport und Sportler, in: Riegler (Hg.), Die Neue Steiermark, 565.
- 43 Anita Ziegerhofer-Prettenthaler: Woment!-Kulturhauptstadt Graz 2003. Die dauerhafte Sichtbarmachung von Frauen in Europa, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 2003, 209–227.
- 44 Herwig Hösele, Landesfürst, 140.
- 45 Martin Moll: Bildung und Forschung, in: Ableitinger/Binder (Hg.), Steiermark, 651.
- 46 Moll, Politik in Steiermark, 350.
- 47 Alois Kernbauer: Universitäten und Wissenschaft, in: Desput (Hg.), Vom Bundesland zur Europäischen Region, 581–582.
- 48 Rauscher, Waltraud Klasnic, 183.
- 49 Rauscher, Waltraud Klasnic, 184–185.
- 50 Rauscher, Waltraud Klasnic, 185.
- 51 Karner, Die Steiermark, 519.
- 52 Rauscher, Waltraud Klasnic, 194.
- 53 <http://herzvertrauen-derblog.de/tag/zahlen-und-ihre-bedeutung/> (Zugriff, 21. Februar 2015).
- 54 Karner, Die Steiermark, 520.
- 55 Zitiert bei Holzer, Politikerin, 56.



Meine Zeit in Graz war von künstlerischer Unabhängigkeit und langfristigen, finanziell abgesicherten Verträgen mit den Eigentümern Stadt und Land geprägt. Diese beiden Aspekte sind die Grundpfeiler einer Kulturorganisation für ein künstlerisch hochwertiges Programm und den wirtschaftlichen Einsatz der öffentlichen Mittel. Für die Zukunft wünsche ich Graz und der Steiermark, dass diese Grundlagen beibehalten und nach Möglichkeit finanziell ausgebaut werden.

MAG.^A ELISABETH SOBOTKA, KÜNSTLERISCHE LEITERIN DER BREGENZER FESTSPIELE, BIS 2014 INTENDANTIN DER GRAZER OPER



Flourierende Wirtschaft, soziale Absicherung, moderne Verwaltung, Urbanität und Internationalität verbunden mit Stärkung des ländlichen Raums, Tradition, Lebensqualität und Zukunftsorientierung, Wissenschaft, smart specialization und solidarischem Gesundheitswesen – dafür steht für mich die Steirische Volkspartei zum heurigen „Geburtstag“ und für die kommenden Jahrzehnte!

UNIV.-PROF. DR. JOSEF SMOLLE, REKTOR DER MEDIZINISCHEN UNIVERSITÄT GRAZ



Die Volkspartei war lange Jahre für mich als offene Partei erlebbar. Zu viele bündische und beamtete Interessen haben jedoch zuletzt den Blick auf die Herausforderung durch die Globalisierung und die totale Vernetzung der Welt verbaut. Bildungsoffensive, Deregulierung und Bürokratieabbau sind jedoch gleichermaßen notwendig wie christliche Werte, Heimat und Grundsatztreue.

DR. LEOPOLD GARTLER, UNTERNEHMENSBERATER UND IM BETEILIGUNGSMANAGEMENT TÄTIG



Ich erwarte mir, dass gesellschaftliche und politische Herausforderungen mit mehr Weitsicht und Kompromissbereitschaft angegangen werden. Lösungsorientierte Zusammenarbeit über politische Gräben hinweg ist nötig, um Probleme von allen Seiten beleuchten und gute und konkrete Ergebnisse liefern zu können. Themen, die mir wichtig sind? Gerechtigkeit in allen Facetten, zwischen den Generationen, den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, den Geschlechtern und auf internationaler Ebene.

LENA FRANKE, WISSENSCHAFTLICHE PROJEKTMITARBEITERIN AM INSTITUT FÜR ÖFFENTLICHES RECHT UND POLITIKWISSENSCHAFT DER KARL-FRANZENS-UNIVERSITÄT GRAZ



Als Psychotherapeutin bin ich es gewohnt, unterschiedliche Standpunkte einzunehmen. Die Steirische Volkspartei steht nicht nur vor der Herausforderung, sondern vor der Notwendigkeit, weiterhin differenziert zu denken und dabei eine fruchtbare Synthese unterschiedlicher Denkstile zu erkennen und mutig umzusetzen. Nicht subjektive Interessen, sondern objektive Werte sind der unverzichtbare Energielieferant für die Lebensqualität aller Menschen und können wieder für Halt, Zuversicht und Identität in den Köpfen und Herzen sorgen. Das Thema Gesundheit, vor allem im Vorsorgebereich, ist wohl das stärkste und zentralste Zukunftsthema.

MAG.^A DR.^{IN} MONIKA WOGROLLY, SCHRIFTSTELLERIN, PSYCHOTHERAPEUTIN UND GESCHÄFTSFÜHRERIN DES MAGAZINS „LIVING CULTURE“



Die steirische Politik der Zukunft braucht ein starkes Bekenntnis zum Unternehmertum. Nur mit einem starken Wirtschaftsstandort werden wir uns auch im Wettbewerb der europäischen Regionen behaupten. Die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, die Startup Spirit und wirtschaftliche Innovation nicht nur zulassen, sondern auch fördern.

DR. JOSEF MANTL, KOMMUNIKATIONSUNTERNEHMER IM BEREICH STRATEGIE, KAMPAGNEN, EVENTS UND DIGITAL MEDIA



Die Steirische Volkspartei muss auch in den nächsten 70 Jahren auf ihre Stärken setzen: Tief in allen Gesellschafts- und Altersgruppen verwurzelt und offen für die Jugend und neue Ideen muss die Steirische Volkspartei ihre Arbeit im Land und als starker Anwalt der Steiermark in Wien und in Brüssel leisten.

NABG, DR. REINHOLD LOPATKA, KLUBOBMANN DES PARLAMENTSKLUBS DER ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI



Mein Anliegen an die Politik war und ist die Verwirklichung der international anerkannten Menschenrechte auf der nationalen, der regionalen und der lokalen Ebene. Von der Steirischen Volkspartei erwarte ich, dass sie gemeinsam mit den anderen steirischen Parteien den eingeschlagenen Weg einer programmatischen Umsetzung von Menschenrechten in den Städten und Gemeinden sowie in der Steiermark als Region fortsetzt. Das erklärte Ziel für das nächste Jahrzehnt sollte es unter anderem sein, menschenrechtliche „best practices“ weiterzuentwickeln und sich so zur Vorzeigeregion auf diesem Gebiet zu entwickeln.

ASS.PROF.^{IN} DDR.^{IN} RENATE KICKER, INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT UND INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN DER KARL-FRANZENS-UNIVERSITÄT GRAZ



70 Jahre hat die Steirische Volkspartei die Steiermark positiv mitgeprägt und geformt. Sie stand und steht für mich für eine Politik, die immer offen an Herausforderungen herangegangen ist und viel Platz für querdenkende Menschen geboten hat. Nicht reagieren, sondern aktiv agieren war und bleibt ihr Motto. Vieles, was heute innerhalb der ÖVP als gegeben angesehen wird, wurde in der Steiermark vorgedacht. Zum Vordenken wird auch in der Zukunft noch viel Platz sein. Themen wie Bildung, Pensionen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Integration beweisen dies. Ich wünsche unserer großen Werte- und Ideenfamilie zu ihrem 70. Geburtstag alles Gute sowie viel Kraft und Erfolg für die Zukunft.

KURT HOHENSINER, MBA, STADTRAT FÜR BILDUNG, INTEGRATION UND SPORT DER STADT GRAZ

2005–2015 Das janusköpfige Dezennium

KLAUS POIER



• Am 18. März 2006 wird Hermann Schützenhöfer zum neuen Landesparteiobmann der Steirischen Volkspartei gewählt.



Die vielleicht wesentlichste Frage ist, wie nachhaltig ein derartiger Politikwechsel – im Stil und in den Inhalten – sowohl bei den Wählerinnen und Wählern, wie auch innerhalb der politischen Parteien wirkt bzw. nachwirkt.

KLAUS POIER

Die steirische Politik der Jahre 2005 bis 2015 zeigte uns zwei Gesichter. Der erste Teil dieser Periode bis zur Landtagswahl 2010 war geprägt von einem hart geführten, polarisierten Kampf um die Führungsrolle in der Steiermark. Die SPÖ hatte bei der Landtagswahl 2005 erstmals in der Zweiten Republik den ersten Platz errungen und stellte mit Franz Voves nach 60 Jahren wieder – 1945 hatte es ja mit Reinhard Machold bereits kurzzeitig einen sozialdemokratischen Regierungschef gegeben – den Landeshauptmann. Die Steirische Volkspartei wurde mit der Wahlniederlage 2005 hingegen in eine schwere (Identitäts-)Krise gestürzt. Nach einer sechs Jahrzehnte dauernden Dominanz fand man sich plötzlich in der Nummer zwei-Position wieder und rang mühsam um eine Neuausrichtung des Auftretens, der Ansprüche und der politischen Strategie. Der zweite Teil der Periode – nach der Landtagswahl 2010, bei der die SPÖ knapp, aber doch Platz eins verteidigen konnte – war hingegen von einer völligen Neuorientierung der beiden Großparteien geprägt. Mit dem ausgelobten Anspruch „Reformpartnerschaft Steiermark“¹ startete man eine neue Politik des Miteinanders, die sich im Stil fundamental von jener der Jahre zuvor unterschied, aber auch inhaltlich weit über die Grenzen hinaus aufsehenerregende Reformen einleitete und umsetzte.

Die Landtagswahl 2005 und ihre Folgen

In Prozenten und Mandaten blieb die Steirische Volkspartei bei der Landtagswahl 2005 zwar über dem Ergebnis von 1995 (2005: 38,66 %,

24 Mandate; 1995: 36,25 %, 21 Mandate), allerdings ging Platz eins deutlich an die SPÖ (41,67 % und 25 Mandate) verloren. Gegenüber der Wahl 2000 bedeutete dies für die Volkspartei ein Minus von 8,63 Prozentpunkten, was auch insofern besonders auffällig war, als auch die FPÖ (4,56 %) 7,85 Prozentpunkte verlor und das erstmals kandidierende BZÖ lediglich 1,72 % erzielen konnte – und damit im Übrigen erstmals seit 1949 keine Partei des sogenannten dritten Lagers im Landtag vertreten war. Auch die Grünen verloren, wenn auch geringfügig (4,73 %, 3 Mandate). Die Wahl zeigte hingegen einen Sog zur Sozialdemokratie, die über 75.000 Stimmen und 9,35 Prozentpunkte dazugewann. Schon bei der Gemeinderatswahl im März 2005 (alle steirischen Gemeinden außer Graz) hatte die SPÖ über vier Prozentpunkte zugelegt und war nur minimal (ÖVP: 43,35 %, SPÖ: 43,33 %) hinter der ÖVP geblieben. Wahlgewinner bei der Landtagswahl war auch die KPÖ, die mit 6,34 % (4 Mandate) – ihrem besten Ergebnis in der gesamten Zweiten Republik – erstmals seit 1965 wieder in den Landtag einzog und dabei in Graz auch in tief bürgerlichen Bezirken erstaunliche Erfolge erzielen konnte. Die Liste des ehemaligen ÖVP-Landesrates Gerhard Hirschmann blieb hingegen mit 2,05 % abgeschlagen und weit von einem Einzug in den Landtag entfernt.

Angesichts dieses Wahlergebnisses war auch die Frage, wer nächster Landeshauptmann wird, entschieden. Hatte es im Vorfeld der Wahl noch Spekulationen gegeben, die ÖVP könnte selbst bei einer Wahlniederlage mithilfe der Liste Hirschmann und des BZÖ bzw. allenfalls auch der FPÖ zumindest den Landeshauptmann „retten“, gab



• Das Team Ende 2005. Von links: LR Seitinger, LR Edlinger-Ploder, LHStv. Schützenhöfer, LTPräs. Beutl, LR Buchmann, KO Drexler.



• Präsentation des neuen Landesgeschäftsführers Bernhard Rinner Anfang 2007. Rinner initiiert die Diskussionsreihe „Dienstalk“.

es nun selbst rechnerisch keinerlei derartige Denkvarianten. Zudem hatte die SPÖ mit fünf Sitzen die absolute Mehrheit in der Landesregierung erobert, in der nun nur mehr SPÖ und ÖVP (vier Sitze) vertreten waren. Der Wahlsieger Franz Voves wurde am 25. Oktober 2005 – auch mit der überwiegenden Zahl der ÖVP-Stimmen im Landtag – zum neuen Landeshauptmann gewählt.²

Innerhalb der Steirischen Volkspartei war es schon im Vorfeld zu personellen Weichenstellungen gekommen. Zum neuen Landesparteiboss und Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter wurde Hermann Schützenhöfer designiert, der insbesondere als jene Integrationspersönlichkeit angesehen wurde, die in der nach der Wahl-

niederlage drohenden existenziellen Krise die Partei am ehesten zusammenhalten und sich auftuende Brüche kitten könne. Als weitere Landesräte wurden wie bisher Kristina Edlinger-Ploder und Johann Seitinger sowie neu Christian Buchmann vereinbart; Christopher Drexler blieb Klubobmann. Mit der Wahl-niederlage ging für die ÖVP auch der Vorsitz im Steiermärkischen Landtag verloren; sie stellte nunmehr mit Walburga Beutl lediglich die Zweite Präsidentin. Neuer Geschäftsführer der Steirischen Volkspartei wurde NR-Abgeordneter Hannes Missethon, der bereits nach einem Jahr als – allerdings glückloser – ÖVP-Generalsekretär nach Wien wechselte und von Bernhard Rinner abgelöst wurde.

Waltraud Klasnic übergab 2006 offiziell den Parteivorsitz der Steirischen Volkspartei an Hermann Schützenhöfer und zog sich in weiterer Folge gänzlich aus der steirischen Politik zurück. Ihren Arbeitsschwerpunkt nach Wien und Brüssel verlagernd blieb sie allerdings weiter in öffentlichen Aufgaben präsent, so unter anderem als Vorsitzende des Kuratoriums des Zukunftsfonds der Republik Österreich, als Präsidentin des Dachverbandes Hospiz Österreich, als Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, als Vorsitzende des ÖVP-Ethikrates und als Leiterin der Unabhängigen Opferschutzanwaltschaft und -kommission der Katholischen Kirche.

SPÖ und ÖVP einigten sich vor der Wahl der Landesregierung 2005 auf ein Arbeitsabkommen für die Legislaturperiode. Freilich waren aber von Anfang an für beide Parteien parteistategische Überlegungen von zentraler Bedeutung.



• Sinnbild für die Konfrontationsjahre zwischen ÖVP und SPÖ: das Ringen um den Landeshauptmannsessel zwischen Schützenhöfer und Voves.



- Start der Reformarbeit 2007 in der Helmut-List-Halle. Von links: Sophie Karmasin, Hermann Schützenhöfer, Isolde Charim und Rudolf Burger.



- Geschichte und Gegenwart auf einem Bild vereint: Friedrich Niederl, Josef Krainer, Waltraud Klasnic und Hermann Schützenhöfer.

Der alte Grundsatz „Nach der Wahl ist vor der Wahl“ galt in einem ganz besonderen Sinne – der Wahlkampf für die Landtagswahl 2010 war bereits 2005 eröffnet. Die SPÖ versuchte, die neue Nummer eins-Position zu nutzen und – nicht zuletzt mit entsprechenden „Regierungszuckerln“ – einen „Landeshauptmann-Bonus“ für die nächste Wahl aufzubauen. Die ÖVP hingegen versuchte alles, um genau einen solchen zu verhindern. So war es für sie folgerichtig, trotz des Arbeitsübereinkommens und der gemeinsam geführten Proporz-Landesregierung markante Oppositionspolitik zu betreiben, die zum Teil ebenso in populistische Forderungen mündete. Die angesichts der ohnedies knappen öffentlichen Haushalte erforderliche Budgetdisziplin wurde derart von zwei Flanken in die Mangel genommen, was den sich dann 2010 ergebenden Konsolidierungsbedarf noch weiter ansteigen ließ.

Bundesebene: Rückkehr zur österreichischen „Normalität“?

Auf Bundesebene hatten sich innerhalb der FPÖ die innerparteilichen Zerwürfnisse auch nach der neuerlichen Bildung einer Regierungskoalition aus ÖVP und SPÖ Anfang 2003 bald fortgesetzt. Nicht zuletzt um einer drohenden Entmachtung zuvorzukommen, gründete Jörg Haider im April 2005 das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), das sich zur Regierungszusammenarbeit mit der ÖVP bekannte und von den deutschnational ausgerichteten Funktionären der FPÖ abgrenzen wollte. Der Plan Haiders, derart flächendeckend eine überwiegend pragmatisch-denkende Mehrheit

aus der FPÖ herauslösen und lediglich einen harten kleinen Restkern hinter sich lassen zu können, ging außerhalb von Kärnten im Wesentlichen allerdings nicht auf. Bei der Nationalratswahl 2006 schaffte man mit 4,11 % (7 Mandate) nur knapp den Einzug ins Parlament, während die FPÖ auf 11,04 % (21 Mandate) zulegen konnte.

Mit der Nationalratswahl 2006 verlor die ÖVP auch wieder den 2002 errungenen ersten Platz und in weiterer Folge auch den Bundeskanzler. Dabei waren die Vorzeichen für Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und seinen steirischen Wahlkampfleiter ÖVP-Generalsekretär Reinhold Lopatka durchaus nicht schlecht gestanden. Die Wirtschaftsdaten waren erfreulich und fanden auch international – in Deutschland etwa unter dem Motto: „Österreich das bessere Deutschland“³ – enorme Beachtung. Die SPÖ war durch den ÖGB- bzw. BAWAG-Skandal unter Druck geraten. Zudem hatten das Gedenkjahr 2005 sowie die EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 eine Fülle an (Re-)Präsentationsgelegenheiten geboten. Der wohl nicht zuletzt angesichts der internationalen Anerkennung als Wohlfühl-Kampagne ausgerichtete Wahlkampf traf allerdings nicht die Stimmung der Bevölkerung. Die ÖVP verlor fast acht Prozentpunkte und blieb mit 34,33 % (66 Mandate) hinter der SPÖ, die trotz leichten Verlusten 35,34 % (68 Mandate) erreichte. Die Grünen legten leicht auf 11,05 % (21 Mandate) zu.

In Mandaten ging sich in weiterer Folge keine Zweiparteienkoalition jenseits der Großen Koalition aus; eine Dreiparteienkoalition einer der bei-

den Großparteien war schon aufgrund der Zersplittertheit der drei kleinen Parteien ausgeschlossen. So begann im Jänner 2007 zum dritten Mal in der Zweiten Republik eine Periode Großer Koalitionen. Neuer Bundeskanzler wurde der Sozialdemokrat Alfred Gusenbauer, Wilhelm Molterer von Seiten der ÖVP Vizekanzler; dem Kabinett gehörten seitens der Steirischen Volkspartei Martin Bartenstein als Wirtschaftsminister und Reinhold Lopatka als Sportstaatssekretär an. Diese Regierung sollte allerdings nicht einmal zwei Jahre überdauern. Kritisch ist ihr insbesondere vorzuhalten, dass diese Große Koalition – vorerst bis heute das letzte Mal – mit einer Zweidrittelmehrheit ausgestattet war, diese Verfassungsmehrheit jedoch zu keinerlei tiefgreifenden Reformen nutzen konnte. So lagen ihr vor allem eine Fülle von Reformideen aus dem „Österreich-Konvent“ vor, der auf Initiative des steirischen Bundesratspräsidenten Herwig Hösele 2003 eingesetzt worden war und sich 19 Monate lang mit einer umfassenden Staats-, Verfassungs- und Verwaltungsreform beschäftigt hatte. 2005, zum Abschluss des Konvents, war eine Umsetzung der vorbereiteten Reformen aus politischen Gründen angesichts der herannahenden Nationalratswahl nicht möglich gewesen, nunmehr hätten derartige Reformen aber Kernstück der neuen Großen Koalition werden können. Außer zu – juristisch nicht unwichtigen, aber inhaltlich zu wenig weit gehenden – technischen Verfassungsbereinigungen, der Einführung von Briefwahl und Wahlalter 16 sowie der – umstrittenen – Verlängerung der Legislaturperiode von vier auf fünf Jahre reichte die Konsensfähigkeit und -willigkeit der neuen Regierung jedoch nicht.⁴ Auf ÖVP-Seite überwog der Ärger über die als „Betriebsunfall“ angesehene Niederlage 2006 und die Hoffnung auf eine neuerliche Wende bei vorgezogenen Wahlen; die SPÖ war hingegen immer stärker innerparteilichen Konflikten – insbesondere auch um den von Gusenbauer zurückgedrängten Einfluss der Gewerkschaften – ausgesetzt. Nach zunehmend europakritischen Tönen aus der SPÖ, neuerlichen Konflikten über die Budgetpolitik und angesichts der bevorstehenden Ablöse Gusenbauers durch Werner Faymann an der SPÖ-Spitze kündigte Molterer im Juli 2008 die Koalition auf.

Die Nationalratswahl im September 2008 brachte beiden Großparteien dramatische Verluste und die bis dahin schlechtesten Ergebnisse in der Zweiten Republik. Die SPÖ konnte allerdings mit einem Minus von etwas mehr als sechs Prozentpunkten und 29,26 % (57 Mandate) den Abstand zur ÖVP, die mehr als acht Prozentpunkte verlor und lediglich 25,98 % (51 Mandate) erreichte, ausbauen. Wahlsieger waren das BZÖ (10,70 %, 21 Mandate) und die FPÖ (17,54 %, 34 Mandate), die jeweils mehr als sechs Prozentpunkte zulegen konnten. Die Grünen verloren leicht und rutschten mit 10,43 % (20 Mandate) auf den fünften Platz zurück. Rund um die Nationalratswahl 2008 kam es auch zum größten gleichzeitigen Wechsel im politischen Führungspersonal in der Zweiten Republik⁵: In der SPÖ löste Werner Faymann Alfred Gusenbauer ab; in der ÖVP folgte Josef Pröll auf Wilhelm Molterer; und bei den Grünen übernahm Eva Glawischnig die Parteiführung von Alexander Van der Bellen. Am spektakulärsten waren die Vorgänge beim BZÖ: Vor der Wahl übernahm Jörg Haider die Parteispitze von Peter Westenthaler; weniger als zwei Wochen nach der Wahl verunglückte der Kärntner Landeshauptmann bei einem Verkehrsunfall tödlich. Sein Andenken und Erbe in Kärnten führten kurzfristig zu einem Triumphzug des BZÖ (Kärntner Landtags- und Gemeinderatswahlen 2009), in weiterer Folge kamen jedoch zahlreiche Skandale und dramatische wirtschaftliche Probleme zutage, die bis heute die Gerichte beschäftigen und Kärnten (bzw. ganz Österreich) in wirtschaftlicher und politischer Sicht im Banne halten.

Im Dezember 2008 wurde – nicht zuletzt mangels Alternativen, was immer wieder die Diskussion um ein Mehrheitswahlrecht aufleben lässt⁶ – erneut eine – freilich deutlich geschrumpfte – Große Koalition mit Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Josef Pröll als neue Spitzen gebildet, in der personell deutlich auch eine Renaissance der österreichischen Sozialpartnerschaft zu erkennen war. Aus der Steirischen Volkspartei gehörte dieser Bundesregierung vorerst lediglich Reinhold Lopatka als Staatssekretär im Finanzministerium an. 2010 – nachdem die ÖVP nicht nur Platz eins bei der Europawahl erreichten konnte, sondern mit Johannes Hahn als Nachfolgerin von Benita



• Präsentation des „weiß-grünen Wegs“ mit Drexler, Seiting, Schützenhöfer, Edlinger-Ploder, Buchmann, Rinner.

Ferrero-Waldner auch neuerlich den österreichischen EU-Kommissar stellte – folgte Hahn die Steirerin Beatrix Karl als Wissenschaftsministerin. Im April 2011 schied Josef Pröll überraschend aus gesundheitlichen Gründen aus der Regierung aus und übergab die Führung der ÖVP an Michael Spindelegger. Im Zuge dieser Regierungsumbildung übernahm Beatrix Karl das Justizressort; Reinhold Lopatka schied hingegen vorübergehend als Staatssekretär aus, trat als solcher 2012 jedoch wieder in die Bundesregierung ein.

Die Wirtschaftskrise erreicht auch Österreich und die Steiermark

Ausgehend vom Platzen einer Immobilienblase in den USA breitete sich ab 2007 eine Finanz- und Bankenkrise aus, die sich bald zu einer bis heute andauernden Weltwirtschaftskrise, Staatsschulden- und Eurokrise ausdehnte. Österreich konnte die ersten Jahre dieser Krise relativ glimpflich überdauern, was einerseits auf die hervorragende wirtschaftliche Situation vor der Krise, andererseits aber vor allem auch auf die in der-

artigen Situationen offenkundig nach wie vor gut funktionierenden sozialpartnerschaftlichen Mechanismen zurückgeführt werden kann. Die von den Sozialpartnern und der Großen Koalition vereinbarten und umgesetzten Maßnahmen – wie z.B. der forcierte Einsatz von Kurzarbeit und Bildungskarenz – brachten etwa eine im Vergleich zu anderen Ländern lange Zeit deutlich niedrigere Arbeitslosigkeit.⁷

Mit Andauern der Krise verschlechterten sich allerdings auch in Österreich die Kennzahlen und in letzter Zeit wird dabei vor allem auch beklagt, dass mit dem kontinuierlichen Aufschieben nachhaltiger Reformen auf Bundesebene der Vorsprung, den Österreich im internationalen Vergleich noch vor zehn Jahren hatte, verspielt wurde. Besonders im Vergleich zu Deutschland hinkt Österreich zunehmend in der Standortattraktivität, Wettbewerbsfähigkeit, aber auch bei Inflationsrate und Reallohnzuwächsen hinten nach. Als budget- und wirtschaftspolitisch besonders brisant stellte sich zuletzt auch die Causa der Kärntner Bank „Hypo Alpe-Adria“ dar, die unter Jörg Haider an die Bayerische Landesbank verkauft und nach Turbulenzen im Zuge der



Die Steirische Volkspartei steht seit jeher für eine breite Vielfalt, für wirtschaftlichen Fortschritt und Innovation, ohne dabei auf die Werte und Traditionen unseres Landes zu vergessen. Darum ist die Steirische Volkspartei meine politische Heimat, in der ich mich zuhause fühle!

ING. JOSEF HERK, PRÄSIDENT DER WIRTSCHAFTSKAMMER STEIERMARK



Wir diskutieren über die Kosten der „Energiewende“, ohne uns vor Augen zu halten, welche Alternativen wir haben. Und wir haben keine Alternativen, wenn es darum geht, den Klimawandel einzudämmen.

MAG.^A MIRIAM KARL, UNIVERSITÄTSASSISTENTIN AM INSTITUT FÜR ÖFFENTLICHES RECHT UND POLITIKWISSENSCHAFT DER KARL-FRANZENS-UNIVERSITÄT GRAZ



Achtung, Aufmerksamkeit, Interesse. Mut, Ideen, Visionen. Eintreten für die „Kleinen“, Unterstützung der „Stillen im Lande“. Für den Mittelstand und KleinunternehmerInnen, für menschengerechte Strukturen in der Wirtschaft. Erkennen, wo die wahren Probleme liegen: Schwerpunktsetzung bei Bildung und Kultur, Schutz von Umwelt und Natur. Ich erwarte mir von einer menschengerechten Politik, dass sie ihr Ohr bei den Menschen und Augenmaß in der Gesetzgebung hat.

MAG.^A DR.^{IN} ANDREA WOLFMAYR, NABG. A.D., SCHRIFTSTELLERIN



In einer sich immer schneller verändernden Welt ist die Politik auf den unterschiedlichen politischen Ebenen gefordert, die Menschen auf diese ständigen Veränderungen ernsthaft vorzubereiten und Schwächere dabei zu unterstützen, die sich bietenden Chancen überhaupt ergreifen zu können. Unser Wohlstand und die liebgewonnene Freiheit brauchen Selbstverantwortung und Solidarität. Nur eine zukunftsorientierte und nachhaltig verantwortungsvolle Politik wird dies langfristig einfordern können.

MAG. MANUEL P. NEUBAUER, MITARBEITER DER SCHOOL OF INTERNATIONAL AND ADVANCED STUDIES DER RECHTSWISSENSCHAFTLICHEN FAKULTÄT DER KARL-FRANZENS-UNIVERSITÄT GRAZ



Unsere Gegenwart und nahe Zukunft sind geprägt durch Veränderungen und Unsicherheit. Vieles, das gewohnt und liebgewonnen war, hat sich verändert oder ist durch Neues ersetzt worden. Daher muss die Politik den Menschen Mut zur Erneuerung vermitteln, mögliche Wege aufzeigen und diese schlussendlich auch beschreiten. Die Steirische Volkspartei hat diesen Kurs im Interesse des Landes konsequent verfolgt, auch als es für sie nicht immer leicht war. Gratulation zu dieser Leistung!

UNIV.PROF. DIPL.-ING. KARL ROSE, INSTITUT FÜR UNTERNEHMENS-FÜHRUNG UND ENTREPRENEURSHIP DER UNIVERSITÄT GRAZ, GESCHÄFTSFÜHRER UND GRÜNDER DER STRATEGY LAB GMBH UND SENIOR FELLOW DES WORLD ENERGY COUNCIL, LONDON



Politik sollte in Zukunft wieder verstärkt grundsätzlich als ehrenvolle Aufgabe wahrgenommen werden können. Der Weg dahin führt über leidenschaftliche Persönlichkeiten, die wichtige Fragen zur besseren Gestaltung unserer Gesellschaft aufgreifen und konsequent in eine Lösung führen. Die Einbindung der Wissenschaft sowie moderner Unternehmen und Erfahrungswissen unterschiedlichster Gesellschaftsbereiche haben enormes Innovationspotenzial, das es gilt, gemeinsam zu beleben.

ASSOZ.-PROF.^{IN} PRIV.-DOZ.^{IN} MAG.^A DR.^{IN} SANDRA WALLNER-LIEBMANN, ERSTE STV. INSTITUTSVORSTÄNDIN DES INSTITUTS FÜR PATHOPHYSIOLOGIE UND IMMUNOLOGIE SOWIE LEITERIN DER FORSCHUNGSEINHEIT „ERNÄHRUNGSFORSCHUNG/NUTRITION AND METABOLISM“ DER MEDIZINISCHEN UNIVERSITÄT GRAZ



In einer globalisierten Welt werden Werte und Qualität den Unterschied machen. Die Erfolge der Vergangenheit sind ein Auftrag für die Gestaltung der Zukunft. Ein klares Bekenntnis zu unseren Werten, eine Bildung, die auf diesen Werten aufbaut und die Sicherstellung optimaler Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige und mutige Wirtschaft sind die Schlüsselthemen auf diesem Weg in die Zukunft.

DR. FRIEDRICH SANTNER, GESCHÄFTSFÜHRER DER ANTON PAAR GMBH, VORSITZENDER DES AUFSICHTSRATES DER STYRIA MEDIA GROUP AG



• Schladming erhält den Zuschlag zur Ski-WM 2013: Jubel bei Hermann Schützenhöfer, Hans Knauß und vielen Schladmingern.

Wirtschaftskrise 2009 von der Republik Österreich verstaatlicht wurde. Mit den Vorgängen um diese Bank beschäftigte sich 2014 eine von der aus der Steiermark stammenden früheren OGH-Präsidentin Irmgard Griss geleitete unabhängige Untersuchungskommission⁸ und seit 2015 ein im Parlament eingesetzter Untersuchungsausschuss.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Steiermark wies in der Periode 2005 bis 2015 durchaus Parallelen zur Entwicklung auf Bundesebene auf. So waren auch in der Steiermark die Wirtschaftsdaten lange Zeit hervorragend und verdüsterten sich zunehmend mit der Wirtschaftskrise. Gerade auch die steirische Zulieferungsindustrie im „Autocluster“ bekam die Folgen der Wirtschaftskrise zu spüren. Weltweit war in wirtschaftlicher Sicht in den Jahren 2005 bis 2015 das weitere Voranschreiten der Umwälzungen durch die elektronische Revolution besonders augenfällig, wobei in der Steiermark durchaus nennenswerte Erfolge in den einschlägigen Technologie- bzw. Industriezweigen zu verzeichnen sind. Besonders positiv ist, dass die Steiermark ihre europaweite Topplatzierung hinsichtlich der Forschungsquote behalten konnte, die insbesondere in einer hohen Dichte an Universitäten und Fachhochschulen, aber auch in der guten Zusammenarbeit zwischen den universitären und anderen öffentlichen Forschungseinrichtungen (insbesondere

Joanneum Research) sowie der Wirtschaft ihre Basis hat. Die Steiermark setzte auch ihren Höhenflug als Tourismusland fort, mit der oststeirischen Thermenregion als erfolgreichen „Aufsteiger“, aber auch mit nach „Graz – Kulturhauptstadt Europas 2003“ neuen Großprojekten wie insbesondere der Alpinen Ski-WM in Schladming 2013 und der neuerlichen Austragung von Formel 1-Rennen (bzw. anderen publikumswirksamen Events) am neuen Red Bull-Ring in Spielberg seit 2014.

Katholische Kirche: Wechsel in der Führung

Im Zeitraum 2005 bis 2015 standen der Katholischen Kirche drei Päpste vor. 2005 verstarb der fast drei Jahrzehnte amtierende, aus Polen stammende Papst Johannes Paul II. nach langer Krankheit. Zu seinem Nachfolger wurde der deutsche Kurienkardinal Josef Ratzinger (Benedikt XVI.) gewählt. Von Alter und Konflikten innerhalb der Kurie zunehmend gezeichnet, erklärte Benedikt XVI. im Februar 2013 völlig überraschend seinen Rücktritt. Neuer Papst Franziskus wurde in weiterer Folge der argentinische Kardinal Jorge Mario Bergoglio.

In der Steiermark reichte Bischof Egon Kapellari im Jänner 2011 vorschriftsgemäß anlässlich seines 75. Geburtstages seinen Rücktritt ein, wurde

jedoch vom Papst für zwei Jahre verlängert. Aber auch danach verzögerte sich die Bestellung eines neuen Diözesanbischofs um mehr als zwei Jahre. Dies auch dadurch bedingt, dass der langzeitige Favorit, der steirische Weihbischof Franz Lackner, 2013 neuer Erzbischof von Salzburg wurde. Nachdem Bischof Kapellari im Jänner 2015 von sich aus von seinem Amt endgültig zurücktrat, wurde am 16. April 2015 Wilhelm Krautwaschl, bisheriger Regens des Bischöflichen Seminars Augustinum in Graz, zum neuen Diözesanbischof ernannt.

Politische Entwicklung in Graz

Bei der Gemeinderatswahl 2008 in Graz konnte die ÖVP unter Bürgermeister Siegfried Nagl die Nummer eins-Position deutlich ausbauen. Während die ÖVP um mehr als zwei Prozentpunkte auf 38,37 % (23 Mandate) zulegen konnte, verlor die SPÖ etwas mehr als sechs Prozentpunkte und rutschte mit 19,74 % (11 Mandate) erstmals in der Zweiten Republik in Graz unter die 20 %-Schwelle. Den dritten Platz eroberten mit 14,56 % (8 Mandate) die Grünen (ein Plus von

mehr als 6 Prozentpunkten), während die KPÖ auf 11,18 % (6 Mandate) fast halbiert wurde. Die FPÖ legte leicht auf 10,85 % (6 Mandate) zu, das BZÖ erreichte 4,31 % (2 Mandate). In weiterer Folge bildete Bürgermeister Nagl mit den Grünen unter Vizebürgermeisterin Lisa Rücker eine schwarz-grüne Koalition.

Diese Koalition schien sich anfangs, insbesondere auch in gesellschaftspolitischen Fragen, immer besser „zusammenzuraufen“ und zu einem Modellbeispiel für eine bürgerlich-grüne Stadtführung zu werden. Mit der Zeit wurden die Konflikte, vor allem in Fragen der Verkehrs-, Umwelt- und Stadtentwicklungspolitik, jedoch immer spürbarer. Im Mai 2012 kündigte Bürgermeister Nagl schließlich die Koalition auf. Bei der folgenden Gemeinderatswahl im Dezember 2012 verlor die ÖVP zwar über vier Prozentpunkte, landete jedoch mit 33,74 % (17 Mandate) wiederum klar auf Platz eins. Neue Nummer zwei wurde die KPÖ mit 19,86 % (10 Mandate), während die SPÖ über vier Prozentpunkte verlor und bei nur mehr 15,31 % (7 Mandate) landete. Die FPÖ legte auf 13,75 % (7 Mandate) zu, die Grünen verloren zwei Prozentpunkte und kamen mit 12,14 % (6 Mandate) nur auf Platz fünf. Während das BZÖ nicht mehr im Gemeinderat vertreten ist, konnten die Piraten einen Sitz im Gemeinderat erobern. In weiterer Folge kam es zu keiner Koalitionsbildung, jedoch zu einer Einigung zwischen ÖVP, SPÖ und FPÖ über Eckpunkte einer Zusammenarbeit. Diese war allerdings bald von Instabilität geprägt. So verweigerte die FPÖ 2014 ihre Zustimmung zum Budget 2015/16, das schließlich nur aufgrund der Zustimmung der KPÖ beschlossen werden konnte.



- Wahlplakat von Bürgermeister Siegfried Nagl zur Grazer Gemeinderatswahl 2008.
- Nagl gewinnt 2008 erneut die Grazer Gemeinderatswahl. Wahlfeier in der VP-Parteizentrale.

Landtagswahl 2010

Ein Wechsel in der Rolle, wer den Landeshauptmann stellt, von einer Partei zur anderen war in der Geschichte der Zweiten Republik in Österreich schon ein seltenes Ereignis; aber es galt als nahezu aussichtsloses Unterfangen, einen einmal erfolgten Wechsel (rasch) wieder umzudrehen – erst 2014 mit den Machtwechseln in Salzburg und Kärnten sollte sich diese „Gesetzlichkeit“ relativieren. So wurden der Steirischen Volkspartei für die Landtagswahl 2010 grund-



- „Entschlossen handeln!“ war das Motto des Landesparteitages der Volkspartei 2009.



- Das Führungsteam der Steirischen Volkspartei im Rahmen der Landtagswahlbewegung 2010.

sätzlich nur wenige Chancen gegen die SPÖ mit Landeshauptmann Voves eingeräumt. Die Steirische Volkspartei richtete ihre Politik dennoch strategisch darauf aus, 2010 den Kampf um die Platz eins-Position zu führen. Dazu gehörte – wie schon eingangs ausgeführt – eine Angriffspolitik, um den Aufbau eines Landeshauptmannbonus zu verhindern, gleichzeitig beteiligte man sich in durchaus als populistisch zu bezeichnender Manier daran, durch Bedienen des budgetären Füllhorns – das in Wahrheit keineswegs so voll war – die Bevölkerung bei Laune zu halten. Gleichzeitig versuchte man aber auch, die alte Substanz als staatstragende, führende Partei zu bewahren, wozu in der Tradition der Steirischen Volkspartei vor allem auch der intellektuelle, innovationsoffene Diskurs zählte. So hielt man etwa trotz eines engeren finanziellen Korsetts eine breite politische Bildungsarbeit aufrecht – etwa in Form der Veranstaltungs- und Publikationsplattform „Modell Zukunft Steiermark“ sowie der Er-

möglichung der Herausgabe des Steirischen Jahrbuchs für Politik und der Diskurszeitschrift „politicum“ – bzw. erweiterte diese sogar etwa durch die neue Veranstaltungsreihe „Dienstalk“. Im ersten Halbjahr 2010 waren die politischen Rahmenbedingungen für die Steirische Volkspartei auch gar nicht so schlecht. So war die SPÖ in der Steiermark 2009 durch eine „Stiftungsaffäre“ in Bedrängnis geraten, was auch zu einer Umbildung der SP-Regierungsmannschaft führte. Die erfolgreiche Gemeinderatswahl 2008 in Graz und die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in den übrigen Gemeinden der Steiermark im März 2010 gaben der Steirischen Volkspartei ebenso Rückenwind. Bei letzteren konnte sie nämlich vom de facto-Gleichstand mit der SPÖ 2005 ausgehend landesweit einen Vorsprung von fast neun Prozentpunkten erzielen. Die Volkspartei legte um mehr als drei Prozentpunkte auf 46,72 % zu, die SPÖ verlor mehr als fünf Prozentpunkte und erzielte mit 37,73 % ihr bis dahin schlechtestes Gemeindeergebnis in der Zweiten Republik. Die übrigen Parteien stagnierten. Auch aus der Bundespolitik war seit 2008 mit dem neuen ÖVP-Obmann Josef Pröll, der auch einen programmatischen „Perspektiven“-Prozess einleitete, ein frischer Rückenwind zu verspüren. Dieser Rückenwind flaute allerdings ab der Wiederwahl Heinz Fischers zum Bundespräsidenten im April 2010 – die ÖVP hatte keinen eigenen Kandidaten aufgestellt – deutlich ab. Bei der Landtagswahl im September 2010 gelang es der Steirischen Volkspartei dann zwar tatsächlich den Rückstand auf die SPÖ von drei auf einen Prozentpunkt zu reduzieren, blieb da-



- Die Spitzenkandidaten der Parteien bei der Landtagswahl 2010. Von links: Gross, Kogler, Schützenhöfer, Voves, Kurzmann, Klimt-Weithaler.



- Die neue „Reformpartnerschaft“ zwischen ÖVP und SPÖ im Jahr 2012 bei der Präsentation des Doppelbudgets 2013/14.

mit allerdings nicht zuletzt aufgrund eines unterdurchschnittlichen Ergebnisses in Graz dennoch auf Platz zwei. Die SPÖ verlor drei Prozentpunkte und kam auf 38,26 % (23 Mandate), die ÖVP verlor einen Prozentpunkt und erzielte 37,19 % (22 Mandate). Gewinner war die FPÖ, die sich mehr als verdoppelte und 10,66 % (6 Mandate) erreichte. Nur leicht zulegen konnten die Grünen auf 5,55 % (3 Mandate); die KPÖ verlor fast zwei Prozentpunkte, blieb jedoch mit 4,41 % (2 Mandate) erneut im Landtag. Das BZÖ verpasste mit 2,98 % hingegen den Einzug. In der Landesregierung verlor die SPÖ einen Sitz an die FPÖ; die neue Verteilung lautete vier Sitze SPÖ, vier Sitze ÖVP und ein Sitz FPÖ.

„Reformpartnerschaft Steiermark“

Der Kontrast zwischen der steirischen Landespolitik nach und vor der Landtagswahl 2010 könnte – wie schon eingangs dargelegt – wohl nicht größer sein. Nach der Wahl fanden die sich bis dahin vehement bekämpfenden Großparteien einen gemeinsamen Weg, den sie selbst von Beginn an als „Reformpartnerschaft“ bezeichneten. Die signifikante Wende ortet Hermann Schützenhöfer schon im allerersten Gespräch mit Franz Voves nach der Landtagswahl: „Ich habe beim Handschlag, und zwar beim Kommen und nicht beim Gehen, gespürt, da ist die Bereitschaft vorhanden, es gemeinsam zu versuchen [...]“.“⁴⁹ Die Bereitschaft war vor allem bei beiden Männern vorhanden und es ist wohl das historische Verdienst der beiden, diese Bereitschaft auch in

ihren Parteien, im innersten Führungskreis, aber weit in die Funktionsrängen bis zur Basis hinab, erfolgreich weitergetragen zu haben.

Wesentliches Merkmal dieser „Reformpartnerschaft“ waren zwei Aspekte: Zum einen war es eine Politik neuen Stils. SPÖ und ÖVP vereinbarten und lebten nunmehr auch tatsächlich eine Politik des Miteinanders. Es wurde durchaus auch gestritten, wie immer betont wird, aber hinter den Kulissen. Nach außen wurde gemeinsam aufgetreten und Vereinbartes gemeinsam getragen. Damit zeigte sich ein völlig neues Bild einer Großen Koalition, das sich nicht nur von der politischen Kultur der Jahre 2005 bis 2010 deutlich abhob, sondern besonders auch vom gespannten Verhältnis zwischen den beiden Großparteien auf Bundesebene bzw. auch in den meisten anderen Bundesländern. Der zweite Aspekt der Reformpartnerschaft war freilich die inhaltliche Reformorientierung, die einerseits eine nachhaltige Konsolidierung des aus den Rudern gelaufe-



- Zwei Politiker mit Handschlagqualität definieren einen neuen politischen Stil: Hermann Schützenhöfer und Franz Voves.



- Die Gemeindestrukturreform ist ein Herzstück der Reformpartnerschaft. Gemeinsame Präsentation bei einer Bürgermeisterkonferenz 2014.

nen Budgets, andererseits tiefgreifende Struktur-reformen auf Verfassungsebene, im Amt der Landesregierung, auf Bezirks- und Gemeindeebene beinhaltete.

Beim Landesbudget klaffte zu Beginn der neuen Legislaturperiode eine strukturelle Lücke von 800 Millionen Euro bei einem Gesamtbudget von fünf Milliarden Euro. Ziel war es, durch Struktur-reformen diese Lücke zu schließen, was einerseits angesichts der sich durch die Folgen der Wirtschaftskrise nur zögerlich entwickelnden Konjunktur, andererseits vor dem Hintergrund der Prognose insbesondere im Sozialbereich noch weiter explodierender Ausgaben von vornherein eine immense Herausforderung war. Das Ziel konnte bis zum Ende der Legislaturperiode auch nicht zur Gänze erreicht werden, auch da größere Einsparungen durch Struktur-reformen in der Regel erst in späteren Jahren lukriert werden können. Aufgrund konsequenter Budgetdisziplin konnte mit dem Landesbudget 2015 aber erstmals wieder ein ausgeglichenes Budget ohne Neuverschuldung vorgelegt werden.¹⁰

Um mit gutem Beispiel voranzugehen, vereinbarte die Reformpartnerschaft auch Einsparungen im politischen Bereich selbst. So wurden der Landtag von 56 auf 48 Mitglieder, die Landesregierung von neun auf sechs bis acht Sitze, der Grazer Gemeinderat von 56 auf 48 Mitglieder und der Grazer Stadtssenat von neun auf sieben Sitze reduziert. Im Zuge der Verfassungsreform wurde auch – wie zuvor schon in Tirol und Salzburg sowie in jüngster Zeit auch in Kärnten und im Burgenland, nicht jedoch in den beiden anderen großen Bundesländern Ober- und Nieder-



- Umbildung der VP-Spitze 2014: Christopher Drexler wird Landesrat, Barbara Eibinger Klubobfrau.

österreich – das „Proporzsystem“ abgeschafft und für die Wahl der Landesregierung ab der nächsten Wahl das Mehrheitsprinzip verankert. Diesen Wechsel hatte die Steirische Volkspartei im Übrigen, so lange sie stärkste Partei war, seit Jahrzehnten gefordert, während die SPÖ sich dagegen gewehrt hatte. In den Jahren 2005 bis 2010 war es dann umgekehrt: Die SPÖ forderte den Systemwechsel und die Steirische Volkspartei sah sich als zweite Partei von einem Ausschluss aus der Regierung bedroht und verweigerte die Zustimmung – als Ausweg aus der verfahrenen Verfassungsdiskussion wurde der Bundesebene folgend kurzzeitig sogar die Einsetzung eines „Steiermark-Konvents“ vereinbart, wozu es dann allerdings doch nicht gekommen ist. Nach der Landtagswahl 2010 fand die Steirische Volkspartei auch beim Proporz-Thema zu ihrer jahrzehntelangen Reformagenda zurück.

Auch im Amt der Steiermärkischen Landesregierung kam es zu einer nachhaltigen Struktur-reform, durch die die Anzahl an Abteilungen und damit auch Führungspositionen in etwa halbiert wurden.¹¹ Weit über die Grenzen hinaus erregten vor allem aber die Bezirks- und Gemeinde-struktur-reformen Aufsehen. Auf Bezirksebene kam es zur Zusammenlegung von acht bisherigen zu vier neuen Bezirken: Judenburg und Knittelfeld fusionierten zum Bezirk Murtal, Bruck an der Mur und Mürzzuschlag zum Bezirk Bruck-Mürzzuschlag, Feldbach und Radkersburg zum Bezirk Südoststeiermark sowie Fürstenfeld und Hartberg zum Bezirk Hartberg-Fürstenfeld. Damit wurden die Verwaltungseinheiten auf Bezirksebene einschließlich der politischen Exposituren¹² und der

Statutarstadt Graz von vorher 19 auf nunmehr 14 um mehr als ein Viertel reduziert. Noch deutlicher fiel die Strukturreform auf Gemeindeebene aus.¹³ Ausgangspunkt war die im Vergleich kleinteiligste Gemeindestruktur Österreichs mit zu Beginn der Legislaturperiode 542 Gemeinden, darunter 77 Gemeinden unter 500 Einwohner und 200 Gemeinden unter 1.000 Einwohner, wobei vor allem auch eine große Zahl an Gemeinden in den letzten Jahrzehnten zu Abwanderungs- und Abgangsgemeinden geworden war. In einem mehrjährigen Prozess, in den auch die betroffenen Gemeinden eingebunden wurden, erarbeiten die Reformpartner mit dem Ziel, nachhaltig effektive und moderne Gemeindeeinheiten zu schaffen, eine gänzlich neue Gemeindestruktur. 306 der betroffenen 385 Gemeinden haben die vorgeschlagenen Änderungen dann auch freiwillig vollzogen, bei den restlichen 79 Gemeinden wurden die Änderungen gesetzlich verfügt. Einige Gemeinden versuchten dagegen mit Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof vorzugehen, der jedoch alle Beschwerden als unzulässig zurück- bzw. als unbegründet abwies.¹⁴ Seit 1. Jänner 2015 ist nun die neue Gemeindestruktur in Kraft

mit nunmehr 287 statt – wie noch 2010 – 542 Gemeinden und einer durchschnittlichen Einwohnerzahl von 3.293 Einwohnern (2010: 1.747). Nur mehr zwei Gemeinden haben weniger als 500 Einwohner, 16 weniger als 1.000 Einwohner; demgegenüber stieg die Zahl der Gemeinden über 10.000 Einwohner von fünf auf 15.

Personell blieb das Führungsteam der Steirischen Volkspartei zu Beginn der Legislaturperiode unverändert. Als Erster Landeshauptmann-Stellvertreter und Landesparteiobmann fungierte weiter Hermann Schützenhöfer, dem man die innere Erleichterung über die neue strategische Ausrichtung der Steirischen Volkspartei spürbar anmerkte. Als Sozialreformer auf Basis der katholischen Soziallehre und Sozialpartner war Schützenhöfer zeit seines politischen Wirkens auf die Gestaltung der Gesellschaft ausgerichtet. Aus taktischen Gründen eine überwiegend destruktive und angriffige Oppositionspolitik zu betreiben, wie ihm in den Jahren 2005 bis 2010 aus parteistrategischen Gründen – angesichts des Wahlergebnisses 2010 auch durchaus erfolgreich – auferlegt war, widerstrebte ihm sowohl inhaltlich wie menschlich. Im Rahmen der



- Die 2007 ins Leben gerufene Politikdiskussionsveranstaltung „Dienstalk“ fesselt immer wieder die politisch Interessierten.

Reformpartnerschaft durch Kompromiss und in sozialpartnerschaftlicher Manier sowie vor allem auch mit dem Blick auf die nachfolgenden Generationen aktiv Politik gestalten zu können, war für ihn nun wie maßgeschneidert. Als Landesräte fungierten weiter Christian Buchmann, Johann Seitingner und Kristina Edlinger-Ploder, die im März 2014 allerdings zurücktrat und wenig später gänzlich aus der Politik ausschied. Ihm folgte als Wissenschafts- und Gesundheitslandesrat der bisherige Klubobmann Christopher Drexler nach, der in den Jahren 2005 bis 2010 als oppositionelle Speerspitze gegen Landeshauptmann Voves fungiert hatte und nach der Wahl 2010 zu einem der führenden Strategen im Innersten der Reformpartnerschaft geworden war. Neue Klubobfrau wurde Barbara Eibinger. Für das Amt des Landtagspräsidenten war zwischen den Reformpartnern eine Halbzeitleistung vereinbart; nach dieser amtierte Franz Majcen in der ersten Hälfte der Legislaturperiode als Zweiter Präsident und danach als Präsident des Steiermärkischen Landtages. Als Landesgeschäftsführer löste Anfang 2014 der Grazer Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg den in das Grazer Kulturmanagement wechselnden Bernhard Rinner ab.

Die Reformpartnerschaft am Prüfstand

Die „Reformpartnerschaft Steiermark“ erfuhr insbesondere in der medialen Berichterstattung vielerlei Beachtung und Anerkennung, sowohl im Inland wie im Ausland. So lobte etwa der bekannte österreichische Politikwissenschaftler Anton Pelinka den steirischen Weg in „Die Zeit“ unter dem provokanten Schlagwort „Steirisch oder griechisch“.¹⁵ Freilich gab es auch Kritik, wobei diese – abgesehen von den Oppositionsparteien – in der Steiermark am deutlichsten von Seiten von Einrichtungen des Sozialbereichs mit Kritik an Einsparungen sowie im Zusammenhang mit der Gemeindestrukturreform von Bürgermeistern von unfreiwillig fusionierten Gemeinden, die sich als Plattform auch in einer „Gemeindeinitiative“ zusammenschlossen, zu vernehmen war. Kritisch beäugt wurde die steirische Reformpartnerschaft durchaus aber auch von Politikern der Bundesebene und anderer Bundesländer, denen

das neue Miteinander von Rot und Schwarz zum Teil unverständlich und suspekt und der Reformeifer als nicht geringe Gefahr erschien, selbst stärker unter Reformdruck zu geraten. Immer wieder wurde dabei auch thematisiert, ob ein derartiger Reformkurs mit zum Teil auch harten Maßnahmen von den Wählerinnen und Wählern überhaupt honoriert werden könne oder nicht doch nur zur nächsten Wahlniederlage führe. Besonders wurde diese Überlegung nach der Nationalratswahl 2013 angestellt. Bundesweit brachte diese Wahl erneut historische Tiefststände und weitere Verluste von etwas mehr als zwei Prozentpunkten für die SPÖ (nunmehr 26,82 % und 52 Mandate) und etwas weniger als zwei Prozentpunkten für die ÖVP (nunmehr 23,99 % und 47 Mandate), während die FPÖ um fast drei Prozentpunkte auf 20,51 % (40 Mandate) und die Grünen um etwa zwei Prozentpunkte auf 12,42 % (24 Mandate) zulegten. Das BZÖ verpasste mit 3,53 % den Einzug in den Nationalrat, in diesen zogen jedoch zwei neue Gruppierungen ein: das „Team“ des aus der Steiermark stammenden austro-kanadischen Unternehmers Frank Stronach mit 5,73 % (11 Mandate) und die vom Unternehmer Matthias Strolz gegründete liberale Gruppierung NEOS mit 4,96 % (9 Mandate). „Team Stronach“ und NEOS waren vor allem mit einem Protestprogramm gegen den in Österreich vorhandenen Reformstau angetreten und sprachen sich für neue Strukturen und fundamentale Reformen aus.

Große Diskussionen löste bei der Nationalratswahl allerdings das Faktum aus, dass in der Steiermark beide Großparteien mit einem Minus von jeweils mehr als fünf Prozentpunkten weit überdurchschnittlich verloren, während die FPÖ mit einem Plus von fast sieben Prozentpunkten zur Nummer eins in der Steiermark wurde. Außerhalb der Steiermark wurde dies in weiterer Folge vielfach mit der Politik der Reformpartnerschaft in Zusammenhang gebracht.¹⁶ Nicht übersehen werden darf dabei aber, dass Frank Stronach in der Steiermark quasi in einem „Heimspiel“ fast 10 % der Stimmen erreichte und dass das Wählerverhalten auch durchaus derart gedeutet werden kann, dass die Wählerinnen und Wähler in der Steiermark angesichts des Vorbilds der Reformpartnerschaft das zögerliche Reformtempo



- Die Wahlbewegung zu den steirischen Gemeinderatswahlen 2015:
Die Steirische Volkspartei steht geschlossen hinter Hermann Schützenhöfer.

auf Bundesebene besonders kritisch beurteilten.¹⁷ Erneut flammte die Diskussion 2014 auf, als bei der Europawahl die FPÖ in der Steiermark wiederum überdurchschnittlich zulegen (um fast zwölf Prozentpunkte) und nur knapp hinter der ÖVP, die auch bundesweit trotz Verlusten die Wahl auf Platz eins beendete, und noch vor der SPÖ Platz zwei erreichte.

Nach der Nationalratswahl 2013 verschärfte sich auch der Konflikt zwischen der Steirischen Volkspartei und der Bundes-ÖVP nicht zuletzt auch deshalb, da in der neuen Bundesregierung kein Steirer mehr von Seiten der ÖVP vertreten war. Allerdings wurde der bisherige Staatssekretär Reinhold Lopatka zum Klubobmann der ÖVP im Parlament gewählt. An dieser personellen Situation änderte sich auch 2014 nach dem Rücktritt

Michael Spindeleggers und der Übernahme der ÖVP-Führung durch Reinhold Mitterlehner nichts. Ein gespanntes Verhältnis zur Bundespartei, wie es im Übrigen auch auf Seiten der SPÖ bzw. bei Landeshauptmann Voves vorliegt, ist freilich in der Geschichte der Steirischen Volkspartei nichts Neues; schon oft galten die Steirer als renitente „Revoluzzer“ und „Reformer“ – in Zeiten der Reformpartnerschaft wurde man diesem Image nun in ganz deutlicher Weise erneut gerecht. Die Reformpartnerschaft stand dann auch bei der Gemeinderatswahl im März 2015 vor einer Bewährungsprobe. Die Ergebnisse der Wahlen in allen steirischen Gemeinden außer Graz zeigten allerdings geringere Auswirkungen der Gemeindestrukturreform als erwartet. Zwar konnte sich die FPÖ landesweit auf nunmehr 13,86 %

verdoppeln, allerdings trat sie diesmal in 85 % der Gemeinden an, während sie 2010 erst in 50 % der Gemeinden kandidiert hatte; mit diesem Ergebnis blieb die FPÖ im Übrigen auch weit hinter ihren steirischen Ergebnissen bei der letzten Nationalrats- bzw. Europawahl zurück. Die ÖVP, die in der überwiegenden Mehrheit der Fusionsgemeinden den Bürgermeister gestellt hatte, verlor etwas mehr als vier Prozentpunkte, allerdings von einem sehr hohen Niveau ausgehend, nämlich dem zweithöchsten Ergebnis in der Zweiten Republik, auf nunmehr 42,72 %. Sie konnte damit den Abstand zur SPÖ, die mehr als sechs Prozentpunkte auf nunmehr 31,57 % verlor, weiter ausbauen.

Die wirkliche Bewährungsprobe für die Reformpartnerschaft Steiermark wird freilich 2015 die Landtagswahl und in weiterer Folge wohl auch die kommende Regierungsbildung und Legislaturperiode bringen, nämlich insbesondere hinsichtlich der Frage, wie nachhaltig ein derartiger Politikwechsel – im Stil und in den Inhalten – sowohl bei den Wählerinnen und Wählern, wie auch innerhalb der politischen Parteien wirkt bzw. nachwirkt. Der Wahl stellen sich – trotz anderslautender Aussagen zu Beginn und über weite Teile der Legislaturperiode – die beiden Urheber der Reformpartnerschaft, Franz Voves und Hermann Schützenhöfer, die beide in ihren Parteien dazu gedrängt wurden, diese neue Politik vor den Wählern selbst zu verantworten, damit aber auch durch den Wahlkampf und darüber hinaus zu tragen. Der Tradition der Steirischen Volkspartei, die sich im Selbstverständnis seit Jahrzehnten als die Reformkraft in der Steiermark versteht, würde eine Fortsetzung der reformorientierten Gestaltungspolitik der zweiten Hälfte des janusköpfigen Dezenniums 2005 bis 2015 jedenfalls wesentlich besser entsprechen als eine Neuaufnahme des davorliegenden Intermezzos.

- 1 So lautete schon die Überschrift des Regierungsabkommens von SPÖ und ÖVP für die XVI. Gesetzgebungsperiode 2010 bis 2015 vom Oktober 2010 „Reformpartnerschaft für die Steiermark“.
- 2 Franz Voves wurde mit Stimmen der SPÖ, der KPÖ und mehrheitlich der ÖVP gewählt, während ihm die Grünen die Zustimmung versagten. Siehe dazu die Wortmeldungen der Klubobleute im Steiermärkischen Landtag an-

lässlich der konstituierenden 1. Sitzung des Landtages am 25. Oktober 2005, Sten.Prot.LT. XV. GP., 5 ff.

- 3 So erstmals im Wochenmagazin „stern“, Ausgabe 24/2005.
- 4 Angesichts der fehlenden raschen Erfolge des Österreich-Konvents gilt dieser in der öffentlichen Meinung als „gescheitert“. 10 Jahre später ist allerdings festzustellen, dass inzwischen eine Reihe von Reformen, die ihre Grundlage in den Arbeiten des Österreich-Konvents haben, durchgeführt werden konnten. Der Österreich-Konvent war damit als mittel- und langfristig wirkender Ideen- und Konzeptlieferant weit erfolgreicher als bekannt. Siehe dazu auch Klaus Poier: Steter Tropfen höhlt den Stein. Zur Katalysatorfunktion des Österreich-Konvents, in: Brigitte Bierlein/Heinrich Neisser/Klaus Poier (Hg.): Über die Pflicht, ein Optimist zu sein. Herwig Hösele zum 60. Geburtstag. Graz 2013, 99 ff.
- 5 Vgl. schon Klaus Poier: 2008: Größter Wechsel des politischen Führungspersonals in der Zweiten Republik – Rückblick und Ausblick, in: Beatrix Karl u.a. (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2008. Graz 2009, 37 ff.
- 6 Vgl. etwa, auf ein Symposium der „Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform“ zurückgehend, Klaus Poier (Hg.): Demokratie im Umbruch? Perspektiven einer Wahlrechtsreform. Wien/Köln/Graz 2009.
- 7 Siehe die europäische Vergleichsstudie Marie-Cécile Escande Varniol/Sylvaine Laulom/Emmanuelle Mazuyer (Hg.): Quel droit social dans une Europe en crise? Brüssel 2012.
- 8 Vgl. Irmgard Griss: Causa Hypo – Bilanz einer Untersuchung, in: Beatrix Karl u.a. (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2014. Wien/Köln/Weimar 2015 (in Druck).
- 9 Siehe den Beitrag: Hermann Schützenhöfer interviewt durch Erwin Zankel: „Ich spürte es beim ersten Händedruck“, in: Beatrix Karl u.a. (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2010. Graz 2011, 123 ff.
- 10 Vgl. Bettina Vollath: Das steirische Landesbudget: Keine neuen Schulden – Ziel erreicht?, in: Beatrix Karl u.a. (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2014. Wien/Köln/Weimar 2015 (in Druck).
- 11 Siehe dazu und zum Folgenden: <http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/74836278/DE/> (zuletzt eingesehen am 28. April 2015).
- 12 Die Expositur (Außenstelle der Bezirkshauptmannschaft) Bad Aussee wurde aufgelassen, während die Expositur Gröbming als einzige Expositur in ganz Österreich bestehen blieb.
- 13 Siehe dazu <http://www.gemeindestrukturreform.steiermark.at/> (zuletzt eingesehen am 28. April 2015).
- 14 Vgl. Katharina Holzmann: Umsetzung und Bestätigung der Steiermärkischen Gemeindestrukturreform, in: Beatrix Karl u.a. (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2014. Wien/Köln/Weimar 2015 (in Druck).
- 15 Die Zeit, Ausgabe 7/2012.
- 16 Vgl. etwa Andreas Khol: MIGROKO vor dem Ende? Auf dem Weg in eine neue Republik, in: Andreas Khol u.a. (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2013. Wien/Köln/Weimar 2014, 3 ff., hier 11 f.
- 17 Vgl. schon Klaus Poier: Nationalratswahl 2013: Die österreichische Parteienlandschaft im Umbruch, in: Beatrix Karl u.a. (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2013. Wien/Köln/Weimar 2014, 189 ff., hier 193.



Aufgabe der Politik ist es, Lösungen für die Probleme der jeweiligen Zeit zu bieten. Dabei sollte Nachhaltigkeit das oberste Gebot sein: Das heißt für uns, nicht nur an den nächsten Wahltermin, sondern an die nachfolgenden Generationen zu denken. Die Volkspartei steht für die ökosoziale Marktwirtschaft und möchte in der Steiermark weiterhin als Vordenkerin und „Reformmotor“ wirken. Wichtige Zukunftsthemen sind dabei Forschung und Entwicklung, Arbeitsplätze und Mobilität in den Regionen.

LABG. MMAG.^A BARBARA EIBINGER, KLUBOBFRAU
DER STEIRISCHEN VOLKSPARTEI



70 Jahre ÖVP heißt auch 70 Jahre Bürgermeisterpartei Österreichs! Denn dort, wo es darum geht, den Bürgerinnen und Bürgern nahe zu sein, haben wir unsere Stärke! Keine andere Partei findet österreichweit in den Gemeinden und Städten so viele Menschen, die bereit sind, voranzugehen und Verantwortung zu tragen.

Es kommt ständig herausforderndes und spannendes Neues auf uns zu – weder für das Heute, noch für das, was in 20 Jahren sein wird, gibt es erprobte Lösungen, die einem sagen, wie man es angehen soll.

Wir alle müssen daher immer wieder das Gewohnte verlassen. Und wir müssen die Perspektive wechseln: Fassen wir die anstehenden Herausforderungen nicht als Probleme auf, sondern als das, was sie auch sein können – als Chance auf Gestaltung und auf eine positive Veränderung.

MAG. SIEGFRIED NAGL, BÜRGERMEISTER DER STADT GRAZ



Ein Sprichwort sagt: „Charakter ist, wie du mit jenen Personen umgehst, die nichts für dich tun können.“ Mein Wunsch für die Zukunft an die Politik ist, dass in der Gesetzesfindung gerade auch jene Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden, die keine starke Lobby haben oder nicht wahlentscheidend sind.

DR.^{IN} PAULA ASCHAUER, JURISTIN IM PERSONALRESSORT DER
KARL-FRANZENS-UNIVERSITÄT GRAZ

Autorinnen und Autoren

Univ.-Prof. i.R. Dr. Alfred Ableitinger, geboren 1938, ist Historiker und Geschäftsführender Sekretär der Historischen Landeskommission für Steiermark.

Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner, geboren 1952, ist Historiker und Vorstand des Instituts für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte der Karl-Franzens-Universität Graz, Leiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung sowie wissenschaftlicher Leiter des Universitäts-Medienlehrgangs.

em.o.Univ.-Prof. Dr. Dr.h.c. Wolfgang Mantl, geboren 1939, wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, ist Jurist und Politikwissenschaftler an der Karl-Franzens-Universität Graz.

Ass.-Prof. Dr. Klaus Poier, geboren 1969, ist Verfassungsrechtler und Politikwissenschaftler an der Karl-Franzens-Universität Graz und wissenschaftlicher Co-Leiter des Masterstudiums „Parlamentarismus und Landespolitik“.

Univ.-Prof. Mag. Dr. Manfred Prisching, geboren 1950, ist Soziologe und leitet das Centrum für Sozialforschung der Karl-Franzens-Universität Graz.

em.o.Univ.-Prof. DDr. Gerald Schöpfer, geboren 1944, Landesrat a.D., ist Wirtschaftshistoriker und Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes.

ao.Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Anita Ziegerhofer, geboren 1965, ist Rechtshistorikerin am Institut für Österreichische Rechtsgeschichte und Europäische Rechtsentwicklung der Karl-Franzens-Universität Graz.



Wissenschaftlicher Beirat

Univ.-Prof. Mag. Dr. Manfred Prisching
(Vorsitzender)
Ass.-Prof. Dr. Klaus Poier
(Gf. Vorsitzender)
o.Univ.-Prof.i.R. Dr. Bernd Schilcher
(stv. Vorsitzender)
Univ.-Prof.i.R. Dr. Kurt Salamun
(stv. Vorsitzender)
Univ.-Prof.i.R. Dr. Alfred Ableitinger
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Benedek
Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Tina Ehrke-Rabel
ao.Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Edith Gößnitzer
Univ.-Prof. Dr. Johannes Heinrich
Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Marianne Hilf
ao.Univ.-Prof. Dr. Hubert Isak
em.o.Univ.-Prof. Dr. Franz Jeglitsch
ao.Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Beatrix Karl
Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner
Ass.-Prof.ⁱⁿ DDr.ⁱⁿ Renate Kicker
ao.Univ.-Prof. Dr. Igor Knez

Prof. Dr. Karl A. Kubinzky
em.o.Univ.-Prof. Dr. Dr.h.c. Wolfgang Mantl
o.Univ.-Prof. Dr. Franz Marhold
Univ.-Prof. Dr. Joseph Marko
Dr.ⁱⁿ Nora Melzer-Azodanloo
Univ.-Prof. Dr. Leopold Neuhold
Hon.-Prof. Dr. Bernhard Pelzl
ao.Univ.-Prof. DI Dr. Ulrich Pferschy
o.Univ.-Prof.i.R. Dr. Walter Pieringer
ao.Univ.-Prof. Dr. Martin Polaschek
Univ.-Prof. Dr. Reinhard Rack
em.o.Univ.-Prof. Dr. Wolf Rauch
em.o.Univ.-Prof. DDr. Willibald Riedler
Mag. Dr. Wolfgang Schinagl
em.o.Univ.-Prof. DDr. Gerald Schöpfer
ao.Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Michaela Sohn-Kronthaler
Priv.-Doz.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Barbara Stelzl-Marx
Univ.-Prof.i.R. Dr. Kurt Weinke
ao.Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Anita Ziegerhofer



- Ansicht des Josef-Krainer-Hauses im Jahr 1980. Das 1972 gegründete Bildungszentrum der Steirischen Volkspartei war über viele Jahre Begegnungsstätte und Ort vieler Veranstaltungen. Zahlreiche Ideen und Initiativen wurden hier entwickelt und letztlich umgesetzt, unter anderem die Konzeption und Herausgabe der Zeitschrift *politicum*.



Der Film zum politicum 118

Zu bestellen unter:
 Verein für Politik und Zeitgeschichte
 in der Steiermark,
 Karmeliterplatz 6, 8010 Graz
 Tel. 0316/60744-4350,
 Fax: 0316/60744-4325
 E-Mail: office@politicum.at
 Internet: www.politicum.at

Impressum

politicum 118 – 36. Jahrgang; Mai 2015

Medieninhaber und Herausgeber:

Verein für Politik und Zeitgeschichte in der Steiermark, 8010 Graz, Karmeliterplatz 6; ZVR-Zahl: 017681930

Für den Inhalt verantwortlich: Klaus Poier

Herausgeber dieser Nummer: Klaus Poier / Manfred Prisching

Redaktion (Red.): Klaus Poier / Katharina Konschegg

Bildauswahl und Bildunterschriften: Bernd Beutl

Veröffentlicht mit Unterstützung des Landtagsklubs der Steirischen Volkspartei

Layout: edsign

Druck: Steierm. Landesdruckerei, Graz

Erscheinungsort: Graz

Nachdruck ausschließlich mit schriftlicher Genehmigung.

Preis pro Ausgabe: € 10,- Abopreis (4 Hefte): € 25,-

Faksimiles: Archiv der Steirischen Volkspartei, Steiermärkisches Landesarchiv

Fotos: Amsüss, Dusek, Fischer, BIG SHOT/Jungwirth, icegirl, Kowatsch, Landespressediens/Land Steiermark, Langhans, Leodolter, Philipp, Scheriau, Schlager, Stuhlhofer-Wolf sowie Fotoarchiv der Steirischen Volkspartei.

Wir respektieren und achten das Urheberrecht. Trotz redlicher Bemühungen war es nicht möglich, alle Bildautoren zu ermitteln. Wir bitten bei eventueller Nichtnennung darum, sich an den Verein für Politik und Zeitgeschichte zu wenden.

Portraitfotos: Badora © Lupi Spuma, Beutl © Schrotter, Buchmann © Frankl, Drexler © Rothwangl, Eibinger © Peter Manninger, Gmeinbauer © Fischer, Hohensinner © Stadt Graz, Fischer, Kainz © Helmut Lunghammer, B. Karl © Christian Jungwirth, Konschegg © Rothwangl, Küberl © Furgler, Lopatka © Jakob Glaser ÖVP Bundespartei, Majcen © Kanizaj, Meixner © Thomas Raggam, G. Neubauer © Furgler, Neuper © Uni Graz, Lunghammer, K. Poier © Rothwangl, Pretenthaler © Furgler, Rosegger © Vrablik, Smolle © Med Uni Graz, Sobotka © Bregenzer Festspiele, Anja Köhler, Sommersguter-Zotti © Sonja Spitzer, Stelzl-Marx © Furgler, Tadler © Mariella Tadler, Wolfmayr © Ulrike Rauch

ISSN 1681-7273 politicum (Graz)

politicum - Bestellservice

Nr. 89 Public Private Partnership

Nr. 91 Migration

Nr. 93 Lebenschance Bildung

Nr. 95 Stark für Schwach

Nr. 97 Universitäten der Zukunft

Nr. 99 Aussichten

Nr. 101 Klimaschutz/Umweltpolitik

Nr. 103 Stadtentwicklung

Nr. 105 Steuerreform

Nr. 107 Steirische Politikerinnen

Nr. 109 „Grenz-Erfahrungen“

Nr. 111 Sicherheit

Nr. 113 LH Josef Krainer sen.

Nr. 115 Wehrpflicht vs. Berufsheer

Nr. 117 energie: green dreams ...

Nr. 90 Staatsreform

Nr. 92 Partei 21

VERGRIFFEN

Nr. 94 Österreich-Konvent

Nr. 96 EU-Erweiterung

Nr. 98 SICHER ?ist? SICHER

Nr. 100 Zukunft

Nr. 102 1918-Der Beginn der Republik

Nr. 104 EURO 2008

Nr. 106 Reform des Gesundheitssystems

Nr. 108 Europarat

Nr. 110 Erziehung

Nr. 112 Kulturvisionen

Nr. 114 Reformpartnerschaft

VERGRIFFEN

Nr. 116 Jugend & Arbeitsmarkt

Die oben genannten Ausgaben können Sie, soweit verfügbar, zu einem Stückpreis von € 10,- bestellen. Wenden Sie sich bitte an:

Verein für Politik und Zeitgeschichte in der Steiermark, Karmeliterplatz 6, 8010 Graz
Tel. 0316/60744-4350, Fax: 0316/60744-4325
E-Mail: office@politicum.at, Internet: www.politicum.at

Sie können das politicum auch abonnieren: Für € 25,- erhalten Sie vier Ausgaben

